Der konfessionelle Gegensatz und das deutsche Einheitsproblem 1848–49

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der philosophischen Fakultät
der Philipps-Universität
zu Marburg

vorgelegt von

Else Mülker
aus Dortmund

Marburg 1935

Gedruckt bei Karl Strauch, Dortmund

Als Dissertation angenommen am 21. XII. 1933.
Berichterstatter: Professor Dr. Mommsen.
Tag der mündlichen Prüfung: 21. XII. 1933.

Gedruckt mit Genehmigung der Fakultät.

Inhaltsverzeichnis.

Literaturverzeichnis.[1]

1. Ungedrucktes Material.

Reichsarchiv Frankfurt. A VI 6:
Tagebuch Becker-Gotha 1848.
Becker-Daun. Briefe.
Briegleb, Moritz. Briefe.
Bardeleben, Briefe.
Cnyrim. Nachlaß.
Cramer, Briefe.
Diepenbrock. Briefe von und an Diepenbrock.
Enders. Berichte.
Engel-Kulm. Briefe.
Fetzer. Briefe.
Freudentheil. Briefe.
Bischof Geritz. Briefe.
Hermann, Paul. Briefe.
Knoodt, Peter. Briefe.
Laschan, Anton. Briefe von und an Laschan.
Lichnowsky. Briefe und Berichte von und an Lichnowsky.
Mittermeier. Briefe.
Rotenhan, Hermann Freiherr von. Nachlaß.
Schweidler, Wilhelm. Briefe.
Sprengel, Albert. Briefe.
Stüve. Briefe an Stüve.
Universitätsbibliothek Tübingen:
Fallati, Johannes. Tagebuch und Briefe.
Stadtbibliothek Nürnberg:
Ghillany: Chronik der Stadt Nürnberg 1848/49.

[1]) Auf die Anführung der im weitesten Umfang herangezogenen Literatur ist verzichtet und nur das ungedruckte Material, die Zeitungen, Zeitschriften und Flugschriften genannt.

2. Zeitungen.

1848: 1. April — 31. Dezember.
1849: 1. Januar — 31. April.[2])

Allgemeine Zeitung. Augsburg.
Augsburger Abendzeitung.
Augsburger Postzeitung.
Aschaffenburger Zeitung.
Bayerische Landbötin. München.
Berlinische Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen. (zitiert: Spenersche Zeitung).
Breslauer Zeitung.
Der bayerische Eilbote. München.
Der bayerische Landbote. München.
Der Lechbote. Ein politisches Tagblatt. Augsburg.
Der oberschlesische Wanderer. Gleinitz.
Deutsche Allgemeine Zeitung. Leipzig.
Deutsche Reform, politische Zeitung für das konstitutionelle Deutschland. Berlin.
Deutsche Reichstagszeitung. Frankfurt.
Deutsche Reichszeitung. (Bis Mitte 1848: Zeitung für das deutsche Volk.) Braunschweig.
Deutsche Zeitung. Heidelberg, Frankfurt.
Donauzeitung. Vereinigte Blätter des Kurier an der Donau und der Passavia. Passau.
Elberfelder Zeitung.
Flugblätter aus der Frankfurter Nationalversammlung. Frankfurt.
Katholischer Hausfreund. Regensburg.
Kölnische Zeitung.
Königlich privilegierte Berlinische Zeitung. (zitiert: Vossische Zeitung.)
Korrespondent von und für Deutschland. Nürnberg.
Magdeburgische Zeitung.
Münchener Punsch, humoristisches Originalblatt.
Nationalzeitung. Berlin.
Neue Münchener Zeitung.
Neue Preußische Zeitung. Berlin.
Neue Sion. Augsburg.
Neueste Nachrichten aus dem Gebiet der Politik. München.
Rheinische Volkshalle. Köln.
Schwäbischer Merkur. (Schwäbische Chronik. Des Schwäbischen Merkurs 2. Abteilung.) Stuttgart.

---

[2]) Zeitungen, von denen nur einzelne Exemplare benutzt wurden, sind nicht angeführt.

Sion. Augsburg.
Trierscher Volksbote.
Volksbote für den Bürger und Landmann. München.
Weserzeitung. Bremen.
Westfälischer Merkur. Münster.

3. Zeitschriften.

Deutsche Vierteljahrsschrift. Stuttgart und Tübingen 1848/49.
Jahrbücher der Gegenwart. Hrsgeg. von Schwegler. Tübingen 1846/48.
Die Grenzboten. Herausgegeben von Kuranda, Julian Schmidt und Gustav Freytag. 1848/49.
Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland. Herausgegeben von G. Phillips und G. Görres, 1848/49.

4. Flugschriften.

Arndt, Ernst Moritz: Das verjüngte oder vielmehr das zu verjüngende Deutschland, ein Büchlein für den lieben Bürgers- und Bauersmann. Bonn 1848.
Aufgehen oder Vorangehen? Auch ein Wort zur Verständigung. Berlin und Posen 1848.
Bernhard, Friedrich von: Von der Verlegung des Reichstags nach Augsburg und dem endlichen Ausgang des Zwischenreiches. Augsburg 1848.
(Bluntschli): Bemerkungen über die neuesten Vorschläge zur deutschen Verfassung. Eine Stimme aus Bayern. München 1848.
Bouverot, Ludwig von: Soll Glück und Wohlstand in Deutschland wieder hergestellt werden, so müssen die Protestanten zur katholischen Kirche zurückkehren. . . . . Ein Schluß, gefolgert aus einer Gegeneinanderhaltung der Weissagungen von Bruder Hermann und Spiel-Bähn. Düsseldorf 1848.
Braun, J. W. J.: Deutschland und die deutsche Nationalversammlung. Aachen 1850.
Buß, F. J., Die teutsche Einheit und die Preußenliebe. Stuttgart 1849.
Die Weissagung des Mönches Hermann zu Lehnin über Preußen und jene des Benediktiners David Speer zu Benediktbeuren über Bayern. Augsburg 1848.
Döllinger, J. von: Die Freiheit der Kirche. Rede in der Versammlung des katholischen Vereins von Deutschland. Regensburg 1849.
Ghillany, F. W.: Republik oder Monarchie? Nürnberg 1848.
Goßler, Albert: Die Verfassungsfrage. Breslau 1848.
Griesheim, Karl Gustav Julius von: Die deutsche Zentralgewalt und die preußische Armee. Berlin 1848.
Gutzkow, Karl: Deutschland am Vorabend seines Falles oder seiner Größe. Frankfurt 1848.
Hase, Karl: (Steinbach, K.): Das Kaisertum des deutschen Volkes. Eine Stimme aus Sachsen. Leipzig 1848.

Hansemann, David: Die deutsche Verfassung vom 28. März 1849. Berlin 1849.

Hansemann, David: Die deutsche Verfassungsfrage. Frankfurt 1848.

Ist Preußen deutsch? Frage an alle, die sich Deutsche nennen. Erfurt 1848.

Klee, Wilhelm: Der Dombau zu Köln und die deutsche Einheit. Eine Weissagung. Berlin 1848.

Linck, Anton Arnold von: Das deutsche Bundesreich. München 1848.

Müller, Hermann: Das deutsche Parlament und der König von Preußen. Frankfurt 1849.

Pfizer, Gustav: Die deutsche Einheit und der Preußenhaß. Stuttg. 1849.
Derselbe. Weder jetzt das Direktorium, noch das habsburgische Kaisertum später. Antwort an den „Großdeutschen" Herrn Dr. Buß. Stuttg. 1849.

Politische Belehrungen. Zeitfragen, Geschichte und Persönlichkeiten der Gegenwart. 2 Bändchen, Leipzig 1848.

Preußens Politik in bezug auf Deutschland. Augsburg 1849.

Sommaruga, F. v.: Oesterreichs Zukunft und dessen Stellung zu Deutschland. Ein Beitrag zur Lösung der österreichischen Frage. (Aus der deutschen Vierteljahresschrift besonders abgedruckt.) 1848.

Rintel, N. C. G.: Die katholischen Interessen und die deutsche Frage. Breslau 1849.

Ritter, Dr. Jos. Ign.: Ueber die deutsche Kirchenfreiheit. Breslau 1848.

Röder, Dr. Karl August: Grundlagen zur deutschen Reichsverfassung. Frankfurt 1848.

Sepp, J. N.: Die Lage des Vaterlandes. Ansprache an seine Wähler. München 1848.

Das Reichsoberhaupt und die deutsche Einheit. Frankfurt 1849.

Sommaruga, F. v.: Oesterreichs Zukunft 1848

Strauß, David Friedrich: Sechs theologisch-politische Volksreden. Stuttgart und Tübingen 1848.

Warnungsstimmen. Die politischen Stürme auf dem Festland namentlich in Deutschland. Aus englische Perspektive. Stuttgart 1848.

(Widmann, Adolf): Die Kaiserwahl und die drei deutschen Reiche, Leipzig 1849.

Wietersheim, Eduard von: Die Demokratie in Deutschland. Lpzg. 1849.

Wurm, C. F.: Die Diplomatie, das Parlament und der deutsche Bundesstaat. 1. Dezember 1848 — März 1849. Braunschweig 1849.

Zur politischen Einigung Deutschlands in einer neuen Oberhauptschaft vom süddeutschen und religiösen Standpunkt aus. Aus der Reisemappe eines Unpolitischen nach Frankfurt. Frankfurt 1849.

Vorwort.

Aufgabe der vorliegenden Arbeit ist die Untersuchung, ob die „Großdeutschen" und „Kleindeutschen" in ihrer politischen Zielsetzung durch konfessionelle Motive beeinflußt sind.

Die Art der Fragestellung bedingt, daß die Ausführungen nicht immer durch einzelne Zitate zu belegen sind, da sie sich auf den Gesamteindruck der Quellen stützen.

Ausgehend von den stenographischen Berichten der Frankfurter Nationalversammlung, wurden zunächst die Briefe und Tagebücher der Frankfurter Abgeordneten benutzt, soweit sie gedruckt vorliegen; dem Reichsarchiv in Frankfurt a. M. danke ich, daß es mir ungedrucktes Material überließ.

Als wichtigste Quelle dieser Untersuchung erwiesen sich die Zeitungen, die mir in den Staatsbibliotheken Berlin und München, in den Universitätsbibliotheken Köln, Bonn und Marburg bereitwillig zur Verfügung gestellt wurden.

Ganz besonders bin ich Herrn Dr. Erich Schulz, Direktor der Stadt- und Landesbibliothek, sowie des Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungsarchivs in Dortmund, für seine freundliche Unterstützung bei der Beschaffung des Materials zu Dank verpflichtet.

Während aller Stadien der Arbeit hat mich Herr Professor Dr. Wilhelm Mommsen mit seinem Rat unterstützt; ich bin ihm für seine stets bereite Anteilnahme sehr dankbar.

Als im 16. Jahrhundert der große Riß durch die abendländische Kirche ging, bedeutete das nicht durchgängig eine kirchliche Spaltung der Nationen. In Frankreich entschied eine starke Krongewalt für den Katholizismus, in England für den Protestantismus. Nur in Deutschland, von dem die Reformation ausging, war eine einheitliche Ordnung infolge der politischen Schwäche der Zentralgewalt nicht möglich und die Entscheidung blieb den Einzelstaaten überlassen, so daß der schon bestehenden politischen Zersplitterung eine Spaltung der Nation auf religiösem Gebiet zur Seite trat.

Mit dieser Verquickung von Religion und Politik ist seitdem die deutsche Geschichte belastet, obwohl den heißen Glaubenskämpfen der Gegenreformation gerade in den letzten Jahrzehnten das 18. Jahrhunderts eine Zeit folgte, die über alles Trennende der dogmatischen Systeme hinweg auf die beiden Konfessionen zugleich angehörenden Wahrheiten hinwies und eine gemeinsame Religiosität erstrebte, — Strömungen, die in der deutschen Aufklärung wurzelten.

Als dann aber im 19. Jahrhundert die deutsche Frage akut wurde, das Problem, ob Preußen oder Oesterreich die Führung in Deutschland übernehmen und ob die künftige deutsche Staatsnation Oesterreich ein- oder ausschließen sollte, verband sich mit dem Dualismus Oesterreich-Preußen auch der Dualismus der Konfessionen; er mußte sich mit ihm verbinden, weil der Gegensatz Oesterreich-Preußen nicht nur politisch, sondern auch religiös fundiert war. Er mußte um so mehr in Erscheinung treten, als die katholische Kirche, nach den Wirren der Napoleonischen Zeit reorganisiert und durch den religiösen Impuls der Romantik gestärkt, sich immer mehr auf sich selbst besonnen hatte.

War einst in den Kämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts katholisch und kaiserlich identisch gewesen — in dem Ringen der Paulskirche gehören überwiegend die Protestanten der erbkaiserlichen, die Katholiken der „großdeutschen" Richtung an: die Verquickung von Religion und Politik ist geblieben. In einer Zeit, in der die gesamte Nation um ihre Einheit rang, wurde infolge des so verschiedenartigen Erbgutes deutscher Vergangenheit auch alles Trennende lebendig, und neben Gegensätzen rein politischer, gefühlsmäßiger, sozialer und kultureller Art erschwerte auch die religiöse Spaltung die politische Einigung.

I. Kapitel.

Konfessionelle Momente bei den Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung.

Der Verlauf der Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung, die nach der Bestimmung des Bundestages vom 4. April 1848 in Anlehnung an die Forderungen des Vorparlamentes nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht[1]) erfolgten, weist in mancher Hinsicht schon auf das Schicksal des Parlamentes hin. Gerade der neue Wahlmodus läßt die Problematik der konfessionellen Spaltung für das deutsche Einheitsproblem deutlich hervortreten. Da eine bestimmte politische Gruppierung fehlte und die Zahl derer, die sich bereits politisch betätigt hatten, nur klein war, wählte man nicht Parteimänner, sondern durch Beruf und Ansehen ausgezeichnete Persönlichkeiten. Neben persönlichen waren konfessionelle Motive von wesentlichem Einfluß, da das allgemeine Wahlrecht der bisher politisch bedeutungslosen Masse Rechte gab, die selbständig auszuüben sie noch nicht vorbereitet war; breite Schichten dieser bislang nicht Wahlberechtigten standen ganz unter dem Einfluß der Kirche, die durch sie über eine Anhängerschaft verfügte, die sie auch politisch ins Feld zu führen verstand, so daß gelegentlich bekannte politische Führer kirchlichen Kandidaten gegenüber unterlagen. Dieses Hervortreten kirchlich-konfessioneller Triebkräfte im Wahlkampf deutet schon darauf hin, daß in Frankfurt politische Fragen nicht allein nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden konnten.

Kirchlicherseits stehen zwei Probleme im Vordergrund des Interesses. Einmal rein kirchenpolitische Forderungen. Namentlich von den Katholiken wurde der Wahlkampf vielfach mit dem Motto: „Freiheit der Kirche“ geführt. Auf katholischer Seite hatte man die neue politische Situation gleich unter dem Gesichtspunkt betrachtet,

[1]) Ob direkt oder indirekt, blieb der Ausschreibung der Einzelstaaten überlassen. Mit Ausnahme von Württemberg, Schleswig-Holstein und einigen Hansestädten wurden in ganz Deutschland in Urwahlen Wahlmänner und durch diese die Abgeordneten gewählt.

wie weit sie der Kirche nützlich sein könnte. Man erwartete von der Neugestaltung der politischen Institutionen in erster Linie einen günstigen Einfluß auf das Verhältnis von Kirche und Staat.[2]) Schon am 14. März 1848 schrieb Reichensperger an seinen Freund Steinle: „Möglicherweise kann das große Imbroglio der Kirche und dem Christentum Vorschub leisten, indem einesteils der Polizeistaat auf die Dauer der bedenklichste Vormund beider ist und anderteils das Christentum allein noch einen inneren Halt darbietet, wenn alle Stützen wanken und weichen“[3]). Katholische Predigten zeigten dieselbe Einstellung. Bei der kirchlichen Feier für die deutsche Nationalversammlung wurde z. B. in Rottenburg der Text: „Siehe, ich mache alles neu“ gewählt und in dem Sinne ausgelegt, daß die neue Zeit und ihre Bewegungen das Walten eines richtigen Gottes zeige und von ihr Freiheit und Würde des bürgerlichen und kirchlichen Lebens zu hoffen sei[4]).

Man nannte als wichtigste Aufgabe, die die Frankfurter Nationalversammlung erfüllen sollte, „jene Schmach hinwegzunehmen, die so lange auf die Kirche gehäuft ist“[5]) und forderte an erster Stelle die „Sicherstellung der Religion, des Christentums und der Kirche in Deutschland“[6]). Es wurde zur Wahl solcher Abgeordneter aufgefordert, die „vor allem für die heiligen Rechte unseres alten Glaubens mit entschiedenem Mut einstehen“[7]), die „klar und vollständig wissen, was freie, ungehemmte Entfaltung der Kirche heißt“[8]). Gelegentlich ist in der Presse offen ausgesprochen, daß man zwar das „gemeinsame Vaterland“ liebe, „aber mehr noch die Religion und deren Erhöhung, deren Glanz“[9]).

Das zweite Problem war die Frage der deutschen Reichsverfassung, die im Wahlkampf häufig behandelt wurde und sehr verschiedenartige Vorschläge fand. Namentlich in Württemberg, Rheinland und Westfalen zeigt das Zusammenfallen katholischer Interessen mit österreichischen und protestantischer mit preußischen Tendenzen die Möglichkeit späterer Konflikte an.

---

[2]) Radowitz, Gesammelte Schriften, Bd. II, Berlin 1853, S. 67. Neue Sion Nr. 84. 13. Juli 1848: „ . . . . Den Sturz des alten Polizeistaates konnten die Katholiken umso freudiger begrüßen, als eben sie diesen Druck am bittersten zu empfinden hatten.“

[3]) Eduard Steinle und August Reichensperger, aus ihren Briefen geschildert von A. M. von Steinle, Köln 1890. Brief vom 14. März 1848, S. 69.

[4]) Domkaplaneiverweser Himpel: Rede gehalten zu Rottenburg bei der gottesdienstlichen Feier für die Reichsversammlung in Frankfurt 1848. — Rottenburg 1848.

[5]) Westfälischer Merkur Nr. 102, 28. 4. 1848.

[6]) Westfälischer Merkur Nr. 100, 26. 4. 1848.

[7]) Westfälischer Merkur Nr. 108. 5. 5. 1848.

[8]) Westfälischer Merkur Nr. 110, 7. 5. 1848.

[9]) Westfälischer Merkur Nr. 86. 9. 4. 1848.

Unter den Katholiken waren die Ultramontanen am regsten, zumeist in Rheinland, Westfalen, Bayern, Oberschwaben, Schlesien und — dort allerdings mit entgegengesetzter Tendenz — in Posen. Die Forderung, protestantische Abgeordnete zu wählen, wurde besonders in pietistisch-orthodoxen Kreisen und konfessionell gemischten Gebieten erhoben, in Württemberg und einigen Teilen von Rheinland und Westfalen. „Lichtfreunde" und Deutsch-Katholiken erlangten in der Provinz und im Königreich Sachsen Einfluß auf die Wahlen.

Seiner ganzen Organisation nach hatte der Katholizismus die größten Möglichkeiten, die Wahlen in seinem Sinne zu lenken. In feiner Beobachtung charakterisiert Riehl die verschiedene Haltung der beiden Kirchen in der politischen Bewegung von 1848: „Die Protestanten erwogen wohl etwa, wie man kirchlicherseits dem Zeitgeist die ungefährlichsten Zugständnisse machen könne; die Katholiken dagegen fragten, wie die Zugeständnisse des Zeitgeistes am besten für die Kirche zu nutzen seien. Der Protestantismus organisierte anfänglich keine Vereine, keine politische Zeitungspresse .... Beides entspricht dem Charakter der beiden Kirchen; es läßt sich aber leicht erraten, wer am besten bei seiner Politik wegkommen mußte."[10])

Bei den Wahlen in Preußen machten sich konfessionelle Momente besonders in den westlichen Provinzen geltend, in Rheinland, Westfalen und Sachsen, im Osten vorwiegend in den katholischen Teilen Westpreußens und Schlesiens und in Posen.

Im Rheinland errangen die Katholiken bei den Wahlen die stärksten Erfolge. Der neue Wahlmodus kam hier, wo Radikale, Klerikale und Liberale um die Stimmen kämpften, den Klerikalen am meisten zu Hilfe, da gerade die zahlreichen katholischen Landbewohner bei den Wahlmännerwahlen sich der Beratung durch den Pfarrer fast überall zugänglich zeigten. Dazu verbanden sich die Klerikalen vielfach zu einem taktischen Zusammengehen im Wahlkampf mit den Liberalen; die gemeinsame Gegnerschaft gegen Polizeistaat und Radikalismus führte sie zusammen.[11])

Man verständigte sich an verschiedenen Plätzen in der Weise, daß man sich in die Mandate für Berlin und Frankfurt teilte. Mit den Stimmen der Klerikalen und Liberalen wurde — nach anfänglicher starker Rivalität zwischen beiden Parteien[12]) — Beckerath in Krefeld für das Frankfurter Parlament gewählt.[13]) Ebenso haben

---

[10]) Riehl, Wilhelm Heinrich: Die neue Macht der Kirche. Stuttgart und Tübingen 1854, S. 295.

[11]) Schnabel, Franz: Der Zusammenschluß des politischen Katholizismus in Deutschland. Heidelberg 1910, S. 29.

[12]) Kölnische Zeitung Nr. 125, 4. Mai 1848.

[13]) Kölnische Zeitung Nr. 127, 6. Mai 1848.

in Köln Liberale und Katholiken gemeinsam Erzbischof von Geißels und Camphausens Wahl durchgesetzt.[14])

Ein Zusammengehen war um so eher möglich, als eine scharfe Distanzierung der beiden Parteien noch nicht erfolgt war. Wo in einer Stadt ein liberaler und ein katholischer Verein bestanden, gehörten einzelne Mitglieder beiden zugleich an.

Der Katholizismus hatte sich im Rheinland immer liberal gezeigt, einmal durch die Opposition gegen das absolute Preußen, dann infolge der Berührung mit den belgischen und französischen Katholiken. Die Verbindung mit dem Liberalismus erwies sich jetzt als besonders günstig, da sich mit liberalen Schlagworten die kirchlichen Forderungen nach Vereinsfreiheit, Unabhängigkeit der Kirche vom Staat usw. am besten begründen ließen. Die Wahlprogramme der Klerikalen sahen denen der Liberalen oftmals zum Verwechseln ähnlich.[15]) Freilich, der Hauptton lag jeweils auf verschiedenen Punkten: Für die Liberalen war die Kirchenfreiheit ein Ziel unter vielen andern, für die Katholiken war sie d a s Ziel.

Wo die Radikalen in der Minderheit waren, standen sich kirchliche und liberale Kandidaten feindlich gegenüber, im allgemeinen schnitten bei der Entscheidung die Klerikalen am besten ab. Der Gegensatz zum Preußentum brachte es mit sich, daß teilweise katholische und österreichische Neigungen zusammenfielen.

Zentrum der katholischen Wahlbewegung im Rheinland war Köln. Am 20. April 1848 erließ Erzbischof von Geißel eine oberhirtliche Mitteilung an die Geistlichkeit seiner Diözese[16]), in der er zur Beteiligung an der Wahl als einer „hochwichtigen Angelegenheit für den Staat und für die Kirche" auffordert. Als „Bürger und Priester" seien sie berufen, zur Belehrung der Gläubigen beizutragen. Er weist darauf hin, daß die Worte „Recht", „Freiheit" und „Unabhängigkeit" zwar in aller Munde seien, aber für viele die Grenzen jener hohen Güter gerade da aufhören sollten, wo das Gebiet der Kirche mit ihren ewigen unveräußerlichen Rechten und Freiheiten anfange. Die Priester sollen deshalb die Wahl auf Männer lenken, die „für König und Volk, . . . aber auch für Religion und Kirche" ihre Kraft einsetzen und durch „Beispiel, Belehrung und Gebet" zu einem günstigen Wahlergebnis beitragen.

In Köln trat ein katholisches Wahlkomitee zusammen, das am 18. April 1848 in der Kölnischen Zeitung sein Wahlprogramm veröffentlichte; in geschickter Verhüllung der kirchlichen Tendenzen suchte es durch die liberale Verklausulierung möglichst breite Schich-

---

[14]) Augsburger Allgemeine Zeitung Nr. 151, 30. Mai 1848.

[15]) Vgl. besonders das Wahlprogramm des katholischen Wahlkomitees in Köln. Kölnische Zeitung Nr. 113, 22. April 1848, 1. Beilage.

[16]) Geißel, Johannes von: Schriften und Reden, Bd. I, Köln 1869, S. 158.

ten zu gewinnen. Die Urwahlen brachten fast überall eine unerwartet große Zahl von Geistlichen auf die Wahlmännerlisten, am meisten in Aachen, wo unter 97 Wahlmännern etwa 75 bis 80 der klerikalen Partei angehörten[17]); in Köln waren 17 Geistliche gewählt worden[18]). In manchen, namentlich ländlichen Wahlbezirken, glichen die Wahlmännerlisten einem Verzeichnis der Mitglieder einer Synodalversammlung[19]). Infolgedessen fielen bei den Abgeordnetenwahlen Männer durch, die im politischen Leben schon lange eine Rolle gespielt hatten, und kirchliche Kandidaten wurden gewählt, die nur dem Namen nach bei wenigen bekannt waren[20]). So unterlag in Geilenkirchen Camphausen dem Ultramontanen Blömer, in Bonn Dahlmann dem katholischen Professor Deiters[21]), ebenso fiel Mevissen in seiner Heimatstadt wegen seiner zu freien religiösen Ansichten durch[22]). Namentlich die Bonner Wahl erregte viel Aufsehen[23]); Arndt hatte ein Flugblatt geschrieben: „Wahlmann wähle Dahlmann"[24]), das in weiten Kreisen verbreitet wurde. Eine Charakteristik der Vorgänge in Bonn gibt Springer in seiner Biographie Dahlmanns[25]): „. . . . . Alle Vorzüge Dahlmanns, sein Ruhm und seine Tüchtigkeit verschwanden vor dem Makel, der in ihren Augen an ihm haftete. Er war, wie der alberne, hochmütige Ausdruck lautete, „akatholisch". Denn in den wegen ihrer politischen Reife hochgepriesenen Rheinlanden gab es von dem ersten Tage der Volksbewegung an nur einen einzigen Maßstab für die Beurteilung politischer Persönlichkeiten: das kirchliche Bekenntnis. Die konfessionelle Scheidung, insgeheim von der römischen Kurie genährt, brach jetzt offen durch und vertrat vollständig die Stelle politischer Parteien. Die Bemühungen der Freunde Dahlmanns, für ihn in Bonn Stimmen zu werben, zeigten sich bald als vergeblich." — Fast überall setzten die Klerikalen ihre Kandidaten durch, nur in Düsseldorf und Trier unterlagen sie vollständig den Radikalen[26]). Im Inseratenteil der „Kölnischen Zeitung" häufen sich in diesen Wochen die Anzeigen, die sich zumeist kritisch über die politische Betätigung des Klerus aussprechen und ein anschauliches Bild des Wahlkampfes geben. Ein „Freund

---

[17]) Nationalzeitung, Nr. 37, 9. 5. 1848; Aachen 5. 5.

[18]) Magdeburger Zeitung, Nr. 108, 6. 5. 1848; Köln 3. 5. und Westfälischer Merkur, Nr. 110, 7. 5. 1848.

[19]) Deutsche Zeitung, Nr. 132, 12. 5. 1848; Vom Rhein, 7. 5.

[20]) Kölnische Zeitung, Nr. 109, 18. 4. 1848.

[21]) Springer: Dahlmann Leipzig 1870/72, Bd. II, S. 252.

[22]) Hansen, Joseph: Gustav von Mevissen, Berlin 1906, Bd. I, 542.

[23]) Arndt: Ein Lebensbild in Briefen, herausgegeben von H. v. Meisner und R. Geerds, Berlin, 1898. Brief vom 17. Mai 1848, S. 431.

[24]) Springer: Dahlmann. Bd. II, S. 252.

[25]) Springer: Dahlmann. Bd. II, S. 251.

[26]) Kölnische Zeitung, Nr. 125, 4. 5. 1848; Düsseldorf 2. 5.; Kölnische Zeitung, Nr. 136, 5. Mai 1848. Trier, 2. 5.

der Wahrheit und Gerechtigkeit" weist etwa darauf hin, daß es wohl schwerlich der Anfang der deutschen Einigung sei, wenn man die Aufmerksamkeit der Wähler nur auf katholische Christen lenkte und so von vorneherein die Interessen trennte; vor allem wendet er sich gegen die Benutzung der Kanzel zu politischen Zwecken[27]). Ein ironisches Inserat aus Lövenich dankt dem Geistlichen des Orts für seine großen Bemühungen vor den Wahlen: „. . . . Sein Eifer kannte keine Grenze. Er sprach zu uns durch den Mund unserer Kinder, er zeigte ihnen die Gefahren, in der ihre Eltern untergehen würden, er unterstützte ihr schwankendes Gedächtnis durch schriftliche Leitfäden, er ließ dieselben von ihnen kopieren, auf daß auch keiner der so dringend notwendigen Belehrung entbehre. — Er opferte dem Gemeinwohl seine Bescheidenheit auf, er duldete, daß sein Name auf die Wahlmännerliste gesetzt wurde, er entzog uns auch hier seinen Beistand nicht, er versprach uns ihn von der Kanzel aus . . ."[28]).

Die Wahlerfolge der Klerikalen im Rheinland erregten in weiten Kreisen Aufsehen, die Presse in Nord- und Süddeutschland brachte diese überraschenden Wahlergebnisse, der jeweiligen Stellung entsprechend kommentiert. Allen Angriffen der liberalen Zeitungen setzte die katholische Presse die Beschwerde entgegen, daß „nur dem Katholizismus die Freiheit bestritten" würde[29]).

Auch in den evangelischen Teilen des Rheinlandes wurde, da es sich hier um streng protestantische Gebiete handelte, das Bekenntnis der Wahlmänner und der Abgeordneten von den Wählern berücksichtigt. Die Geistlichen hielten sich hier allerdings zurück und wurden kaum zu Wahlmännern ernannt[30]). Katholiken wählte man nur in Ausnahmefällen, so soll in Elberfeld kein einziger und im ganzen östlichen protestantischen Teile des Wahlkreises Solingen nur ein katholischer Wahlmann gewählt worden sein[31]).

Die Haltung der westfälischen Katholiken ist ähnlich wie die der Rheinländer, doch erhält die Wahlbewegung hier in einem konfessionell gemischten Gebiet dadurch ein anderes Gepräge, daß in manchen Teilen eine geschlossen katholische einer rein protestantischen Wählergruppe gegenübersteht. Charakteristisch für die Wertung des relegiösen Elementes ist die Forderung der Parität bei der Bildung der Wahlbezirke. Ein Artikel des „Westfälischen Merkurs" führt

---

[27]) Kölnische Zeitung, Nr. 125. 4. 5. 1848.

[28]) Kölnische Zeitung, Nr. 130, 9. 5. 1848.

[29]) Kölnische Zeitung, Nr. 125, 4. 5. 1848.

[30]) Deutsche Zeitung, Nr. 132, 12. 5. 1848; Vom Rhein, 7. 5.

[31]) Westfälischer Merkur, Nr. 113, 11. 5. 1848; Aus dem Bergischen, 4. 5. Im einzelnen sind Namen und Konfession der Wahlmänner, da die Listen vernichtet sind, nicht mehr zu ermitteln, die Zeitungsberichte also nicht nachzuprüfen.

Beschwerde, daß die Kreise Wiedenbrück, Olpe, Arnsberg und Steinfurt in der Weise mit ganz oder teilweise evangelischen Kreisen verbunden seien, daß die evangelische Bevölkerung eine erhebliche Mehrheit bilde. Obwohl Westfalen überwiegend katholisch sei, hätten doch in elf von zwanzig Wahlkreisen die Protestanten die Majorität, so daß wahrscheinlich die Provinz elf evangelische und neun katholische Abgeordnete stellen würde, während doch die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung ein umgekehrtes Verhältnis erfordere[32]).

Trotz dieser Besorgnis schnitten die Katholiken dank ihrer klugen Organisation am besten ab. Wie im Rheinland wurden auch hier bischöfliche Hirtenbriefe an die Diözesanen geschickt und in den Zeitungen veröffentlicht, die unverhüllt den politischen Wahlkampf auf das kirchliche Gebiet zogen. Der Hirtenbrief des Bischofs Drepper von Paderborn[33]) charakterisiert das Nationalgefühl der Katholiken, das eng mit dem Kirchlichen verbunden war und von der neuen Zeit auch gerade für die Kirche auf Erfolg hoffte. Die Wahlen sollten in diesem Sinne geleitet und Männer gewählt werden, deren „Frömmigkeit und Gewissenhaftigkeit . . .“ die „Wahrung der heiligsten Rechte und teuersten Interessen . . .“ verbürgte. Bischof Müller von Münster[34]) forderte unumwunden zur Wahl katholischer Männer auf, damit für die Kirche die volle Freiheit und Unabhängigkeit erreicht würde. Die Kirche allein könne jetzt Europa retten, aber sie könne es nur dann, wenn ihr keine Schranken und Hemmnisse gesetzt seien. Der Hirtenbrief schließt mit der Anordnung eines feierlichen Hochamts für den ersten Sonntag nach Ostern in jeder Pfarr- und Annexkirche, „auf daß die Erleuchtung und Kraft des heiligen Geistes allen Wählern zuteil werden möge“. „Beistand des heiligen Geistes“ — das bedeutete praktisch nichts anderes, als die an sich politischen Wahlen nach kirchlichen Gesichtspunkten vorzunehmen. Eine solche Aufforderung seitens der Bischöfe mußte dazu führen, daß das konfessionelle Moment sich in stärkster Weise bei den Wahlen geltend machte. Die Geistlichkeit, von den Bischöfen in dieser Weise instruiert, benutzte alle Mittel, die ihr zu Gebote standen, von der Kanzel bis zum Beichtstuhl, und sie hatte fast überall Erfolg, da namentlich die Landbewohner ganz in der Hand des Klerus waren. Daß aus Mangel an geeigneten Wahllokalen vielfach in der Kirche selbst gewählt wurde, kam den Klerikalen zustatten, und mit Bewußtsein hatte man auch die Kirchen für den Wahlakt zur Verfügung gestellt, weil

[32]) Westfälischer Merkur, Nr. 102, 28. 4. 1848; Lokales und Provinzielles.

[33]) Westfälischer Merkur, Nr. 102, 28. 4. 1848.

[34]) Westfälischer Merkur, Nr. 99, 25. 4. 1848.

dort „der Gedanke noch näher liegt: mit **Gott** für Deutschland, mit **Gott** für König und Vaterland!“[35]).

Die politische Betätigung des Klerus wird in der Presse vielfach besprochen, zum Teil lebhaft begrüßt und zur Wahl der Geistlichen aufgefordert; da sie, „die Hirten unserer Seelen“, in allen Lagen und Verhältnissen als Freunde und Ratgeber der Gemeinde auftreten, gebühre ihnen ein besonders großes Vertrauen[36]), zum Teil erfährt diese starke Anteilnahme an den Wahlen spöttische Kritik, der Inseratenteil der „Kölnischen Zeitung“ bringt fast täglich auch Anzeigen aus Westfalen, die in ironischer Weise dem Klerus für seine große Mühe auch auf diesem ihm fernliegenden Gebiete danken. So schließt ein Eingesandt vom 4. Mai aus Stadtlohn: „. . . . Unsere Seelsorger sorgen für alles! Und in bessere Hände können wir unser Glück nicht legen! Die Männer der christlichen Liebe werden die Erde jetzt in ein Paradies — und uns in Schafe verwandeln“[37]). —

Mittelpunkt der katholischen Wahlorganisation war Münster. Hier bildete sich ein katholischer Verein, der offen seine Tendenz aussprach, „die katholischen Interessen auf dem Gebiete der Politik und bei den verschiedensten Gestaltungen des politischen Lebens zu wahren und zu fördern“. Der Verein erließ gleichzeitig mit der Bekanntgabe seiner Statuten im „Westfälischen Merkur“[38]) einen Aufruf zur Besprechung der Wahlen. Zunächst versuchte man von den verschiedensten Seiten die Bildung eines katholischen Vereins zu verhindern, selbst einzelne Katholiken traten mit dem Hinweis dagegen auf, man solle den Kampf nicht erweitern und in die religiöse Sphäre ziehen[39]), aber diese Opposition setzte sich nicht durch. Schon bald wurde bestätigt, daß der katholische Verein weit über Münsters Grenzen hinaus Einfluß besitze[40]). Er schickte eine Kandidatenliste aufs Land, und hier wurde zumeist nach diesen Vorschlägen gewählt. In den überwiegend katholischen Gebieten setzten die Klerikalen ihre Kandidaten fast überall gegenüber den Konstitutionellen und Radikalen durch: die 65 Wahlmänner in Münster waren alle katholisch[41]), darunter viele Geistliche und mit wenigen Ausnahmen

---

[35]) Westfälischer Merkur, Nr. 94, 19. 4. 1848; Münster, 16. 4.

[36]) Westfälischer Merkur, Nr. 104, 30. 4. 1848; Aus dem Kreise Büren, 24. 4.

[37]) Kölnische Zeitung, Nr. 130, 9. 5. 1848.

[38]) Westfälischer Merkur, Nr. 90, 14. 4. 1848.

[39]) Westfälischer Merkur, Nr. 93, 18. 4. 1848; Münster, 13. 4.
Westfälischer Merkur, Nr. 92, 16. 4. 1848; Bei Münster, 14. 4.
Westfälischer Merkur, Nr. 95, 20. 4. 1848; bei Münster, 18. 4.

[40]) Kölnische Zeitung, Nr. 119, 28. 4. 1848; Münster 26. 4.

[41]) Jung, Ficker, Innsbruck 190, S. 64.

nur Mitglieder des katholischen Vereins[42]), in Paderborn unter 18 17 Katholiken und ein Drittel aller Gewählten Geistliche, relativ noch mehr als in Münster[43]), im Wahlkreis Rüthen, wo Radowitz gewählt wurde, waren unter 120 Wahlmännern 36 Geistliche[44]), und die Wahl selbst wurde, wie auch in manchen andern Orten[45]), durch ein feierliches Levitenhochamt eröffnet[46]). In einem ländlichen Kirchspiel bei Münster wurden der Pastor, der Kaplan, der Vikar und der Küster zu Wahlmännern ernannt[47]).

Dieser Ausfall der Urwahlen wirkte auch auf die Abgeordnetenwahlen ein, denn darüber war man sich klar und gelegentlich wurde offen ausgesprochen, daß es für katholische Wahlmänner patriotische wie religiöse Pflicht sei, nur wahrhaft katholische Abgeordnete zu wählen. Umgekehrt gestand man denn auch den protestantischen Wahlmännern das Recht zu, nur Abgeordnete ihrer Konfession zu wählen[48]).

In konfessionell gemischten Gebieten kam es infolge dieser Betonung des konfessionellen Gegensatzes bei den Protestanten dazu, daß man auch da, wo man prinzipiell Wahlen nach konfessionellen Gesichtspunkten ablehnte, doch auf protestantische Wahlmänner und Abgeordnete drang. Man müsse, so hieß es, infolge der Anstrengungen der Katholiken das bedrohte Gleichgewicht durch protestantische Wahlen sichern[49]). An manchen Orten, wo sich eine protestantische und eine katholische Wählerpartei gegenüberstanden, kam es zu heftigen Kämpfen. Wenn in solchen Fällen zwei Wahlmänner zu wählen waren, hatte jede Partei ihren Kandidaten, in Höxter z. B. wurden der evangelische und der katholische Geistliche gewählt[50]). Infolge der besseren Organisation siegten in vielen Fällen die Katholiken, im Wahlkreis Steinfurt-Warendorf Tecklenburg, wo die Protestanten für Karl-Heinz Brüggemann, den Redakteur der „Kölnischen Zeitung", und die Katholiken für Ketteler, damals noch Pfarrer in Hopsten, eintraten, wurde nach erregtem Wahlkampf Ketteler mit 69 von 122 Stimmen zum Abgeordneten gewählt[51]).

---

42) Schwäbischer Merkur, Nr. 129, 9. 5. 1848; Münster 3. 5.

43) Westfälischer Merkur, Nr. 108, 5. 5. 1848; beil. Schreiben aus Paderborn, 2. 5.

44) Meinecke: Radowitz 1913, S. 79.

45) Westfälischer Merkur, Nr. 129, 30. 5. 1848. (Anzeigenteil.)

46) Westfälischer Merkur, Nr. 115, 13. 5. 1848; Beil.

47) Schwäbischer Merkur, Nr. 129, 9. 5. 1848; Münster, 3. 5.

48) Westfälischer Merkur, Nr. 110, 7. 5. 1848; Katholische Deputierte für Frankfurt.

49) Elberfelder Zeitung, Nr. 117, 27. 4. 1848; Aus dem Paderbornschen.

50) Westfälischer Merkur, Nr. 109, 6. 5. 1848.

51) Vigener: Ketteler. München und Berlin 1924, S. 72. Ketteler selbst nahm die Wahl nur aus kirchlichen Gründen an. In einem Brief vom 19. 8. 1848 schreibt er an Thüssing: „. . . Nur ein kirchliches Interesse konnte

Auch in protestantischen Gegenden hatte der Wahlakt vielfach ein kirchliches Gepräge. Der „Westfälische Merkur" bringt eine Schilderung eines solchen Wahlvorgangs[52]): Früh versammelte sich die Gemeinde in der Kirche. Der Geistliche, ein junger, erst kürzlich dort hingekommener Mann, verrichtete den Gottesdienst. Nach demselben hielt er eine kurze Anrede: „Es sei heute der wichtige Tag der Wahlen, es sei erlaubt worden, dieselben in der Kirche abzuhalten. Er fordere sie auf, die hohe Bedeutung der Wahlen ins Auge zu fassen, Gott spräche jetzt unmittelbar durch die größten Ereignisse zu uns, sie möchten daher Gott bitten, daß er sie leite und erleuchte zu diesem wichtigen Geschäfte, es handle sich um die ganze künftige Stellung von Religion und Kirche, um die ganze Stellung von Volk und Regierungen, endlich um die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums. So möchten sie denn einsichtsvolle Männer wählen, die dann gewissenhaft ihre Stimme dem Würdigsten gäben!" Als der Wahlakt begann, setzten sie sich in die Kirchenstühle, sie besprachen sich nicht, sie flüsterten nicht zusammen. Die Namen wurden verlesen, die Zettel verteilt. Jeder schrieb einen Namen darauf oder ließ von einem Nachbarn einen darauf schreiben — gewählt waren der Geistliche und der ehemalige Gutsherr des Dorfes. — So sprachen auch evangelische Pfarrer in ähnlicher Weise wie die Bischöfe in den Hirtenbriefen von der Wahl als einer in erster Linie für die Stellung der Religion wesentlichen Entscheidung. Den größten Erfolg hatten die Protestanten in Mark und Minden-Ravensberg, wo der Pietismus starken Einfluß gewonnen hatte. Hier nahmen die Wahlen teilweise im selben Maße wie in streng katholischen Gebieten eine religiöse Färbung an. Im Kreise Lübbecke wurden z. B. überwiegend pietistische Wahlmänner, darunter drei pietistische Prediger, gewählt.[53]) Von Liberalen und Radikalen wird vor den Pietisten gewarnt als den „allein Rechtgläubigen", die sich als „Auserwählte des Herrn" aufspielen: „sie sind grundsätzlich gegen alle Freiheiten, weil nur in der Unterdrückung aller Freiheiten ihre Herrschaft bestanden hat. Wehe uns, wenn diese Partei die Mehrzahl oder auch nur eine starke Minderheit erhält . . . Wahlmänner, ich beschwöre euch, wählt keinen von dieser Partei!"[54]) Aeußerlich war im Wahlkampf wenig von den Pietisten zu bemerken, da sie allein durch persönliche Beziehungen Einfluß erlangen konnten. Daher war die Empörung

---

mich bestimmen, die Wahl anzunehmen und auf einige Zeit aus meinem geistlichen Beruf herauszutreten. Ein politisches Interesse kenne ich für mich nicht mehr." Vgl. Briefe von und an Ketteler. Herausgegeben von Raich, Mainz 1879, S. 157.

[52]) Westfälischer Merkur, Nr. 109, 6. 5. 1848.

[53]) Westfälischer Merkur. Nr. 110, 7. 5. 1848; Schreiben aus Lübbecke, 5. 5.

[54]) Herforder Kreisblatt, Nr. 20, Jahrgang 1848.

doppelt groß, als sie im Wahlkreis Herford-Enger-Spenger-Bielefeld ihren Kandidaten, Gerichtsrat Schreiber aus Bielefeld, durchsetzten, obwohl nur zwei Parteien, Radikale und Liberale, im Vordergrund des Kampfes gestanden hatten. Wenn Katholiken und Protestanten Männer ihrer Konfession für das Frankfurter Parlament wählten, so bedeutete das für die Abgeordneten nicht nur ein bestimmtes Programm für die Durchsetzung rein kirchlicher Ziele, es war damit vielfach auch eine bestimmte politische Zielsetzung gegeben. Denn darüber war man sich klar, daß nicht nur der Nord- und Süddeutsche, der Preuße und Oesterreicher, sondern ebensosehr der Katholik und Protestant, „jeder sein eigenes Deutschland, seinen eigenen Kaiser mit nach Frankfurt bringen“[56]), daß der Katholik für das „geliebte Oesterreich“, der Protestant für Preußen eintreten würde[57]). Als in einer Wahlversammlung im katholischen Paderborn ein Redner den künftigen Abgeordneten zur Frankfurter Nationalversammlung verpflichten wollte, für das Kaisertum Friedrich Wilhelms IV. seine Stimme abzugeben, wurde dieser Vorschlag „durch allgemeines Gelächter kurz beseitigt“[58]). Katholisch-österreichische und protestantisch-preußische Tendenzen fielen auch hier in Westfalen im allgemeinen zusammen[59]).

Im Gegensatz zu den Wahlen in Rheinland und Westfalen wirkten konfessionelle Motive auf die Wahlen in Hannover nur vereinzelt[60]), in Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Pommern und in der Mark gar nicht ein. Aber hier, wo eine Beeinflussung durch die Geistlichkeit fehlte, zeigte sich, daß die Landgemeinden eine gewisse Belehrung brauchten, so unwissend und gleichgültig standen sie teilweise diesen Wahlen gegenüber. Man mißverstand den Modus wie den Sinn der Wahlen, verwechselte Wahlmänner und Abgeordnete und ahnte nicht, was in Frankfurt geschehen sollte. Gerlach schreibt, daß in der Uckermark, in Hinterpommern und der Neumark allgemein die Ansicht verbreitet war, es sollte eine Landverteilung an die Tagelöhner vorgenommen werden[61]). In einigen Dorfschaften der Provinz Brandenburg wählte man Knechte und untergeordnete Leute, weil diese leichter in der Wirtschaft entbehrt werden könnten. Ein Schäfer, der zum Wahlmann für Frankfurt gewählt worden war,

56) Westfälischer Merkur, Nr. 113, 11. 5. 1848; Münster, 10. 5.

57) Elberfelder Zeitung, Nr. 117, 27. 4. 1848; Aus dem Paderbornschen, 22. 4.

58) Westfälischer Merkur, Nr. 98, 23. 4. 1848; Schreiben aus Paderborn, 20. 4.

59) Vigener, Ketteler, 1924, S. 72.

60) Weserzeitung, Nr. 1361, 10. 5. 1848, Osnabrück 8 .5. Einfluß der katholischen Geistlichkeit auf die Wahlen.

61) Gerlach, Leopold von: Denkwürdigkeiten. Bd. I, Berlin 1891, S. 156. Aufzeichnung vom 5. 5.

verlangte von seinem Gutsherrn sogleich Urlaub, er habe einen Bruder in Frankfurt, den er gleichzeitig besuchen wollte: er hielt sich für einen Abgeordneten und Frankfurt am Main für Frankfurt an der Oder.

In den östlichen Provinzen Preußens bemühte man sich in der Provinz Preußen und in Schlesien um die Wahl katholischer, in Posen um die Wahl protestantischer Abgeordneter.

Die Wahlen in der Provinz Preußen waren in Ostpreußen in Ermeland, in Westpreußen in den vorwiegend katholischen Teilen konfessionell beeinflußt. Gleich nach Erlaß des Wahlgesetzes gingen von Pelplin, dem Sitze des katholischen Bischofs von Kulm, Aufforderungen an alle Geistliche des Kreises ab, bei den Urwählern dahin zu wirken, daß man nur katholische Wahlmänner wählen sollte. Ueberall da, wo der Katholizismus numerisch vorherrschte, wurden Geistliche und kirchliche Kandidaten gewählt, und so ging es fast durchweg, abgesehen von den selbständig wählenden Städten Danzig und Königsberg. Nur in Thorn konnten die Katholiken sich nicht durchsetzen, da hier die Furcht vor den Polen die Gegenseite fest zusammengeschlossen hatte. Im ganzen wurden in der Provinz Preußen drei ausgesprochen ultramontane Abgeordnete gewählt: Cornelius, Bischof Geritz und Osterrath[62]).

In Schlesien spielte sich der Wahlkampf vorwiegend zwischen Liberalen und Demokraten ab. Eine großzügige Organisation, die die ganze Provinz erfaßte, fehlte auf beiden Seiten. In Breslau wurde von den Demokraten ein Wahlkomitee eingesetzt, dessen Bemühungen es gelang, daß etwa ein Drittel aller schlesischen Abgeordneten Demokraten waren. In manchen Orten, vor allem in Breslau, wo die Demokraten ihren Kandidaten durchbrachten, kam es zu erregten Wahlkämpfen, konfessionelle Motive machten sich, wo diese beiden Gruppen sich gegenüberstanden, nirgends geltend, aber im katholischen Oberschlesien zeigt sich der gleiche Eifer des katholischen Klerus wie in den westlichen katholischen Provinzen. An vielen Orten trugen hier die Wahlkämpfe durchaus religiösen Charakter, „als handelte es sich darum, in Frankfurt eine neue deutsche Kirche zu gründen oder eine der alten zur Herrschaft zu bringen"[63]). In der „Breslauer Zeitung" erschienen verschiedentlich Inserate, die sich über die Wahlbetätigung des katholischen Klerus äußern, in längeren Artikeln trat sie dagegen auf, daß wiederum ein Interesse zur Lebensfrage der deutschen Zukunft gemacht werde, das bis dahin die Hauptquelle der Zerrissenheit gewesen sei und nun mit in die Kämpfe der neuen Zeit getragen werden solle[64]). Trotz dieser Oppo-

[62]) Parlamentskalender 1849.
[63]) Breslauer Zeitung, Nr. 117, 20. 5. 1848.
[64]) Breslauer Zeitung, Nr. 117, 20. 5. 1848.

sition setzten die Katholiken acht „ultramontane" Abgeordnete durch: Ambrosch, von Bally, von Diepenbrock, Kahlert, Kutzen, Lichnowski, Oertel und Walter[65]).

Bei den Wahlen in Posen war der Gegensatz der Nationalitäten von ausschlaggebender Bedeutung. Da aber polnisch und katholisch, protestantisch und deutsch meistens zusammenfiel, wirkten konfessionelle Momente wesentlich auf den Ausgang der Wahlen ein[66]). Die katholischen Geistlichen, die vielfach selbst Polen waren, versprachen sich für die katholische Kirche größere Freiheit unter polnischer Herrschaft als in einem deutschen Reich und suchten die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung möglichst zu hintertreiben. Bei der Behandlung der polnischen Frage in der Nationalversammlung wurde durch Döllinger, der hiermit die Mehrheit des katholischen Vereins vertrat, beantragt, die geschehene Einverleibung von Teilen des Großherzogtums Posen in den Deutschen Bund als nicht geschehen zu betrachten und die dort vorgenommenen Wahlen für ungültig zu erklären[67]). Freilich fand der Antrag kaum die nötigen Stimmen zur Unterstützung und fiel[68]), und nicht einmal alle Mitglieder des Katholischen Vereins hatten dafür gestimmt, weil sie — wie etwa Radowitz — die Polenfrage als rein politische Frage ansahen, jedoch nicht, ohne hinzuzufügen, daß, wenn es hier wirklich um die Verteidigung der katholischen Kirche ginge, auch für sie „jede andere Rücksicht, politische wie nationale", schwinden müßte und würde[69]). Für wie gefährlich die Agitation des katholischen Klerus gehalten wurde, zeigen die Briefe Kersts, die während der Wahlzeit immer wieder eindringlich vor den Intrigen der Geistlichkeit warnen: „Haltet die katholischen Dörfer in der Nähe in Respekt .... Die Geistlichen, die sich für Polen erklären, sind nach Polen zu schicken ...." usw.[70]). Bei dem Ministerpräsidenten Camphausen stellte Kerst den Antrag, gegen die zum Ungehorsam und bewaffneten Widerstand aufreizende Geistlichkeit nach einer ernsten Verwahrung mit aller Energie einzuschreiten[71]). Diese lebhafte politische Betätigung der katholischen Priester, die die Bevölkerung mit der Begründung: „deutsch sein, heiße: nicht katholisch sein" zum Aufstand reizten, weckte die Protestanten auf[72]); enger

---

65) Für diese und alle folgenden Angaben vgl. Parlam.-Kal. 1849.
66) Sten. Ber. II, S. 1149.
67) Sten. Ber. II S. 1130.
68) Sten. Ber. II, S. 1233.
69) Sten. Ber. II, S. 1155.
70) Briefe des Abgeordneten S. G. Kerst aus Meseritz, 1883/84. Briefe vom 6. und 10. 5. 1848. Zeitschrift für Geschichte und Landeskunde; Provinz Posen 1883, S. 343, 350, 351.
71) Ebenda, Brief vom 9. 5. 1883, S. 347.
72) Königlich privilegierte Berlinische Zeitung, Nr. 126, 1. 6. 1848, Beil.

als irgendwo schlossen sie sich zusammen und wählten aus Opposition gegen das katholische Polen fast durchweg protestantische Abgeordnete.

Die sächsischen Gebiete, die damalige Provinz und das Königreich Sachsen nahmen in religiöser Hinsicht eine besondere Stellung ein. Hier bildete sich bei den Wahlen zwar keine rein kirchliche Partei, äußerlich standen sich nur Demokraten und Liberale gegenüber, die im Königreich Sachsen im Deutschen und im Vaterlandsverein zusammengeschlossen waren. Und doch wurde auch hier nicht nur nach politischen Gesichtspunkten gewählt. Es wirkt der Einfluß der religiösen Bewegungen der 40er Jahre nach, die, selten rein religiös, vielfach einen politischen Einschlag gehabt hatten[73]). Zahlreiche Anhänger dieser Bewegungen, die in den vorausgegangenen kirchlichen Kämpfen hervorgetreten waren, wurden nun als Kandidaten für das Frankfurter Parlament vorgeschlagen und gewählt[74]), im Königreich Sachsen vorwiegend Deutschkatholiken, in der Provinz Sachsen Mitglieder der protestantischen freien Gemeinden, der „Lichtfreunde". Im Königreich Sachsen wurden von den Deutschkatholiken Franz Wigard[74a]), der Gründer der Dresdener Gemeinde, Robert Blum, der Gründer der Leipziger Gemeinde, später im November als Nachfolger Blums Wuttke, weiter Roßmäßler, gewählt; in der Provinz Sachsen Heinrich Simon und Gottfried Gervinus, der in seiner Schrift über „die Mission der Deutschkatholiken" die neue Bewegung begrüßt und von ihr eine religiöse Einigung Deutschlands erwartet hatte. Von Anhängern der „Lichtfreunde" wurden in der Provinz Sachsen u. a. Max Duncker, Gustav Schwetschke und Karl Schwarz gewählt. Duncker war in Halle einer der Hauptführer der „protestantischen Freunde" gewesen, Schwarz hatte sich an den Hauptversammlungen der „Lichtfreunde" in Cöthen und durch mehrere Aufsätze an der Bewegung beteiligt und war deshalb suspendiert worden; Schwetschke hatte sich in Flugschriften für Wislicenus, Uhlich und Rupp eingesetzt und den Vorsitz der freien Gemeinde in Halle übernommen. Freilich waren diese Vorkämpfer auf kirchlichem Gebiet nicht überall als Politiker willkommen, namentlich in Magdeburg wandte sich die Stimmung gegen die politische Betätigung der Geistlichkeit[75]), da man unbedingte Scheidung von Religion und Politik wünschte, und daher wurde auch Uhlich selbst hier nicht gewählt.[76])

---

[73]) Neue Sion, Nr. 10, 23. 1. 1849.
[74]) Haym, Rudolf: Das Leben Max Dunckers, Berlin 1891, S. 85.
[74a]) Zu diesen und den folgenden Angaben vgl. A. D. B.
[75]) Magdeburger Zeitung. Nr. 100, 27. April 1848. 3. Beilage
Magdeburger Zeitung Nr. 101, 28. April 1848. 3. Beilage.
[76]) Kölnische Zeitung. Nr. 122, 1. Mai 1848. Magdeburg, den 28. April

Daß gelegentlich auch in der Provinz Sachsen der konfessionelle Gegensatz auf die Wahlen einwirkte, zeigt der Wahlakt in Stendal, wo Wichmanns Kandidatur fast in letzter Stunde noch gescheitert wäre, weil man in dieser rein protestantischen Gegend ihm als Katholiken teilweise skeptisch gegenüberstand. Er konnte seine Wahl nur dadurch sichern, daß er für eine „freie Religionsübung für jedes Bekenntnis, völlige Unabhängigkeit jeder Kirche“ und für „Uebertragung der Kaiserwürde an den protestantischen König von Preußen“ einzutreten versprach.[77])

In Süddeutschland wurde vor allem in Bayern und Württemberg nach konfessionellen Gesichtspunkten gewählt.

In Bayern bemühte sich der Görreskreis um die Wahl katholischer Abgeordneter. Doch war die Situation ungünstiger als etwa im Rheinland, da man sich hier nach allem Vorangegangenen nicht mit dem Liberalismus verbinden konnte. In Bayern hatten sich die Katholiken von jeher konservativer gezeigt, und seit dem Sturze Abels standen sie in Opposition zu der liberalen Regierung. Der Versuch eines Zusammengehens bei den Wahlen scheiterte: Die Augsburger Postzeitung stellte eine Wahlliste mit Klerikalen und Liberalen auf[78]), aber man ging auf Seiten der Liberalen nicht darauf ein. Einige Tage später propagierte dieselbe Zeitung in einer neuen Liste nur Männer streng kirchlicher Richtung wie Philipps, Edel, Döllinger und machte auf die Bedeutung der Wahlen besonders für die Katholiken aufmerksam.[79]) Ungünstig war ferner, daß noch gar keine katholischen Vereine bestanden und weder vor noch während der Wahlen Neugründungen erfolgten; auch hatte man nur wenige Zeitungen zur Verfügung, die eine Wahlagitation im katholischen Sinne betrieben. Für das Schwäbische war durch die Augsburger Postzeitung gesorgt, aber im eigentlichen Altbayern verfügte man nur über den seit dem ersten April erscheinenden Volksboten, der von Zander herausgegeben wurde und bei den Wahlen verhältnismäßig zurückhaltend war. Vom Görreskreis erschien nur in den historisch-politischen Blättern ein von Döllinger geschickt verfaßter Wahlaufruf[80]), der die Leser auf die Wichtigkeit dieser Entscheidung für sie als „Katholiken, als Deutsche, als Genossen eines bestimmten Stammes“ aufmerksam machte und durch die kluge Verbindung kirchlicher und bayrisch-partikularistischer Interessen besonders wirksam war.[81]) Auf solche Wahlaufrufe beschränkte sich im wesentlichen die Wahlagitation des Görreskreises, nur wenige

---

77) Wichmann, Wilhelm: Denkwürdigkeiten. Hannover 1888, S. 5.
78) Augsburger Postzeitung. Nr. 30, 19. April 1848.
79) Augsburger Postzeitung. Nr. 33, 22. April 1848.
80) Historisch-politische Blätter. 1848, Bd. 21, S. 527.
81) Vigener: Ketteler, S. 73.

seiner Kandidaten ließen ihr „politisches Glaubensbekenntnis" drucken, eine Wahlrede ist nur von Sepp bekannt.[82]) Eine umfassende Wahlorganisation fehlte, so kam es zu mehreren Doppelwahlen, namentlich einige Männer des Görreskreises waren an verschiedenen Orten aufgestellt, — Edel z. B. wurde an 7 Stellen gewählt — die Ersatzkandidaten fielen dann häufig anderen Parteien zu. Wenn die bayerischen Katholiken noch gewisse Erfolge zu verzeichnen hatten, so war das vor allem der Tätigkeit des Klerus zuzuschreiben. Auch in Bayern wurden bischöfliche Erlasse bezüglich der Wahlen zum deutschen Parlament an die Geistlichkeit geschickt, die zu Wahlen im kirchlichen Sinne aufforderten. Den Bischöfen wiederum hatte man die in der Augsburger Postzeitung veröffentlichte katholische Kandidatenliste geschickt[83]), damit sie sie allen Pfarrern der Diözese zu möglichster Durchsetzung der vorgeschlagenen Männer vorlegten.[84]) Auch in den Diözesen, deren Bischöfe vor den Wahlen keine Hirtenbriefe erlassen hatten, beteiligte sich der Klerus unaufgefordert am Wahlkampf. Namentlich in den Landgemeinden war das Argument: die Religion sei in Gefahr, sehr beliebt. In Frankfurt wolle man das Verderben der Kirche, darum müßten möglichst viele treue Katholiken gewählt werden, um die Religionsfreiheit zu retten. Die Augsburger Postzeitung und der Volksbote brachten verschiedentlich Artikel, die zur Wahl katholischer Abgeordneter aufforderten.[85]) Da auch in Bayern indirekt gewählt wurde, traten zahlreiche Geistliche als Wahlmänner auf. Priester wurden auch vielfach zu Urwahlkommissaren ernannt, und es konnte gelegentlich vorkommen, daß sie Wahlzettel, auf denen keine Geistliche verzeichnet standen, den Urwählern mit dem Vorwurfe der Lauheit im Christentum zurückgaben.[86]) Diesen kirchlichen Bemühungen gegenüber wird in der Tagespresse darauf aufmerksam gemacht, daß es sich in Frankfurt um nationale Fragen handle und nicht nach kirchlichen Rücksichten gewählt werden dürfe.[87]) Die allzu rege politische Tätigkeit des Klerus findet vielfach Kritik, manche Zeitungen bringen spaltenlange Berichte „klerikaler Wahlumtriebe".[88]) Man übertreibt nun nach der anderen Seite und spricht dem Klerus das Recht auf politische Betätigung völlig ab, z. B. manche Artikel in der Land-

[82]) Dr. Sepp: Die Lage des Vaterlandes. Anspr. an seine Wähler. 1848.

[83]) Regensburger Tagblatt. Nr. 120. 1848.

[84]) Korrespondent von und für Deutschland. Nr. 115, 24. April 1848. Abendblatt.

[85]) Der Volksbote für den Bürger und Landmann. Nr. 17, 20. April: Wen sollen wir wählen? Augsburger Postzeitung. Nr. 33, 22. April 1848, Beilage. Augsburger Postzeitung. Nr. 115, 24. April 1848. Vom Lech, 24. 4.

[86]) Regensburger Tagblatt. Nr. 120. 1848. Aus Niederbayern.

[87]) Bayrische Landbötin. Nr. 55, 6. Mai 1848.

[88]) Regensburger Tagblatt. Nr. 120, 1848.

bötin und im Korrespondenten von und für Deutschland; auf solche Angriffe hin verteidigen katholische Zeitungen energisch „das Recht der Geistlichen als Volksvertreter" usw.[89])

In den katholischen Landgemeinden Ober- und Niederbayerns wurden besonders zahlreiche Geistliche zu Wahlmännern gewählt. Bei der Wahl Sepps in Rosenheim waren ein Drittel aller Wahlmänner Geistliche, in Abensberg wurde Edel gewählt, obwohl er gar nicht kandidiert hatte, ebenso Arndts in Straubing, lediglich durch die Stimmen klerikaler Wahlmänner. Gerade diese Straubinger Parlamentswahl wurde angefochten, die Minorität der Wahlmänner schickte an Arndts und seinen Ersatzmann Lasaulx wegen der Art des Wahlvorgangs ein Mißtrauensvotum, aber sie erreichten damit nichts.[90]) Geistliche Wahlmänner versuchten überall, katholische Abgeordnete durchzusetzen, und so wurde die Mehrheit der Männer des Görreskreises im streng katholischen Niederbayern gewählt: Arndts in Straubing, Döllinger in Landau, Lasaulx in Abensberg, Phillips in Deggendorf, dazu als „ultramontaner" Abgeordneter noch Ostermünchner in Griesbach. Im übrigen Bayern, mit Ausnahme des Eichstädtischen, waren die Wahlresultate ungünstiger. In der Pfalz hatten die Demokraten die Oberhand, auch in Ober- und Mittelfranken war ihre Zahl bedeutend, das Motto der Wahlen hieß hier vielfach: „keine Adligen, keine Beamten, keine Pfaffen . . . .". München war der Sammelpunkt der Liberalen, der Münchener Verein für konstitutionelle Monarchie wurde das Vorbild zahlreicher Neugründungen in Franken und Schwaben, wo die Liberalen ziemlich stark vertreten waren.

Von den Männern des Görreskreises wurden in Oberbayern Sepp gewählt, in Schwaben Nagel und Vogel, im Eichstädtischen Friedrichs und Thinnes, in Mittelfranken Edel. Im ganzen waren unter den 77 bayerischen Abgeordneten 11 Mitglieder des Görreskreises, zumeist Märtyrer der Lolazeit; im Vergleich mit den Erfolgen in anderen katholischen Gebieten war das Ergebnis relativ ungünstig.

Protestantischerseits scheint in Bayern wenig auf die Wahl evangelischer Abgeordneter hingearbeitet worden zu sein, die Presse enthält kaum Beispiele dafür. Zwar war auch in Bayern in den 40er Jahren die orthodoxe Richtung angewachsen, aber sie erlangte niemals einen ähnlich großen Einfluß wie in Westfalen oder Württemberg. Nur gelegentlich war bei den Wahlen in Bayern das

---

[89]) Neue Sion. Nr. 64, 27. Mai 1848. Sion Nr. 57, 12. Mai 1848. Aschaffenburger Zeitung. Nr. 117, 13. Mai 1848.
Katholischer Hausfreund. Nr. 24, 25, 26. Jahrgang 1848, S. 406 ff.

[90]) Augsburger Allgemeine Zeitung. Nr. 124, 3. Mai 1848.
München, 30. April.

protestantische Bekenntnis des Bewerbers ausschlaggebend, Dr. Krafft in Nürnberg z. B. wurde dank seines Anhanges in der altlutherischen Partei gewählt[91]), aber solche Beispiele finden sich nur vereinzelt.

In Württemberg erhielt der Wahlkampf durch die Einwirkung eines fanatischen pietistisch-orthodoxen Protestantismus eine besondere Schärfe. Die Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hatte besonders hier eine zahlreiche Anhängerschaft gefunden. Waren aber in Westfalen die Pietisten, die „Stillen im Lande", in der Wahlagitation äußerlich nur wenig hervorgetreten, so standen sie in Württemberg im Vordergrunde des Wahlkampfes. Sie stellten diese politische Entscheidung als in erster Linie für die Kirche wichtig hin, behaupteten, die Religion sei in Gefahr, es handle sich in Frankfurt um die Abschaffung der Bibel, um die Geltung der symbolischen Bücher, ja um die Abschaffung der Religion[92]). Infolge solcher Agitation konnte es geschehen, daß in einer größeren Gemeinde auf der Alb die Eltern die Schulbücher und Bibeln ihrer Kinder einschlossen, damit man sie ihnen nicht wegnehmen könnte[93]). Namentlich die Geistlichen spielten eine Hauptrolle als Agitatoren und Bewerber für die Abgeordnetenstellen[94]). Der Spruch: „Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes, so wird euch das andere alles zufallen", wurde in diesen Tagen ganz neu ausgelegt, in dem Sinne, daß das Studium der Theologie vorzugsweise zur Wahl ins deutsche Parlament befähigte; so schreibt spöttisch der schwäbische Korrespondent der Deutschen Zeitung[95]). Vielfach wird von den Kanzeln auf die Bedeutung der Wahlen gerade in religiöser Beziehung hingewiesen; weil es in Frankfurt nicht nur um zeitliche, sondern namentlich um religiöse Fragen gehe, betet man in den Kirchen um die Wahl „christlicher" Männer[96]). Alle Mittel werden benutzt, um eigene Kan-

---

[91]) Ghillany: Chronik der Stadt Nürnberg, 1848.

[92]) Zimmermann, W.: Die deutsche Revolution 1848, S. 577 ff.

[93]) Schwäbischer Merkur. Nr. 136, 16. Mai 1848, Mühlhausen a. Schwäbischer Merkur. Nr. 227, 23. August 1848. Aufforderung in Sachen des Volksschulwesens.

[94]) Fallati an seinen Bruder. Tübingen, 30. April 1848.
Bassermann, D.: Denkwürdigkeiten, Frankfurt 1926, S. 144.

[95]) Deutsche Zeitung. Nr. 119, 29. April 1848.
Aus Württemberg, 26. April.

[96]) In einer Kirche in der Nähe von Ludwigsburg wurde z. B. in den Ostertagen von der Kanzel folgendes Gebet verlesen: „Lieber Gott, wir bitten dich, daß die Wahlmänner, welche einen Abgeordneten in die deutsche Nationalversammlung zu wählen haben, erleuchtet werden mögen, lenke die Herzen auch der Wähler unserer Gemeinde dahin, daß sie, da bei dieser Versammlung nicht nur zeitliche, sondern namentlich religiöse Fragen zur Sprache kommen, einen christlichen Mann wählen!" Deutsche Zeitung. Nr. 119, 29. April 1848. Weserzeitung. Nr. 1352, 1. Mai 1848. Württemberg.

didaten durchzubringen. So soll in einem Wahlkreis in der Nähe Stuttgarts von Pietisten die Sage verbreitet worden sein, am 24. April 1848, dem Osterfeiertage, sei Christus nachts einem pietistischen Zeitungsschreiber und Wahlkandidaten erschienen, habe ihm die Hand aufs Haupt gelegt und gesprochen: „Du bist mein Gerechter, durch dich werde ich siegen"[97]) — und dieser Pietist sei auch wirklich gewählt worden. Das Volk wurde auf diese Weise so fanatisiert, daß keine sachliche Entscheidung mehr möglich war. Fallati z. B. fiel in einem überwiegend protestantischen Wahlkreis durch; tumultuarisch forderten die Bauern ihre schon auf ihn ausgestellten Wahlzettel zurück, man habe ihnen verschwiegen, daß der „Valentin" katholisch sei, sie wollten ihren Glauben nicht verleugnen[98]). Zum Teil richtete sich auf evangelischer Seite der Kampf nicht nur gegen katholische Abgeordnete, er spielte sich gelegentlich auch zwischen den Anhängern der kirchlich-liberalen und orthodoxen Richtung ab. Das krasseste Beispiel hierfür ist der Wahlkampf in Ludwigsburg, der über Württemberg hinaus in ganz Deutschland Aufsehen erregte. Hier standen sich als Bewerber David Friedrich Strauß, der Verfasser des „Leben Jesu", und Christoph Hoffmann, der „württembergische Pietistengeneral", gegenüber. Von den Kanzeln wurden die Gemeinden gewarnt, durch die Wahl Strauß' nicht den Zorn Gottes auf sich zu lenken, man kennzeichnete Strauß als den Antichrist[99]), Frauen und Kinder wurden gegen ihn in die Schranke gerufen.[100]) Man ereiferte sich, daß man mit seiner Wahl auch seinen Unglauben unterschreibe, und wer diesen habe, sei des Teufels. Strauß wehrte sich in allen seinen Wahlreden gegen die Hereinziehung der Religion in den Wahlkampf, es solle nach religiösen Gesichtspunkten gewählt werden, wo es sich um die Religion, aber nach politischen, wo es sich um die Politik handle[101]). Infolge der Verbindung des Wahlkreises Ludwigsburg mit zahlreichen ländlichen Ortschaften fiel Strauß durch. Es wurde zwar gleich eine mit vielen 1000 Unterschriften versehene Verwahrung gegen diese Wahl an das Parlament geschickt; ganz Ludwigsburg legte Trauer an, die Brunnen wurden mit Trauerweiden umgeben, von denen schwarze Bandschleifen herabhingen, die Soldaten trugen die Käppis mit Flor verhüllt, und von Stunde zu Stunde stimmten die Posaunen von den

97) Zimmermann: die deutsche Revolution, S. 579.
98) Fallati an seinen Bruder, Tübingen, 30. April 1848 (U.-B. Tübingen).
99) Deutsche Zeitung. Nr. 118, 28. April 1848.
Aus Württemberg, 25. April.
100) Zimmermann, Wilhelm: Die deutsche Revolution 1848, S. 578.
101) Strauß, D. F.: Sechs theologisch-politische Volksreden. 1848, S. 2 ff; 25 ff.

Kirchen und Türmen herab Trauerchöre an[102]). Aber trotz aller Bemühungen und Proteste konnte die Wahl nicht rückgängig gemacht werden, und etwas später wird aus Frankfurt geschrieben, Hoffmann sitze „breit auf seinem Platze". Bei solcher Verschiebung des politischen Wahlkampfes auf das kirchliche Gebiet war hier ein Mann gewählt worden, dem alle Verfassungen als „Teufelswerk" erschienen[103]), der sich gegen die neuerrungene Freiheit erklärt hatte und sich wohl oder übel darin fügte, weil Gott diese Entwicklung zugelassen hatte[104]). Diese Uneinigkeit zwischen liberalen und orthodoxen Protestanten führte verschiedentlich zum Erfolge des katholischen Gegenkandidaten. In Ehingen wurde Gfrörer mit den katholischen Stimmen gewählt, weil sich die Protestanten zersplitterten und zum Teil für den pietistischen Oberjustizrat Klett, zum Teil für den liberalen Pfarrer Süskind stimmten.[105]) Im allgemeinen aber schnitten die Protestanten besser ab, sie stimmten auch dem Wahlresultat „freudig" zu[106]). Die Wahlbetätigung der Katholiken und des katholischen Klerus war in Württemberg weniger rege und zurückhaltender als in Bayern[107]). Wirklichen Erfolg hatten sie im katholischen Oberschwaben, hier wurden die drei „ultramontanen" Abgeordneten Württembergs gewählt: Gfrörer in Ehingen[108]), Kautzer in Ellwangen[109]) und Wiest in Saalgau[110]).

Auch hier wurde, wie bei den Protestanten, gesagt, die Religion sei in Gefahr, auch hier traten die Geistlichen als Kandidaten auf[111]). Die Wahlen wurden nach streng katholischen Rücksichten vollzogen, so daß z. B. Fallati, der nur dem Namen nach der katholischen Kirche angehörte, die Wahlvorschläge aus Oberschwaben wegen ihres „einseitig katholischen Standpunktes" nicht berücksichtigen mochte, zumal sich damit noch „österreichische Sympathien" verbanden[112]). Fallati gehörte zu den wenigen Kandidaten in Württemberg, die in ihrer Wahlrede das höchst unpopuläre Thema von der Notwendigkeit der preußischen Hegemonie in Deutschland behandelten[113]).

---

102) Augsburger Abendzeitung Nr. 124, 3. Mai 1848. Württemberg. Neueste Nachrichten. Nr. 29, 7. Mai 1848, Ludwigsburg, 1. Mai. Kölnische Zeitung Nr. 127, 6. Mai 1848. Stuttgart, 2. Mai.
103) Schwäbischer Merkur. Nr. 115, 25. April 1848.
104) Kölnische Zeitung. Nr. 127, 6. Mai 1848. Stuttgart, 2. Mai. Schwäb. Merkur. Nr. 115, 25. April 1848. Ludwigsburg, 23. April.
105) Deutsche Zeitung. Nr. 123, 3. Mai 1848. Aus Württemberg.
106) Deutsche Zeitung. Nr. 124, 4. Mai 1848. Aus Württbg., 1. Mai.
107) Neue Sion. 8. Juni 1848.
108) Schwäbischer Merkur. Nr. 122, 2. Mai 1848. (Schwäbische Chronik.)
109) Schwäbischer Merkur. Nr. 122, 2. Mai 1848.
110) Schwäbischer Merkur. Nr. 122, 2. Mai 1848.
111) Fallati an seinen Bruder. 30. April 1848. (U.=B. Tübingen.)
112) Fallati, Tagebuch. Mittwoch, 26. April 1848. (U.=B. Tübingen.)
113) Fallati. Tagebuch. Freitag, 12. Mai 1848. (U.=B. Tübingen.)

In Württemberg waren katholische und österreichfreundliche Tendenzen zumeist identisch, in mehreren Wahlversammlungen warben katholische Priester für die österreichische Hegemonie in dem neuzuschaffenden Deutschen Reich[114]). Vielfach erweckte man in den streng katholischen Kreisen von Frankfurt die Vorstellung, als wenn zu den beiden Hauptprogrammpunkten der Verhandlungen die Bestimmung über das Verhältnis von Schule, Kirche und Staat und die Entscheidung, ob Süddeutschland österreichisch oder preußisch werde, gehörte. „Deutschland ein wenig, aber vor allem Oberschwaben und Oesterreich hoch — das war die Losung der kirchlichen Partei in dieser Gegend."[115])

Da nicht in allen Teilen Württembergs die Katholiken sich so rege beteiligt hatten, fielen die Wahlen im Verhältnis zur konfessionellen Zusammensetzung der Bevölkerung ungünstig für den Katholizismus aus. Eine katholische Zeitschrift klagt, daß in dem zu einem Drittel katholischen Lande nur der siebte Teil der Abgeordneten, 4 von 28, katholisch seien.[116]) Daß aber kirchlicherseits in Württemberg im allgemeinen der Wahlkampf mit großem Eifer geführt worden ist, erhellt, daß von den 28 schwäbischen Abgeordneten 10 Theologie studiert hatten: Frisch, Gfrörer, Haßler, Hoffmann, Rümelin, Vischer, Wurm und Zimmermann evangelische, Kautzer und Pfahler katholische Theologie, eine Tatsache, auf die man in der Presse gleich nach den Wahlen hinwies.[117])

---

114) Schwäbischer Merkur. Nr. 113, 23. April 1848.
Oberschwaben, den 21. April.

115) Zimmermann, die deutsche Revolution. 1848, S. 579.

116) Sion, Nr. 72, 16. Juni 1848.

117) Schwäbischer Merkur. Nr. 124, 4. Mai 1848. Stuttg., den 2. Mai.

II. Kapitel.

Konfessionelle Momente bei der Wahl des Reichsverwesers.

So sehr durch die Wahlen zum Frankfurter Parlament die konfessionellen Leidenschaften aufgewühlt worden waren, sie schienen vergessen, als am 18. Mai 1848 die Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt zusammentrat. So stark war der Wille zur Einigung, daß in den ersten Wochen die latent vorhandenen Gegensätze nicht sichtbar wurden. Eben aus diesem Grunde hatten auch viele den Antrag des Bischofs Müller von Münster, kirchliche Feiern zur Eröffnung des Parlamentes abzuhalten, abgewiesen, weil das starke Einheitsgefühl, das die Mehrheit der Abgeordneten beseelte, die durch die konfessionelle Spaltung bedingte Trennung der Gottesdienste nicht zuließ; im Augenblick, wo man sich politisch zu einigen bemüht war, sollte nicht die Gespaltenheit der Nation in religiöser Hinsicht durch die Abhaltung verschiedener kirchlicher Feiern dokumentiert werden.[1])

Selbst bei der ersten großen Aufgabe der Versammlung, in den Verhandlungen über die zu schaffende provisorische Zentralgewalt, die fast alle kommenden politischen Probleme in sich tragen, bleiben die religiösen Gegensätze äußerlich verdeckt: in den Debatten fällt nicht ein Wort, das Bedenken konfessioneller Art verrät; als nach langen Auseinandersetzungen Heinrich von Gagern mit seinem „kühnen Griff" die Schaffung einer einheitlichen Spitze aus eigener Machtvollkommenheit der Nationalversammlung vorschlägt und am 29. Juni 1848 der Erzherzog Johann von Oesterreich unter großem Jubel mit überragender Majorität zum Reichsverweser gewählt wird, machen sich bei den protestantischen Abgeordneten keinerlei konfessionelle Antipathien geltend; die Opposition, die teils für Gagern oder Itzstein gestimmt, teils sich der Stimme enthalten hatte, setzte sich lediglich aus Angehörigen der Linken zusammen.

---

[1]) Sten. Ber. 1, S. 14. Hentges: „. . . wir beraten eine gemeinschaftliche Sache, und es scheint mir daher eine Trennung bei einem Gottesdienste nach konfessioneller Unterscheidung unpassend."

Dieses Verhalten der Protestanten bei der Reichsverweserwahl hielten die Erbkaiserlichen im Frühjahr 1849 den „Großdeutschen" in dem Ringen um die Wahl Friedrich Wilhelm IV. zum deutschen Kaiser als Beispiel ihrer „moralischen Ueberlegenheit" vor[2]). In den Verhandlungen über die Annahme des Welckerschen Antrags wies Zittel darauf hin, daß die Protestanten damals „mit Freuden" ihre Stimme für Erzherzog Johann abgegeben hätten, ohne sich durch eine „konfessionelle Antipathie" leiten zu lassen, und dies teilweise in der Aussicht, „daß die deutsche Krone dem Hause Habsburg vorbehalten sei".[3])

Wenn man auf diese Weise auf die Gegenseite moralisch einen Druck auszuüben versuchte, so war man damit keineswegs im Recht. Die Mehrheit der Abgeordneten faßte diese Wahl durchaus als Provisorium auf, von einer Entsagung der Protestanten kann keine Rede sein, da auch bei ihnen vielleicht Widerspruch gegen den katholischen österreichischen Reichsverweser laut geworden wäre, hätte man ihn nicht vielfach als „einstweiligen Lückenbüßer"[4]) betrachtet, den man wählte, um für Preußen Zeit zu gewinnen; denn daß im Augenblick keine Möglichkeit einer preußischen Führung bestand, war durch die ironische Ablehnung des Antrags von Braun deutlich zum Ausdruck gekommen.[5]) Man hoffte in weiten Kreisen, gerade auf Grund dieser uneingeschränkten Zustimmung zur provisorischen Lösung, bei der definitiven Entscheidung Preußen umso sicherer an die Spitze stellen zu können.[6]) Man rechnete damit, daß

---

[2]) Droysen, Briefwechsel. 1929, Bd. 1, S. 514.
Droysen an August Kopisch, 14. Januar 1849, ebenda, S. 441.
Droysen an Wilhelm Arendt, 8. Juli 1848.
Pagenstecher, C. H. A.: Als Abgeordneter in Frankfurt im Jahre 1848, Bd. 2, 1913. S. 66.
Bassermann, F. D.: Denkwürdigkeiten. 1926, S. 188.
Mohl, R., von: Lebenserinnerungen. Bd. 2, Stuttgart und Leipzig 1902, S. 100.

[3]) Sten. Ber. 8, S. 5864.

[4]) Arndt, Ernst Moritz: Ein Lebensbild in Briefen. 1898, S. 441.

[5]) Sten.-Ber. 1, S. 397.
Braun hatte beantragt, bis zur definitiven Begründung der obersten Regierungsgewalt für Deutschland die Ausübung derselben in allen gemeinsamen Angelegenheiten der Krone Preußen zu übertragen, mit denjenigen Bestimmungen und Modalitäten, welche das Gutachten für das vorgeschlagene Bundesdirektorium aufgestellt hat.

[6]) Simson, B. von: Ed. v. Simson, Erinnerungen aus seinem Leben, Leipzig 1901, S. 104-105. Frankfurt, 13. Juli 1848: „Der Sinn, in welchem wir Preußen den Erzherzog wählten, liegt hoffentlich für unsere Landsleute klar; ich meine, kein anderer Weg führte so einfach dahin, in mäßiger Zeit Preußen in der Auffassung von Deutschland gegen die jetzige zum Teil freche — Unterschätzung herzustellen . . . am Ende wird sich niemals jemand schneller — im unglücklichen Falle — abnutzen, als in diesem Augenblick."

in einer politisch so schwierigen Situation der Reichsverweser sich „abnutzen“[7]) und sich und das Haus Habsburg bald „unmöglich gemacht haben“ werde.[8]) Zum Teil betrachtete man die Stellung des Reichsverwesers als eine „ostensibele Ehre“, die man Oesterreich gern zubilligte, um dann Preußen die Macht durch die Besetzung der Präsidentenstelle und der politisch wichtigen Ministerposten vorzubehalten.[9]) Man kann daher keinesfalls die Schaffung der provisorischen Zentralgewalt als adäquaten Parallelvorgang zur Kaiser-

---

Beseler, Georg: Frankfurter Briefe 1848/49, 1912, S. 236. „Wir stimmten wie ein Mann auf den Oesterreicher, ohne alle kleinliche Eifersucht, so daß jedermann sagte, das sei ein Ehrentag für Preußen, der bei der definitiven Wahl schon seine Früchte tragen werde.“

Radowitz, J., von: Berichte aus der Nationalversammlung. Ges. Schriften 3, Bericht vom 1. 7. 48. R. spricht ebenso den Wunsch aus, daß diese „edle Selbstverleugnung“ mindestens „ihre Früchte tragen“ möge. S. 377/78.

Zimmermann, W.: Die deutsche Revolution 1848. S. 675. „Auch sagten sich die Preußen unter sich: Schließen wir jetzt Preußen von seinem Anteil an der provisorischen Zentralgewalt aus, so wird es um so weniger fehlen, daß bei der definitiven Wahl, sei diese nun ein Kaisertum oder ein Direktorium, Preußen vorzugsweise bedacht wird.“

(Usedom, G., von): Politische Briefe und Charakteristiken aus der deutschen Gegenwart Berlin. 1849. S. 146 f: „Die preußischen Deputierten endlich stimmten für die Einheit, weil sie es für anständig hielten, jeden Verdacht eines Sonderinteresses von sich abzuwehren, sie schlossen Preußen von seinem Anteil an der provisorischen Zentralgewalt aus, weil sie glaubten, er werde ihm bei der definitiven um so weniger fehlen.“

Rückschauend äußern sich in diesem Sinne:

Wesendonk, H.: Erinnerungen aus dem Jahre 1848. Newyork 1898, S. 12.

Biedermann, K.: 1840—1870. Dreißig Jahre deutscher Geschichte Breslau (1880), S. 294.

[7]) Haym, Rudolf: Max Duncker, 1891, S. 88/98. Duncker führte in einer Denkschrift vom 31. Juli 1848 aus, inwiefern „die preußischen Abgeordneten in Frankfurt gerade auch durch das östrreeichische Provisorium einer definitiven Entscheidung zugunsten Preußens vorgearbeitet hätten, da ein Provisorium unter schwierigen Verhältnissen mehr abnutze als fördere.“

Perthes, C., Th.: Bundestag und deutsche Nationalversammlung im Jahre 1848. Frankfurt 1913, S. 109. „Da überdies die Stellung eines Reichsverwesers gegenwärtig eine so dornige ist, daß sie fast notwendig Abneigung gegen ihren Inhaber hervorruft, so hat Preußen, falls es ihm gelingt, sich zu rekonstruieren, die größte Wahrscheinlichkeit, bei der künftigen Besetzung der Zentralgewalt die öffentliche Meinung für sich zu haben, wenn es in diesem Augenblick Oesterreich an die Spitze kommen läßt. Von solchen Ansichten ist, wie ich glauben sollte, Herr von Vincke geleitet worden . . . .“

[8]) Revolutionsbriefe 1848. Ungedrucktes aus dem Nachlaß Friedrich Wilhelms IV. 1930, S. 130. Vincke an Friedrich Wilhelm IV., 19. Juli 1848.

[9]) Droysen, Johann Gustav: Briefwechsel. 1929, Bd. 1, S. 459. — Droysen an Wilhelm Arendt, 10. VIII. 1848.

Jürgens, Karl: Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes 1848/49. Bd. 1, Braunschweig 1850, S. 145, Anmerkung.

wahl im März 1849 werten und nicht daraus schließen, daß für die Protestanten in der Verfassungsfrage konfessionelle Momente keine Rolle spielten. Hinzu kam, daß zur Zeit dieser Wahl das Parlament noch von einer Hochstimmung getragen wurde, die schwerlich ein Hereinziehen trennender religiöser Momente in die politische Auseinandersetzung geduldet hätte; wo man vielleicht auch an die konfessionelle Seite der Wahl dachte, wagte man nicht, solche Gedanken laut werden zu lassen. Christoph Hoffmann, der pietistische Abgeordnete aus Württemberg, der, politisch gleichgültig, nur religiösen Fragen zugewandt war, bezeugt, daß keinerlei Bemerkung in dieser Richtung gemacht wurde: „Auch bei der Wahl des Reichsverwesers selbst erinnere ich mich nicht, irgendeine Anspielung auf konfessionelle Verhältnisse vernommen zu haben."[10]) Wenn er freilich fortfährt: „Heinrich von Gagern ... wirkte mit aller Kraft für die Wahl des österreichischen Erzherzogs Johann zum Reichsverweser, ohne auch bei seinem kühnen Griff neben seinem berühmten obgleich (ich schlage den Erzherzog Johann vor, obgleich er ein Fürst ist) das Sätzchen beizufügen: und obgleich er Katholik ist[11])", so war das eine ergänzende Einschränkung, die Heinrich von Gagern selbst völlig fernlag, wohl aber der Einstellung Hoffmanns und mancher anderer protestantischer Abgeordneter entsprach.

Unter den katholischen Abgeordneten waren die Klerikalen an der Wahl des katholischen Reichsverwesers aus religiösen Gründen besonders interessiert, aber auch hiervon drang nichts in die Oeffentlichkeit, nur im „katholischen Verein", wo man sich ganz unter Gesinnungsgenossen glaubte, äußerte sich Professor Deiters aus Bonn über die religiöse Seite der Wahl und sprach in diesem Zusammenhang den Wunsch nach einer Rekatholisierung Deutschlands aus, „daß es jetzt an dem sei, daß alles, was an Christum glaube, sich der katholischen Kirche anschließen werde"[12]). Welche Hoffnungen man in diesen Kreisen an die Wahl des Reichsverwesers auch hinsichtlich der endgültigen Entscheidung in der deutschen Reichsverfassungsfrage knüpfte, zeigte eine briefliche Aeußerung Knoodts: „Möge Erzherzog Johann bald kommen und möge es uns gelingen, ihn bei der definitiven Feststellung der Regierungsgewalt zum deutschen Kaiser zu proklamieren!"[13])

So wenig öffentlich bei der Einsetzung der provisorischen Zentralgewalt Imponderabilien religiöser Art erwähnt worden waren, so bestand auch in den Reihen der protestantischen Abgeordneten

[10]) Hoffmann, Chr.: Mein Weg nach Jerusalem. Bd. 2, S. 249.
[11]) Hoffmann, Chr.: Mein Weg nach Jerusalem, Bd. 2, S. 249.
[12]) Ebenda, S. 250.
[13]) Peter Knoodt an Groy. Frankfurt, den 1. Juli 1848.
(R. A. Frankfurt.)

darüber kein Zweifel, daß neben den geschichtlichen Erinnerungen konfessionelle Sympathien für Erzherzog Johann gesprochen hatten.[14])

Deutlich zeigt sich bei der Aufnahme der Wahl in den einzelnen Ländern, daß für die Beurteilung dieser politischen Entscheidung religiöse Gesichtspunkte eine Rolle spielen.

Im überwiegend katholischen Süddeutschland findet die Wahl Erzherzog Johanns zum Reichsverweser bei allen — von den Radikalen abgesehen — jubelnde Zustimmung. Hier scheint auch protestantischerseits kein Widerspruch laut geworden zu sein, die Tagesliteratur enthält keinerlei negative Urteile, und der Schwäbische Merkur z. B., der in dem konfessionell gemischten Württemberg erschien, bringt Berichte von den in katholischen wie protestantischen Orten gefeierten „Johannsfesten", die überall ganz ähnlich verlaufen.[15]) Einleitend gewöhnlich ein Zapfenstreich der Bürgerwehr, dann am Vormittag in katholischen wie protestantischen Kirchen Festgottesdienste zur Annahme der Wahl. Abends werden auf allen Bergen Freudenfeuer abgebrannt, die weit in das Land hineinleuchten. Man zieht auf Ruinen und Schlösser, um bei Fackelbeleuchtung große Reden und Ansprachen zu halten. In überschwänglichen Worten, die sich gelegentlich zu schwärmerischem Pathos steigern, wird der Erzherzog Johann gefeiert. „. . . . ein neuer Johannes ist gekommen, von welchem, wie auch von jenem geschrieben ist: Es war ein Mann, von Gott gesandt, der hieß Johannes."[16]) Die süddeutsche Presse zeigt durchgehend ein lebhaftes Interesse für die Persönlichkeit des Reichsverwesers, sie schildert seine Fahrt durch Süddeutschland, seinen Empfang in Frankfurt, in langen Artikeln befaßt sie sich mit einzelnen Ereignissen aus seinem Leben, unter denen die Geschichte seiner Heirat mit der Postmeisterstochter sich der größten Beliebtheit erfreut.

In Norddeutschland ist die Presse der Wahl Erzherzog Johanns gegenüber wesentlich zurückhaltender; aus den verschiedensten Gegenden kommen teils in Zeitungen, teils in persönlichen Mittei-

---

[14]) Duncker, Max: Zur Geschichte der deutschen Reichsversammlung zu Frankfurt, Berlin, 1849, S. 11.

[15]) Schwäbischer Merkur, Nr. 191, 12. Juli 1848.
Weinsberg, den 10. Juli. Stuttgart, den 11. Juli.
Schwäbischer Merkur. Nr. 193, 14. Juli 1848. Ehingen, den 10. Juli. Wangen. Ellwangen, Leonberg.
Schwäbischer Merkur. Nr. 196, 18. Juli 1848. Giengen a. B. Tübingen. Hohen-Neuffen. Lemberg. Sulz. Crailsheim. Oehringen.
Schwäbischer Merkur. Nr. 198. 20. Juli 1848. Backnang. Calw. Aalen. Flottweil. Ulm. Horb. Nordstetten. Rohrdorf.
Schwäbischer Merkur. Nr. 201. 23. Juli 1848. Reutlingen, den 20. Juli.
Schwäbischer Merkur. Nr. 206, 29. Juli 1848. Hohenheim.

[16]) Schwäbischer Merkur. Nr. 196, 18. Juli 1848.

lungen Nachrichten, daß sich seit der Einsetzung des Reichsverwesers der Partikularismus in Preußen regt.[17]) Diese Mißstimmung ist konfessionell mitbegründet, wie sie sich denn auch nur in den evangelischen Teilen Preußens äußert, während in den katholischen Gegenden Erzherzog Johanns Wahl mit großem Jubel gefeiert wird. Am deutlichsten kommt das in konfessionell gemischten Gebieten zum Ausdruck. In Westfalen entspricht die Stellung zum Reichsverweser dem jeweiligen Bekenntnis der einzelnen Gebiete: im katholischen Münsterland Begeisterung[18]), in der protestantischen Grafschaft Mark und in Minden-Ravensberg kühle Zurückhaltung[19]). In Hamm z. B. wurde eine Schrift verbreitet, die „alle braven Preußen" auffordert, den Reichsverweser nicht anzuerkennen, „da kein Preuße zugeben könne, daß sein König der Diener eines katholischen österreichischen Prinzen wäre"[20]. Noch im September, als Ficker eine Fußwanderung durch Westfalen unternahm, stellte er einen solchen Gegensatz zwischen preußischer und deutscher kaiserlicher Gesinnung fest, daß er für Westfalen an die Möglichkeit eines Bürgerkrieges glaubte.[21])

Ebenso ist die Lage im Rheinland. Die katholische Rhein- und Moselzeitung bringt spaltenlange Festberichte, die von der allgemeinen Begeisterung der Katholiken für den Reichsverweser und die Abneigung gegen das protestantische Preußen zeugen.[22]) Zum Teil begrüßt man im Rheinland die Wahl Erzherzog Johanns sogar mit der Hoffnung, daß bei der definitiven Entscheidung die Kaiserkrone Oesterreich zufalle, die provisorische Reichsverweserschaft wird als erster Schritt dahin betrachtet; so heißt es in der Rhein- und Moselzeitung, den Tag Peter und Paul, den 29. Juni, würden Kinder und Kindeskinder nicht vergessen, denn an ihm sei der künftige deutsche Kaiser gewählt worden. Charakteristisch für die nach der

---

[17]) Kopstadt, H.: Hermann von Beckerath, Braunschweig 1875, S. 88. Brief vom 13. Juli 1848.

Hansen, J.: Gustav von Mevissen. Ein rheinisches Lebensbild. 1815 bis 1899. Bd. 2, Berlin 1906, S. 406. Brief vom 16. Juli 1848.

Gutzkow, Karl: Deutschland am Vorabend seines Falles und seiner Größe. 1848, S. 201.

[18]) Jung, J.: Julius Ficker, 1907, S. 66.
Neue Sion, 23. Januar 1849. (Von einem Mitgliede der Nationalversammlung.)

[19]) Herforder Kreisblatt. Nr. 39, 1848.

[20]) Neueste Nachrichten. Nr. 113, 30. Juli 1848. Berlin, 25. Juli. Diese Schrift wird verschiedentlich in den Zeitungen erwähnt, in der katholischen Presse scharf kritisiert, z. B. in den Historisch-politischen Blättern, die auf den Nutzen hinweisen, „von dergleichen Protestationen gegen katholische Reichsverweser für künftige mögliche Fälle entgegengesetzter Art, wie hiermit geschehen, Akt zu nehmen." Historisch-politische Blätter, Nr. 22, 1848, S. 317.

[21]) Jung, J., Julius Ficker, 1907 S. 69.

[22]) Ebenso auch Roon, A., von: Denkwürdigkeiten, Berlin 1905, Bd. 1, S. 183.

Konfession geteilte Stimmung im Rheinland ist ein Bericht des Korrespondenten der Augsburger Allgemeinen Zeitung aus Krefeld: „Die deutsche Sache hat in dem benachbarten Kreise Gladbach wie in manchen anderen Bezirken der Rheinprovinz ihre Sympathien und Antipathien. Die Katholiken schwärmen dafür, die Evangelischen sind bedenklich, und viele unter ihnen murren oder trauern . . .“[23]) Ein anderes Mal schreibt er „Vom Rhein“, in einer Stadt mit gemischter Bevölkerung habe man am katholischen Ende die deutsche Fahne, am protestantischen die preußischen Farben aufgesteckt und sich gegenseitig verhöhnt.[24])

Die Verbindung katholisch-österreichischer und preußenfeindlicher Stimmung, die bei den Feiern in Münster in Westfalen etwa zum Zerreißen der preußischen Fahnen geführt hatte[25]), ist im Rheinland so stark, daß man selbständiges Reichsland werden will[26]). Namentlich die katholische Rhein- und Moselzeitung ist die Wortführerin dieses Vorschlags, der in der ganzen Tagespresse, selbst in Süddeutschland, teils kritisch, teils zustimmend besprochen wird. Man motiviert dieses Projekt damit, daß ein Kaiser ohne Land ein Schattenkaiser sei. Bei der Reichsverweserwahl habe man den an sich richtigen Grundsatz, daß die Kaiserwürde sich nicht mit der Territorialhoheit vertrage, verwirklicht, aber der notwendigen Machtstellung halber müßte dem Herrscher eine Dotation in reichsunmittelbarem Land gegeben werden, und als das passendste Kaiserland schlägt man die preußische Rheinprovinz vor. Schon seit den Märztagen war immer wieder von der bevorstehenden Loßreißung der Rheinlande von Preußen gesprochen worden[27]); mit der Wahl des Reichsverwesers wird das Problem von neuem akut, auch von gut orientierter Seite finden sich verschiedentlich Hinweise, daß man preußischerseits mit diesen Tendenzen rechnet; Roon schreibt Anfang August von Koblenz: „Die Stimmung der hiesigen Bevölkerung ist nichts weniger als beruhigend. Die ultramontane Partei spricht unverhohlen ihre Abneigung gegen Preußen aus, in den Predigten der

---

[23]) Augsburger Allgemeine Zeitung, Nr. 233. 20. August 1848. Krefeld, 15. August.

[24]) Augsburger Allgemeine Zeitung, Nr. 208. 26. Juli 1848. Vom Rhein, 22. Juli.

[25]) Jung, J., Julius Ficker, 1907, S. 67.

[26]) Briefwechsel zwischen Stüve und Detmold in den Jahren 1848/50, Hannover 1903, Nr. 28, S. 43.

[27]) Perthes, C. Th.: Bundestag und deutsche Nationalversammlung im Jahre 1848, 1913. S. 97.

Caspary, Anna: Ludolf Camphausens Leben. Stuttgart 1902, S. 172. Brief vom März 1848.

Gerlach, L., von: Denkwürdigkeiten, 1891. Bd. 1, S. 133. Aufzeichnung vom 1. 3. 1848.

Geistlichen, wie in den Kneipen und Zeitungen"[28]), und einige Tage später, am 15. August, heißt es: „Wir wissen, daß hier in Kirchen und Schenken seit Monaten gegen uns gepredigt und gepoltert, und daß seit der Reichsverweserwahl der Abfall von Preußen als erwünscht dargestellt wird"[29]).

In den altpreußischen Gebieten treten von Anfang an die Frankfurter Verhandlungen hinter den preußischen Angelegenheiten zurück, und auch der Wahl des Reichsverwesers steht man allgemein gleichgültiger gegenüber. Wo sich Widerspruch zeigt, wird er gelegentlich konfessionell begründet und betont, man wolle protestantisch und preußisch bleiben. In Berlin wird ein Aufruf erlassen, der zu Adressen gegen die Reichsverweserwahl auffordert und fragt, „ob sie aufhören wollten, protestantisch und preußisch zu sein und einem jesuitisch-papistischen Oesterreich zu huldigen bereit seien"[30]). Am meisten Aufsehen in Deutschland erregt eine anonyme Flugschrift[31]) über „Die deutsche Zentralgewalt und die preußische Armee", die sich gegen die Wahl des katholischen Oesterreichers ausspricht und zur Bildung eines protestantischen Norddeutschlands auffordert. War auch sonst im protestantischen Preußen Kritik am katholischen Reichsverweser geübt worden, so hinterließ sie doch keinen so starken Eindruck, daß man auf Seiten der „Großdeutschen" noch im März 1849 während der Verhandlungen über das Reichsoberhaupt darauf hingewiesen hätte. Diese Flugschrift Griesheims wird immer wieder in der Tagespresse und Flugschriftenliteratur zitiert und als warnendes Beispiel preußisch-protestantischer Gesinnung angeführt.

Aeußerlich kommt die nach der Konfession geteilte Stimmung in Preußen in der Art der Feier des 6. Augusts 1848, des amtlichen Huldigunstages des Reichsverwesers, zum Ausdruck, der von den Katholiken stark propagiert, von den Protestanten teilweise gleichgültig übergangen wurde. Bezeichnend ist die Schilderung Detmolds, der in einem Brief an Stüve von dem starken Interesse der Ultramontanen an der Feier spricht, sie hätten gedroht, „wer das Fest nicht feiere, dem könne man mit kaltem Blut ein Messer im Leibe umdrehen"[32]). Dasselbe ergibt sich aus einem Briefe Roons über die Stimmung im Rheinland: „Erst heute, am Huldigungstage unseres „Reichsverwesers", dem wir hier auch nicht ein biß-

[28]) Roon, A., von: Denkwürdigkeiten, Bd. 1, S. 186.
[29]) Roon, A., von: Denkwürdigkeiten. Bd. 1, S. 192.
[30]) Spenersche Zeitung. Nr. 175, 29. Juli 1848, Beil.
[31]) (Griesheim): Die deutsche Zentralgewalt und die preußische Armee. Berlin 1848. Wentzcke, Paul: Ueber den Verfasser der Schrift: Die deutsche Zentralgewalt und die preußische Armee. H. 3. Bd. 106, S. 340.
[32]) Briefwechsel zwischen Stüve und Detmold in den Jahren 1848 50. 1903. Nr. 44. S. 76.

chen huldigen, erhalte ich Deinen Brief ..... Desto eifriger ist hier in der Provinz die ultrakatholische sowie die demokratische Partei für Deutschtum und Zentralgewalt eingenommen"[33]). Auch darin äußert sich die gegensätzliche Aufnahme der Wahl, daß die Katholiken anläßlich der Einsetzung des Reichsverwesers kirchliche Feiern veranstalten, während sich keine preußisch-protestantischen Wahlreden finden[34]). Wir wissen nur von einer Predigt Krummachers in der Dreifaltigkeitskirche in Berlin, in der er sich, obwohl er Ende Mai 1848 „mit Freuden die Idee eines einigen engverbundenen Deutschlands" begrüßte, gegen die Wahl des österreichischen Erzherzogs ausspricht und für Preußen eintritt, dem „von Gottes und Rechts wegen in aller Beziehung auf deutscher Erde die Hegemonie zusteht"[35]).

Einige Wochen später zeigt sich die verschiedene Stellung zum Reichsverweser im katholischen und protestantischen Deutschland anläßlich des Kölner Dombaufestes, und die ganze Art der Beurteilung der Vorgänge in Köln erhellt, wie das deutsche Einheitsproblem durch die religiöse Spaltung der Nation erschwert ist.

Das Kölner Fest sollte zur Sechshundertjahrfeier der Grundsteinlegung von 1248 gefeiert werden. Man sah in dem Dombau ein Symbol der deutschen Einheit, und in diesem Sinne lud eine Deputation des Kölner Dombauvereins den Reichsverweser und die Abgeordneten der Paulskirche zur Teilnahme am Fest ein. Erzbischof Geißel als Vorsitzender des Vereins erinnerte in einem Brief an die Nationalversammlung daran, wie einst am 14. August 1248 der Erzbischof Konrad von Hochstaden die Fürsten und Völker versammelte und in ihrer Gegenwart den Grundstein zum Kölner Dom legte. Die Entwicklung des Doms stelle die deutsche Geschichte sinnbildlich dar: Aufstieg in den ersten drei Jahrhunderten nach der Gründung, Verfall seit dem 16. Jahrhundert und ein neuer Aufschwung durch die Befreiungskriege hier wie dort. Nun sollte wiederum wie vor 600 Jahren ein Fest in Köln gefeiert werden und sie, die am Bau des Deutschen Reiches arbeiteten, an dieser Feier teilnehmen.[36]) Dieser Einladung folgten der Reichsverweser und die Mehrheit der Versammlung. Nur wenige — von Angehörigen der Linken abgesehen — verzichteten auf die Teilnahme am Fest; wie

---

[33]) Roon, A. von: Denkwürdigkeiten. Bd. 1, 1905, S. 185. Coblenz, 6. August.

[34]) Schubert, Ernst: Die evangelische Predigt im Revolutionsjahr 1848. Ein Beitrag zur Geschichte der Predigt wie zum Problem der Zeitpredigt. Gießen 1913, S. 49. Anmerkung 2. Predigt vom 28. Mai 1848.

[35]) Ebenda, S. 53. Predigt am 23. Juli 1848 über den „Turmbau zu Babel".

[36]) Sten. Ber. 2, S. 1274/1275.

etwa Pagenstecher, der sich in seinem „bürgerlichen und protestantischen Bewußtsein" von der Feier fernhielt, da er „weder dieser politischen, noch dieser religiösen Huldigung traute und diesen Weg nicht gerade für den richtigen Weg zur deutschen Einheit hielt"[37]. Auch von den bayrischen Abgeordneten hatten sich die Mehrheit der Protestanten „aus Glaubensrücksichten" von der Fahrt ausgeschlossen"[38]; gerade in Bayern hatten die Protestanten unter dem Druck einer katholischen Regierung gestanden; Kniebeugungsstreit, Unterdrückung des Deutschkatholizismus und der „Lichtfreunde", Verbot des Gustav-Adolf-Vereins hatten vielfach verbittert. Diese Erinnerungen mochten nachwirken, wenn die protestantischen Bayern jetzt zurückblieben und die Teilnahme an der Feier als eine Großzügigkeit der Protestanten empfanden, die sie nach allem Vergangenen nicht mitmachen konnten. Im allgemeinen wurde von den Abgeordneten selbst weder vorher noch nachher die Bedeutung des Festes von der religiösen Seite her betrachtet; daß nicht alle sie übersahen, beweist ein Brief Paul Hermanns an seine Frau: „Ich konnte mich über dieses katholische Getreibe nicht freuen. Diese Ultramontanen denken auch, das einige Deutschland soll ihnen eine einige katholische Kirche wiedergeben, und der Kölner Dom soll das gemeinschaftliche Gotteshaus, das unsterbliche Denkmal dieses Werks werden"[39]. Diese Seite des Festes ist mit nur wenigen Ausnahmen in den zahlreich vorhandenen Berichten nicht beachtet worden. Wo eine Kritik gegeben wurde, entsprang sie zumeist der Mißstimmung über die Worte Friedrich Wilhelms IV. an die Deputierten, „sie sollten nicht vergessen, daß es deutsche Fürsten gäbe und daß er einer von ihnen wäre"[40]. Nur einige wenige empfanden, daß der Jubel der Bevölkerung vielfach dem Reichsverweser als Katholiken galt. Die Huldigungen trugen ein durchaus kirchliches Gepräge. An den Rheinufern hatte sich das katholische Landvolk mit Kreuz und Fahnen zu seiner Begrüßung aufgestellt. Die Priester selbst waren um einen würdigen Empfang Erzherzog Johanns bemüht, und Erzbischof Geißel tat persönlich alles, um die erhabene Stellung, die man dem Reichsverweser zugestand, auch äußerlich zu dokumentieren. In einem Brief von Stüve an Detmold heißt es: „Meine Stimmung und Auffassung ist trübe, ich sehe kein Licht; auch das Kölner Fest drückt mich. Sie wissen, die Pfaffen machten zu ihrem Zauber-

[37]) Pagenstecher, C. H. A.; Als Abgeordneter in Frankfurt im Jahre 1848. 2. Teil, 1913, S. 77.

[38]) Augsburger Postzeitung. Nr. 237, 30. August 1848. Beilage.

[39]) Paul Hermann an seine Frau. Brief vom 18. August 1848. (R. A. Frankfurt.)

[40]) Gerlach, Leopold, von: Denkwürdigkeiten. Bd. 1, 1891, S. 185. Aufzeichnung vom 21. August 1848.

spruch bei der Wahl den katholischen Kaiser. Die Rolle spielt der Reichsverweser, den der Erzbischof als sein Geschöpf oben auf der Treppe, der Prinz Fr. von Preußen aber oben auf dem Flur empfängt. Der König von Preußen wird als Vasall figurieren sollen. Alles in majorem Dei gloriam"[41]).

Bis dahin war in der Nationalversammlung die konfessionelle Seite der deutschen Frage noch nicht angeklungen, aber der Verlauf des Festes zeigte einzelnen Abgeordneten die Schwierigkeit des religiösen Zwiespaltes für die politische Einigung der deutschen Nation. Am klarsten hat das in diesen Tagen Gustav Rümelin in einem Bericht an den Schwäbischen Merkur erkannt: „Eins ist unverkennbar und kann die reine Freude an dieser Aufnahme etwas trüben: die Huldigungen galten nur zur Hälfte dem einigen Deutschland, zur andern aber der Konfession des Reichsverwesers, und sie stehen im innigsten Zusammenhang mit dem Widerwillen der katholischen Rheinländer gegen das protestantische Preußentum. Wäre der Reichsverweser Protestant, die Aufnahme wäre eine ganz andere gewesen, während auf der ganzen Reise die protestantischen Orte ebenso eifrig dem katholischen Oberhaupt ihre Huldigung darbrachten, nur daß dieselben keinen kirchlichen Charakter trugen. Das drängt sich einem auch hier wieder unwillkürlich auf: Der Gegensatz zwischen den beiden Konfessionen ist viel stärker und tiefgreifender als der zwischen Republik und Monarchie. Die größten Schwierigkeiten der deutschen Einheit liegen nur hier"[42]).

Häufiger und schärfer als in den Berichten der Abgeordneten spiegelt sich in der Tagespresse wieder, wie verschieden man in protestantischen und katholischen Kreisen die Beteiligung des Reichsverwesers und der Nationalversammlung am Dombaufest beurteilte.

In der katholischen Presse Süddeutschlands wird das Zusammentreffen der Wahl eines österreichischen Prinzen zum Reichsverweser und der Jubelfeier des Kölner Dombaus gelegentlich als Sieg des katholischen Prinzips über das protestantische ausgewertet. Wie bis dahin die Entwicklung des Doms als Symbol der deutschen Geschichte gegolten hat, so faßt man nun auch diese Jahrhundertfeier sinnbildlich: Angehörige aller Bekenntnisse nehmen daran teil, unter ihnen ein Reichsverweser aus dem alten habsburgischen Kaiserhause; so sieht man in diesem Fest den Anfang der Rekatholisierung Deutschlands und der Wiedererrichtung des alten deutschen Kaiserreiches[43]).

[41]) Briefwechsel zwischen Stüve und Detmold in den Jahren 1848—50, Nr. 48. Hannover, den 16. August 1848, S. 86.

[42]) Rümelin, Gustav: Aus der Paulskirche. Berichte an den Schwäbischen Merkur aus den Jahren 1848 und 1849. Stuttgart 1892, S. 74/75. Köln, den 13. August 1848.

[43]) Der Lechbote, Nr. 226. 16. August 1848.

Im protestantischen Norddeutschland wird das Kölner Fest, wenn überhaupt die Presse davon Notiz nimmt, zumeist ziemlich kühl beurteilt. Vom preußischen Standpunkt aus stellt man schon vorher die Frage, ob man einer Fahrt Friedrich Wilhelms IV. nach Köln zustimmen könne, und verneint sie mit der Begründung, der Königsmantel dürfe mit keinem Stich an die Schleppe des Bischofsmantels genäht werden[44]). In Flugschriften und Zeitungsartikeln sträubt man sich gegen den in jenen Tagen immer wieder ausgesprochenen Vergleich, der Kölner Dom sei das Symbol der deutschen Einheit: der Dom könne niemals zum Sinnbild der deutschen Einheit werden, erst mit der Befreiung vom römischen Wesen sei die deutsche Nationaleinheit zu verwirklichen und darum auch Köln der letzte Ort, wo Deutschland einig werde[45]).

In den rheinischen Festberichten tritt verschiedentlich die Verbindung reichsfreundlicher und preußenfeindlicher Gesinnung hervor: Der König von Preußen sei ganz zurückgetreten und der Reichsverweser überall an erster Stelle gefeiert worden, so berichtet man mit deutlich spürbarem Einverständnis. Der König mußte sich darüber schon vorher klar sein; wenn er sich dennoch am Feste beteiligt habe, so bedeute das eine Anerkennung der Position des Reichsverwesers. Ebenso schreibt Roon von Koblenz, daß anläßlich der Vorbeifahrt des Erzherzogs Johann „die üblen Stimmungen gegen Preußen auf einmal recht sichtlich herausgetreten" seien[46]).

So wenig die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung selbst bei der Wahl Erzherzog Johanns zum deutschen Reichsverweser konfessionelle Sympathien oder Antipathien verraten hatten, die Art des Widerhalls in den einzelnen deutschen Ländern weist darauf hin, daß dieses Moment die Lösung des deutschen Einheitsproblems wesentlich erschweren könnte.

44) Deutsche Zeitung, Nr. 216. 4. August 1848.

45) Klee, Wilhelm: Der Dombau zu Köln und die deutsche Einheit. August 1848. Berlin 1848, S. 5.

46) Roon, A., von: Denkwürdigkeiten. Bd. 1, 1905, S. 192.

III. Kapitel.

Die konfessionelle Seite der deutschen Frage.

1. Konfessionelle Momente bei den Verhandlungen über die deutsche Reichsverfassung in der Frankfurter Nationalversammlung.

Wenn auch die konfessionelle Spaltung Deutschlands sich in der Paulskirche bei verschiedenen Anlässen, besonders in den Debatten über die polnische Frage und in den Verhandlungen über das Verhältnis von Kirche, Schule und Staat ausgewirkt hatte, so wurde damit doch nicht prinzipiell die politische Stellungnahme der einzelnen Abgeordneten berührt. Zu allen politischen Klubs gehörten Vertreter beider Konfessionen, nach dem religiösen Bekenntnis fragte man nicht. Das ändert sich mit den Verhandlungen über die deutsche Reichsverfassungsfrage: je fester sich die beiden Gruppen der Erbkaiserlichen und „Großdeutschen" zusammenschlossen, um so tiefer wurde auch die Kluft zwischen Protestanten und Katholiken, der politische Gegensatz verband sich mit dem konfessionellen.

Das Gagernsche Programm bedeutete ein Ausscheiden von mehr als 12 Millionen Katholiken aus dem engeren Verband des Deutschen Reiches, in diesem geplanten „Kleindeutschland" würden die Katholiken in der Minderheit sein[1]). Diese konfessionelle Zusammensetzung der künftigen deutschen Staatsnation sowie das Bekenntnis des Herrscherhauses empfand man auf beiden Seiten als so wesentlich, daß Konfessionszugehörigkeit und politische Stellungnahme vielfach zusammenfielen.

Hätte man gleich nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung an die Beratung der Verfassungsfrage gehen können, wäre das konfessionelle Moment wohl nicht so stark in die Wagschale

---

[1]) Ohne Oesterreich waren 1848 in Deutschland: 12 027 900 Katholiken, 21 011 900 Protestanten. Die Gegenwart, Bd. 3, 1849, S. 17; Deutschlands Bevölkerungsverhältnisse.

gefallen. Aber da politisch alle Voraussetzungen zur Lösung des Einheitsproblems fehlten, begann man zunächst mit der Festsetzung der Grundrechte. Daher wurde politisch die Gunst des Augenblicks versäumt, weil inzwischen die Regierungen wieder erstarkten und ähnlich vollzog sich die Entwicklung in religiöser Hinsicht: die Hochstimmung, von der in der ersten Zeit die Paulskirche getragen war, hatte sich nicht halten können, die Opferbereitschaft, um der Einheit willen alles andere zurückzustellen, war verflogen, die ganze Atmosphäre gewandelt. Die Kirchen- und Schuldebatten hatten gerade die religiösen Interessen eine Zeitlang in den Vordergrund gestellt und die konfessionellen Gegensätze stärker zum Bewußtsein gebracht.

In der Entscheidung der Verfassungsfrage nehmen nicht nur streng kirchliche Abgeordnete eine konfessionell bedingte Stellung ein, auch zahlreiche Katholiken, die in den Kirchen- und Schulfragen nicht mit den Klerikalen gestimmt hatten, wie religiös relativ indifferente Protestanten, lassen sich bewußt oder unbewußt durch konfessionelle Motive mitbestimmen.

Eine ausgesprochen katholisch-politische Partei bestand in der Paulskirche nicht; aber man vermutete von Anfang an eine große Zahl von „Ultramontanen" in der Versammlung — wahrscheinlich infolge der auffallenden Agitation der Geistlichkeit bei den Wahlen — und glaubte an das Bestehen einer großen „ultramontanen" Partei[2]). In Wirklichkeit bestand nur seit Anfang Juni ein „katholischer Verein", der durch Vermittlung Bischof Diepenbrocks aus Breslau zur Beratung der Kirchen- und Schulfragen zusammengetreten war, um durch gemeinsames Vorgehen in der Paulskirche die kirchlichen Interessen wirksamer vertreten zu können. Diepenbrock hatte diese Anregung auf seiner Fahrt nach Frankfurt in Köln von Erzbischof Geißel bekommen, der auch die Direktiven für die Verhandlungen, zum Teil in persönlichen Unterredungen mit den Abgeordneten aufstellte und dauernd in Kontakt mit den hervorragendsten Katholiken des Vereins blieb[3]). Der „Katholische Verein" war lediglich zur Verhandlung kirchlicher Fragen gegründet, seine Mitglieder gehörten ganz verschiedenen politischen Klubs von der äußer-

---

[2]) Braun, J. W. J.: Deutschland und die deutsche Nationalversammlung. 1849, S. 59.

[3]) Pfülf, Otto: Kardinal von Geißel. Bd. 1, Freiburg 1895, S. 546. Brief an Viale vom 13. Oktober 1848. (Berichtet von Geißels Reise nach Frankfurt am 5. September 1848.)

J. Friedrich: J. v. Döllinger, Bd. 2, München 1899, S. 438. Brief Geißels an Döllinger vom 14. Oktober 1848. Anmeldung für den 19. oder 20. Oktober 1848 in Frankfurt.

Förster an Diepenbrock, Frankfurt, 7. September 1848: Auch ist Erzbischof Geißel hier und will übermorgen wieder zurück." (R. A. Frankfurt.)

sten Rechten bis zur Mitte an. Aber gerade ihre Trennung erschien verdächtig, absichtlich und wurde als jesuitischer Kniff empfunden. Man bewunderte sie wie die „Leiter eines Intrigenspiels", die sich geschickt verteilten, um in den Hauptfragen zusammenzutreffen[4]). Gerade weil sie oftmals verschieden abstimmten, wie das namentlich bei der polnischen Frage auffiel, hielt man diese „Glaubensrotte" für besonders gefährlich. Die Bezeichnung „ultramontan" hatte in der Paulskirche, wie Laube sagt, von Anfang bis zu Ende etwas ganz Besonderes, und die verschiedensten Parteien waren in diesem Mißtrauen stets auf der Stelle einig[5]). Nach der ersten Abstimmung über die Kirchenfrage klagt Förster in einem Brief an Bischof Diepenbrock: „Alle unsere mit soviel Vorsicht, Milde und Ueberlegung gestellten Anträge sind mit Hohn verworfen. Das ganze Haus war gegen uns. Es hat sich hierbei der furchtbare Haß gegen die katholische Partei offenbart und gezeigt — nicht nur wie alle unsere Reden umsonst, wie es sogar genüge, daß ein Pfaff einen Antrag stelle oder verteidige — damit er sicher durchfalle"[6]). Niemand der Außenstehenden gewann einen klaren Einblick in Ziel und Zusammensetzung dieser Gruppe, vielfach wird sie, auch von sonst gut unterrichteten Berichterstattern wie z. B. Biedermann, mit dem ebenfalls im Steinernen Haus tagenden politischen Klub identifiziert[7]). Diese Verwechslung war um so eher möglich, da in beiden Klubs gewöhnlich Radowitz präsidierte. Diepenbrock hatte sich äußerlich von Anfang an sehr zurückgehalten, da er sich als Bischof unter den Abgeordneten nicht am Platze fühlte, — wie „Eulen unter Raben, Krähen und Elstern" schreibt er einmal — und darum alles Geschäftliche, selbst die Einladungen zur ersten Zusammenkunft am 7. Juni 1848 Radowitz übergeben, dem er auch bei der zweiten Versammlung acht Tage später die Präsidentschaft übertrug, „um den Schein und Namen einer hierarchischen Klique zu vermeiden"[8]); zum Vizepräsidenten wurde August Reichensperger gewählt. Im einzelnen ist über die Vorgänge im „Katholischen Verein" wenig bekannt, da keine Protokolle der einzelnen Sitzungen vorhanden sind. Döllinger hatte freilich im Auftrag einen ausführlichen Rechenschaftsbericht „nicht nur zunächst für die Wähler, sondern auch für das ganze katholische

---

[4]) Laube, Heinrich: Das erste deutsche Parlament. Ges. Werke, Leipzig 1909, Bd. 38, S. 245.

[5]) Ebenda, Bd. 36, S. 212.

[6]) Förster an Diepenbrock. Frankfurt, den 19. September 1848. (R. A. Frankfurt.)

[7]) Biedermann, Karl: Erinnerungen aus der Paulskirche, Leipzig. 1849, S. 44.

[8]) Diepenbrock an den Weihbischof. Frankfurt, den 15. Juni 1848. (R. A. Frankfurt.)

Deutschland" ausgearbeitet, der, wie Förster an Diepenbrock berichtet, „die Gesichtspunkte, von denen wir ausgegangen bei den kirchlichen Debatten, die Hoffnungen und Befürchtungen, welche wir hegen, die Reden und Gegenreden, welche in diesen Angelegenheiten gehalten worden sind, teils entwickeln, teils darstellen soll"[9]). Man hatte bereits eine Subskriptionsliste zirkulieren lassen; als aber die Ergebnisse in der Kirchen- und Schulfrage günstiger als erwartet ausfielen, sah man „im Interesse des Friedens und der Versöhnung" von einer Veröffentlichung[10]) ab und hielt auch daran fest, als im April 1849 der Buchhändler Manz durch Sepp davon erfuhr und ihn drucken wollte[11]). Ein Mitgliedsverzeichnis wie von all den andern Klubs ist nicht vorhanden, die Angaben über die Mitgliederzahl gehen weit auseinander: Sepp nennt über 90[12]), Sprengel in einer privaten Aeußerung 50[13]), nach Jürgens[14]) und Braun[15]) waren es nur 30 bis 40 Mitglieder, eine Zahl, die zweifellos zu niedrig gegriffen ist, wie denn schon bei der ersten Zusammenkunft „einige vierzig der hervorragenden Katholiken aus allen Ländern" vereinigt waren[16]). Vermutlich sind die Versammlungen des „Katholischen Vereins" durchschnittlich von 30 bis 40 Abgeordneten besucht worden, die Gesamtzahl der Mitglieder hat sehr wahrscheinlich zwischen 50 und 60 geschwankt; in einer Versammlung von über 500 Abgeordneten, die etwa zur Hälfte katholisch waren, eine relativ kleine Zahl; sie erklärt sich aus der ablehnenden Haltung der katholischen Oesterreicher, die größtenteils als Josephiner Gegner der Klerikalen waren[17]).

---

[9]) Förster an Diepenbrock. Frankfurt, den 29. September 1848. (R. A. Frankfurt.)

[10]) Jürgens, Karl: Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes. 1850. Bd. 2, 1. S. 49.

[11]) Friedrich, J.: Ignaz von Döllinger. Bd. 2, 1899, S. 462. Manz an Döllinger, 14. April 1849.

[12]) Sepp, J.: Erinnerungen an die Paulskirche 1848. Grenzboten 62, 3. 1903, S. 700.

Sepp, J.: Ein Bild seines Lebens nach seinen eigenen Aufzeichnungen, Regensburg, 1916, S. 98.

Sepp, J.: Görres und seine Zeitgenossen. Nördlingen 1877, S. 473.

[13]) Albert Sprengel an seine Frau. Bd. 6, 1848 (R. A. Frankfurt.)

[14]) Jürgens, Karl: Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes. 1850. Bd. 2, 1. S. 48.

[15]) Braun, J., W. J.,: Deutschland und die deutsche Nationalvers. S. 57.

[16]) Diepenbrock an den Weihbischof. Frankfurt, 9. Juni 1848. (R. A. Frankfurt.)

[17]) Wilhelm Schweidler an seine Frau. Frankfurt, 1. Juni 1848. (R. A. Frankfurt.)

Da aber in den Kirchen- und Schulfragen keiner der politischen Klubs auch nur annähernd einheitlich abstimmte und nur der „Katholische Verein“ geschlossen vorging, erlangte er einen weit über seine zahlenmäßige Bedeutung hinausgehenden Einfluß.

Ist auch im einzelnen der Verlauf der Verhandlungen des katholischen Vereins unbekannt, fest steht, daß sie sich nur auf kirchliche Fragen bezogen. Radowitz war in dieser Beziehung „bis zum Rigorismus streng“[18]). In überlegener Weise leitete er die Debatte: „Keiner durfte rechts oder links, oder der Herr Präsident hatte ihn am Oehrchen, keine Konversation, sondern Vortrag, Rede, Debatte“, so schildert Mallinckrodt gelegentlich eines Besuches im „Katholischen Verein“ die Verhandlungen[19]). Nur ein einziges Mal während des Bestehens des „Katholischen Vereins“ wurde die rein kirchlich bestimmte Diskussion durch eine politische Debatte unterbrochen, in den Tagen der Verhandlungen über die Posensche Frage[20]); bei dieser Gelegenheit verließ Radowitz den Präsidentenplatz, um gegen Janiszewsky zu sprechen; er wies, wie auch in der Paulskirche[21]), darauf hin, daß die polnische Frage in kirchlicher Hinsicht gleichgültig sei und nur nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden müsse, freilich ohne die Mehrheit davon überzeugen zü können[22]). Wenn Radowitz den Verein politisch völlig zu neutralisieren suchte, so geschah das wahrscheinlich in der klugen Voraussicht, daß durch die allzuverschiedene politische Stellungnahme der Mitglieder der Verein leicht ganz gesprengt werden könnte, wie man sich z. B. gerade in der polnischen Frage so entgegengesetzt entschieden hatte, und vor allem in der Verfassungsfrage, was später offen zutage kam, nicht nur die Ansichten der Katholiken, sondern auch der Mitglieder des „Katholischen Vereins“ weit auseinandergingen: Eine kleine Minorität war für das österreichische Kaisertum, die Mehrheit für ein Direktorium oder eine Trias, nur Radowitz und Max von Gagern für das preußische Erbkaisertum.

Schon im September 1848 machen sich Bestrebungen auf Umgestaltung des kirchlichen Klubs zu einer politischen Partei bemerkbar, Ketteler schreibt an seinen Bruder von dieser Bewegung, der er sympathisch gegenübersteht[23]). Junckmann aus Münster stellte

---

[18]) Jürgens, Karl: Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes. 1850. Bd. 2, 1. S. 49.

[19]) Pfülf, Otto: Hermann von Mallinckrodt, Freiburg 1901. S. 29.

[20]) Braun, J. W. J.: Deutschland und die deutsche Nationalversammlung. S. 59.

[21]) Sten. Ber. Bd. 2, S. 1155.

[22]) Die Mehrheit stimmte der Ansicht Döllingers zu, außer Lichnowski, Sepp, Max v. Gagern, Reichensperger und v. Bally. Sten. Ber. 11, 1234 f

[23]) Briefe von und an W. E. von Ketteler. 1879, S. 168.

einen Antrag auf Konstituierung als politische Partei[24]) und ebenso noch im Dezember Buß, der diesen Wunsch ausdrücklich mit der Bedeutung der Oberhauptsfrage für den Katholizismus motivierte[25]). Radowitz machte seinen ganzen Einfluß geltend, um eine Umwandlung in eine katholisch-politische Partei zu verhindern. Daß der Grund in dem Verfassungsproblem zu suchen war, empfand Ketteler schon im September, als er schrieb: „Radowitz hemmt uns offenbar und bindet uns im preußischen Interesse“[26]). Ebenso war man sich darüber klar, daß die gewünschte Umgestaltung leicht ein großes Schisma verursachen könne, da Radowitz dann unfehlbar austreten würde[27]). Unter einem andern Präsidenten hätten sich diese Wünsche nach Hervortreten auch auf politischem Gebiet leicht verwirklichen lassen[28]). Radowitz zog sich durch sein ablehnendes Verhalten den Unwillen mancher Mitglieder zu[29]), aber es gelang ihm, daß der Verein im Dezember 1848, nachdem die Verhandlungen über die Kirchen- und Schulfragen zum Abschluß gekommen waren, ganz aufgelöst wurde[30]). Politisch waren also die streng kirchlichen Katholiken nicht organisiert, und darin liegt mitbegründet, wenn sie in der Verfassungsfrage nicht einheitlich vorgingen.

Die Debatten und Abstimmungen über die §§ 2 und 3[31]) lassen die konfessionelle Seite der deutschen Frage noch nicht hervortreten, aber die streng kirchlichen Abgeordneten, fast alle Mitglieder des „Katholischen Vereins“, stimmten dagegen. Doch sind diese Abstimmungen insofern nicht charakteristisch, als man vielfach nicht an eine konsequente Verwirklichung dieser Paragraphen glaubte und manche ihnen zustimmten, die später gegen das preußische Erbkaisertum auftraten.

---

[24]) Braun, J. W. J.: Deutschland und die deutsche Nationalversammlung. 1849, S. 59.

[25]) Buß, F., J.: Die Gemeinsamkeit der Rechte und Interessen der Katholiken in Deutschland und in Frankreich. Bd. 2, Schaffhausen 1850, S. 576.

[26]) Briefe von und an W. E. von Ketteler. 1879, S. 168.

[27]) Ebenda, S. 168.

[28]) Braun, J. W. J.: Deutschland und die deutsche Nat.-Vers. 1849, S. 58.

[29]) Bergsträßer, Ludwig: Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern. Frankfurt 1929. S. 77. Ambrosch an Ignaz von Olfers, den 6. Febr. 1849. — Sepp, J. N.: Bild seines Lebens. 1916, S. 98.

[30]) Jürgens, Karl: Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes. 1850. Bd. 2, 1. S. 49. Braun, J. W. J.: Deutschland und die deutsche Nationalversammlung 1849, S. 59/60.

[31]) Sten. Ber. 4, S. 2717.

§ 2: Kein Teil des Deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein.

§ 3: Hat ein deutsches Land mit einem nicht deutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen.

Aber seit der Beratung über die §§ 2 und 3 traten die bisher teils bewußten, teils unbewußten Gegensätze zwischen Anhängern Oesterreichs und Preußens, Habsburgs und Hohenzollerns, Katholiken und Protestanten hervor. In der Nationalversammlung selbst wurden die konfessionellen Rücksichten während dieser Oktoberverhandlungen noch nicht genannt; daß man sie aber durchaus in den Kreis der Berechnungen zog, zeigen gleichzeitige, teils private, teils öffentliche Mitteilungen, die auf die Abneigung der Katholiken gegen ein preußisches Oberhaupt als eine besondere Schwierigkeit hinweisen[32]). Seit Oktober setzte infolge der Verhandlungen über eine österreichische Frage eine Umgruppierung aller Parteien ein: Nicht mehr der Unterschied in den Freiheitsforderungen, nicht die Verfassungsform, sondern die Machtfrage: Oesterreich oder Preußen, Habsburg oder Hohenzollern war entscheidend.

Die Oesterreicher zogen sich aus ihren bisherigen Klubs zurück und bildeten eine einzige große Partei, das „Hotel Schröter", deren Führer Schmerling wurde. In nähere Beziehungen zu ihnen trat der „Pariser Hof", der Anfang Dezember aus einigen Partikularisten und streng kirchlichen Katholiken, darunter die meisten Mitglieder des „Katholischen Vereins", gebildet wurde. Keinesfalls ist es zutreffend zu sagen, der kirchlich-katholische Klub habe sich in eine politische großdeutsche Partei verwandelt[33]), der „Katholische Verein" war ja Mitte Dezember 1848 aufgelöst worden[34]), und eine Anzahl seiner Mitglieder trat dem „Pariser Hof" nicht bei, wie Phillips, Döllinger, Lasaulx und Buß[35]). Wie allgemein die Großdeutschen einig nur in der Abwehr des preußischen Erbkaisertums waren, so verfolgten auch die kirchentreuen Katholiken sehr verschiedene Ziele. Die streng katholischen Rheinländer, Westfalen und Schwaben waren zumeist im Prinzip für das österreichische Kaisertum und als Uebergangsform, da dies im Augenblick unmöglich war, für ein Direktorium oder eine Präsidentschaft; die katholischen Bayern lehnten das österreichische Kaisertum ab und setzten sich teils für eine Direktorial-

---

[32]) Fallati, Johannes: Brief vom 15. Oktober 1848 an seine Mutter. (U.-B. Tübingen.)

Rümelin, Gustav: Aus der Paulskirche. 1892, S. 103. Bericht vom 1. Oktober 1848.

Bergsträßer, Ludwig: Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern. 1929, S. 39.

Ambrosch an Ignaz v. Olfers, am 24. Oktober 1848.

[33]) Sepp, J.: Ein Bild seines Lebens, nach seinen eigenen Aufzeichnungen. 1916, S. 98.

[34]) Braun, J. W. J.: Deutschland und die deutsche Nationalversammlung. 1849, S. 59/60. — Jürgens, Karl: Verfassungswerk 2, 1. S. 49.

[35]) (Heller, Robert): Brustbilder aus der Paulskirche. Leipzig 1849, S. 188.

verfassung, teils für eine Trias ein, in der sie die bayerischen wie katholischen Interessen am besten vertreten glaubten[36]).

Schon aus diesem Grunde waren nicht alle kirchlichen Katholiken im „Pariser Hof" zusammengefaßt, zumal bei seiner Gründung noch betont worden war, alle, die das Konfessionelle aufs politische Gebiet zögen, alle die zur Linken hinneigten und alle Preußenfeinde sollten ausgeschlossen werden. Doch zeigte sich, da mehr Bayern und Oesterreicher als Preußen hinzukamen, bald eine gewisse Parteinahme für Oesterreich und das Hervortreten des konfessionellen Momentes, so daß Mitglieder, denen es mit den Satzungen ernst gewesen war, schon in der ersten Januarhälfte 1849 wieder austraten[37]). Später vereinigten sich alle Katholiken mit den anderen „Großdeutschen", den Oesterreichern, den Mitgliedern der Linken und den Partikularisten in der „Mainlust", nachdem sich die Erbkaiserlichen schon vorher im Weidenbusch zusammengeschlossen hatten.

In der Nationalversammlung selbst wird die konfessionelle Seite der „Deutschen Frage" in den Januardebatten über das Reichsoberhaupt und im März 1849 bei der Diskussion über die Annahme des Welckerschen Antrags erörtert[38]). Durch die Art der Fragestellung: ob ein preußisches Reichsoberhaupt den katholischen Interessen nachteilig sein könne, kommt vor allem die konfessionelle Befangenheit der „Großdeutschen" zum Ausdruck. Zum Teil wird ganz offen ausgesprochen, daß die Abneigung gegen die preußische Spitze dem protestantischen Preußen gilt: Reichensperger[39]) deutet

---

[36]) Priesack, August: Die bayrischen Abgeordneten zum Frankfurter Parlament. Diss. München. 1930. Anhang Nr. 3, S. 134. Ministerialrat Hermann an den König; Frankfurt, den 9. Dezember 1848.

Rotenhan an seine Frau, Fkft., 12. Jan. 1849. (R. A. Frankfurt.)

[37]) Bergsträßer, Ludwig: Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern. 1929, S. 75. Ambrosch an Ignaz von Alfers, 13. Jan. 1849.

[38]) Wo im übrigen konfessionelle Fragen berührt werden, handelt es sich um Verhandlungen über die polnische Frage und die Kirchen- und Schuldebatten.

[39]) Sten. Ber. 6, S. 4739. „Die konfessionellen Gegensätze, meine Herren, sind Tatsachen, denen gegenüber kein Ignorieren oder Vertuschen etwas hilft, und wollte man sie selbst ignorieren, so wird einem das unmöglich gemacht, wenn man gewisse norddeutsche Blätter liest, in denen Sie noch ganz andere Ausfälle finden können als das eine, isolierte, allerdings überderbe Wort von Görres, welches Herr Bassermann, aus dem Zusammenhang gerissen, zuvor anführte. Eine gesunde Politik wird jene Tatsachen aber umso sorglicher berücksichtigen, weil sie die zarteste und verletzbarste Seite des Volksbewußtseins darstellen oder doch berühren. Wohl mögen viele glauben, es sei das alles Vorurteil, welches der fortschreitenden Bildung und Aufklärung weichen werde. Aber, meine Herren, es gibt auch noch viele andere, und diese andere haben ein Recht darauf, berücksichtigt zu werden, welche in einer positiven Religion, nicht in einem bloß allgemeinen instinktmäßigen religiösen Drange, den Grundpfeiler der bürgerlichen Ordnung, sowie die sicherste, wenn nicht die einzige Gewähr für die

auf die Gefahr einer Suprematie des Nordens über den katholischen Süden hin, zumal wenn noch 13 Millionen katholischer Oesterreicher ausschieden. Er begründet diese Besorgnis mit den nicht allzuweit zurückliegenden „Beispielen von Bedrückungen der Minorität durch die Majorität in religiösen Angelegenheiten" und meint damit wohl den immer wieder erwähnten Kölner Kirchenstreit, der auch ihn selbst einst zur Kirche zurückgeführt hatte[40]). Um nicht durch die Einsetzung eines Oberhauptes ein Hauptgewicht in die Wagschale einer Konfession zu werfen, empfiehlt er ein Direktorium. Ebenso weist Buß[41]) auf das durch die jüngste Vergangenheit

---

Zivilisation und deren Güter erblicken. Diese aber haben eine sehr begründete Veranlassung, bei jeder Neuerung, bei jeder staatlichen Einrichtung zu fragen, welches Verhältnis dieselbe zu ihrer Religion, zu ihrer Kirche einnimmt. Wie gesagt, wer das engherzig nennt und als solches vornehm beiseiteliegen lassen will, dem erwidere ich, daß er keinen Begriff, ja keine Ahnung von der Größe einer Idee hat, welche alle Länder und alle Zeiten umfaßt, deren Ausdruck, die Kirche, allen Stürmen und allen Verfolgungen seit achtzehn Jahrhunderten Trotz geboten hat. Daß man von diesem Gesichtspunkte aus eine Suprematie des Nordens über den katholischen Süden nicht mit ganz gleichgültigem Blicke ansieht, zumal wenn noch 13 Millionen Oesterreicher ausscheiden sollten, das versteht sich wohl von selbst und braucht nicht von mir besonders hervorgehoben zu werden. Die Beispiele von Bedrückung der Minorität durch die Majorität in religiösen Angelegenheiten liegen uns noch viel zu nahe, als daß nicht eine gewisse ängstliche Besorgnis wachgeblieben sein sollte. . . . . . Weit mehr als auf die preußische Verfassung aber und als auf die Satzungen der Grundrechte baue ich auf den Geist der wahren Duldung, die zu achten weiß, was anderen heilig ist, und auf den Geist der Billigkeit, welcher von Tag zu Tag fortschreitet und sich auch in dieser Versammlung bereits auf eine höchst erfreuliche Weise kundgegeben hat. Allein das darf uns doch nicht abhalten, vorsichtig alles zu vermeiden, was auf religiösem Gebiete dem Glauben, es werde die Suprematie einer Religionspartei begünstigt, irgendwie Vorschub leisten könnte; gar leicht aber würde sich dieser Glaube in das katholische Deutschland eindrängen, wenn man in übereilter Weise ein Hauptgewicht in die Wagschale der einen Konfession legen wollte. Die konfessionellen Unterschiede beschränken sich übrigens keineswegs auf ein paar Katechismussätze, wie vielleicht mancher glauben mag, sie greifen unendlich weiter, sie wurzeln unendlich tiefer, es hängt damit die Geistesrichtung, die ganze Anschauungsweise, das innerste Leben und Bewußtsein der Völker zusammen; deswegen muß man doppelt vorsichtig verfahren, wenn man auf diesem Gebiete Befürchtungen zu wecken im Begriffe steht. Ein Volk, welches für seinen Glauben fürchtet, fürchtet damit für sein eigenstes, innerstes Sein und Wesen, wie es dasselbe auch mit seinem Glauben einbüßt." . . . . .

[40]) Pastor, Ludwig: August Reichensperger. Bd. 1, Freiburg 1899, S. 76: „Das Wort des Erzbischofs: — Es geschieht Gewalt, gelobt sei Jesus Christus! — war der Beginn einer neuen Ordnung der Dinge. Es war das Stichwort für uns alle. An der Gewalttat vom 20. November 1837 sah ich, wohin das preußische Staatskirchentum führt: der gefangene Erzbischof hat mich wieder zur Kirche zurückgebracht." Ein Beispiel dafür, wie stark dies Ereignis auf die Zeit eingewirkt hat, ist auch der Lebensgang Kettelers, der aus diesem Anlaß aus dem Staatsdienst austrat und seine juristische Laufbahn abbrach.

[41]) Sten. Ber. 8, S. 5864.

veranlaßte Mißtrauen des katholischen Volkes gegen Preußen hin, das durch die Grundrechte, die zunächst nur auf dem Papier stehen, nicht beschwichtigt werden könne und spricht, freilich nur als Uebergangsstadium, für ein Direktorium, da er inzwischen eingesehen hatte, daß ein österreichisches Kaisertum nach Lage der Dinge im Augenblick unmöglich war.

Vielfach wird auch das konfessionelle Motiv ganz geleugnet, und vielleicht gerade da, wo es am stärksten mitwirkt. So behauptet Beda Weber[42]), daß sie als Katholiken keineswegs unbedingt einen katholischen Kaiser wollten, obwohl gerade er schon in der Wahlagitation dafür eingetreten war. Er beruft sich auf Radowitz' Grundsatz, sich über die kirchlichen Parteien zu stellen, aber während der Preuße und Politiker in Radowitz wirklich über den Katholiken siegt, ist gerade Beda Weber durchaus konfessionell gebunden. Sonst konservativ, fordert er nun einen Kaiser der Urwahl oder, wenn das nicht geht, einen Präsidenten. Edel[43]) von Würzburg sagt ebenso, daß nicht die religiösen Rücksichten in Bayern die Stimmung gegen das preußische Erbkaisertum beeinflussen. Er erkennt wohl die Möglichkeit konfessioneller Aufregungen an und führt sie auf Artikel der norddeutschen — nicht der bayerischen — Presse zurück; diese habe gelegentlich offen ausgesprochen, das preußische Kaisertum solle den preußisch-protestantischen Geist in ganz Deutschland zur Herrschaft bringen.

Aus den Reden der Erbkaiserlichen selbst ist nicht zu schließen, daß konfessionelle Motive ihre politische Haltung beeinflussen, da diese Reden rein taktisch bestimmt sind und nicht durch solche Aeußerungen die Gegenseite beunruhigen und die Erreichung des Zieles in Frage stellen durften. Von „großdeutscher" Seite aber wird dieser Vorwurf auch von solchen Abgeordneten erhoben, die persönlich rein politisch bestimmt sind, wie etwa Welcker[44]), der selbst Protestant war. Er behauptet, daß gerade von den Erbkaiserlichen die konfessionelle Seite der deutschen Frage zuerst erörtert und Vorwürfe in dieser Richtung gemacht worden seien; die Presse wimmele von solchen Angriffen. Als Beispiel führt er einen Artikel aus der Vossischen Zeitung von Anfang Januar 1849 an, der als Argument für das preußische Erbkaisertum den protestantischen Geist nennt, der zwar im Mittelalter die römisch-katholische Krücke zu Hilfe genommen habe, dann aber in dem Preußen des großen Kurfürsten

[42]) Sten. Ber. 7, S. 4814.

[43]) Sten. Ber. 7, S. 4836/39.

[44]) Sten. Ber. 6, S. 4769/70. Vgl. auch Droysen, Johann Gustav: Aktenstücke und Aufzeichnungen zur Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung. 2. Teil, Herausgegeben von Hübner 1924: Welcker im Verfassungsausschuß, 157. Sitzung, 14. Februar 1849.

und Friedrichs des Großen zur Herrschaft gekommen sei und nun ganz Deutschland aufgeprägt werden solle. Eben wegen dieser konfessionellen Gegensätze hält er ein Gleichgewicht des Südens und Nordens, des Katholizismus und Protestantismus für nötig, das in dem geplanten Kleindeutschland zerstört werde. Diese Hinweise Edels und Welckers auf die erbkaiserliche Presse sind bezeichnend für die Wirkung solcher Artikel auch in den Kreisen der Abgeordneten.

Von erbkaiserlicher Seite weist man allen religiösen Besorgnissen gegenüber immer wieder auf die Toleranz des preußischen Staates und die Grundrechte hin, die vor jedem Eingriff in religiöse Rechte sicherten, so z. B. Biedermann[46]), der mit dieser Bemerkung als erster in der Paulskirche die konfessionelle Seite der deutschen Frage anschnitt. Häufig zitiert werden auch als Beispiel der Toleranz eines andersgläubigen Herrscherhauses Sachsen, dessen katholische Dynastie den Protestanten und Baden, dessen protestantisches Fürstenhaus keinerlei religiöse Differenzen veranlasse, da gerade der Herrscher eines konfessionell gemischten Volkes am wenigsten einen Eingriff zugunsten seines eigenen Bekenntnisses wagen könne[47]). Nur ganz vereinzelt wird von den Erbkaiserlichen die katholisch-konfessionelle Rücksichtnahme, die für Oesterreich spricht, als verständlich bezeichnet; doch dies auch nur durch süddeutsche Abgeordnete[48]).

In den Debatten der Nationalversammlung zeigt sich bei einigen Abgeordneten eine Ueberwindung des konfessionellen Moments; als Repräsentant derer, die rein politisch bestimmt sind, kommt der katholische Bayer Barth[49]) zum Wort, der die religiösen Interessen als ungefährdet durch ein preußisches Erbkaisertum hinstellt und für den

[46]) Sten. Ber. 6, S. 4710. „ . . . . . Meine Herren! Wenn gesagt worden ist, daß der katholische Teil Deutschlands befürchtet, unter eine protestantische Macht zu kommen, so hat dieser Teil vielleicht Unrecht, einmal, weil der Protestantismus beinahe zu jeder Zeit sich tolerant gezeigt hat, und zweitens, weil namentlich die preußische Regierung von jeher dem Katholizismus keineswegs feindlich gegenübergestanden hat, denn jene einzelnen Ereignisse in Köln waren mehr ein Kampf der Staatsmacht mit der kirchlichen Macht, im übrigen hat Preußen von jeher große Toleranz geübt, ich erinnere Sie nur an Friedrich den Großen, der die überall ausgewiesenen Jesuiten duldete. Sei dem aber, wie ihm wolle, ich glaube, daß die Befürchtungen einer protestantischen Bevölkerung mit einem katholischen Hofe — Befürchtungen, die nach dieser Seite hin gewiß nicht gerechtfertigt, aber doch vorhanden sind — sich unendlich steigern würden, wenn z. B. Sachsen unter eine katholische, vielleicht gar unter eine ultramontan gefärbte Macht gestellt werden sollte, und daß dagegen diese protestantischen Sympathien und Antipathien weit mehr zugunsten Preußens sprechen werden. . . . . "

[47]) Sten. Ber. 6, S. 4731. — Sten. Ber. 6, S. 4709/10.

[48]) Sten. Ber. 7, S. 4814/15.

[49]) Sten. Ber. 6, S. 4756.

Monarchen wie für jeden anderen Deutschen volle Glaubensfreiheit verlangt. Ein Monarch könne nicht deshalb von der Leitung des Staates ausgeschlossen werden, weil er nicht beiden Religionen zugleich angehöre.

Bei Mittermaier[50]), der alle religiösen Verstimmungen als künstlich hervorgerufen ansieht und, selbst katholisch, zur Partei der Erbkaiserlichen gehörte, ist von einer Ueberwindung des konfessionellen Moments nicht zu sprechen, da er noch ganz einem kirchlich indifferenten Aufklärungsliberalismus angehörte.

Eine Unterschätzung der Macht der religiösen Interessen zeigt sich bei Heinrich von Gagern[51]), der in seiner Schlußrede über die Annahme des Welckerschein Antrags von seinem konfessionell-indifferenten Standpunkt aus das Volk als zu tolerant bezeichnet, als daß es sich durch konfessionelle Rücksichten politisch bestimmen lasse; die konfessionellen Antipathien gegen das preußische Erbkaisertum hält er lediglich für ein Produkt der Tätigkeit einiger Gebildeter.

Die Aeußerungen der „großdeutschen" Abgeordneten über die konfessionelle Seite der deutschen Frage außerhalb der Paulskirche sind noch schroffer und bestimmter als in den Debatten der Nationalversammlung, in denen man sich der starken Opposition gegenüber zu mäßigen suchte. In Flugschriften, Briefen und Tagebüchern kehren immer wieder dieselben Argumente gegen das preußisch-protestantische Kaisertum wieder, nur zumeist krasser formuliert. Buß spricht in seiner Rede in Köln[52]) noch viel deutlicher über die konfessionell bedingte Ablehnung des Gagernschen Programms, und in einer Streitschrift gegen Gustav Pfizer[53]), den Bruder Paul Pfizers, nennt er die Oberhauptsfrage in der „glaubensgleichgültigen Paulskirche" eine bei der Mehrheit vorwiegend konfessionelle Frage, bei den Protestanten in noch viel stärkerem Maße als bei den Katholiken, ein Vorwurf, der wechselseitig bei beiden Parteien immer wiederkehrt.

Wurde in der Nationalversammlung selbst das konfessionelle Problem bei den Beratungen über die Verfassung von seiten der Großdeutschen besonders durch süddeutsche Abgeordnete besprochen, so zeigte sich in zahlreichen Aeußerungen außerhalb des Parlaments gerade auch die konfessionelle Befangenheit der Rheinländer und Westfalen. Während für die Süddeutschen konfessionelle und partikularistische Empfindungen untrennbar zusammenfielen, war bei den preußischen „großdeutschen" Abgeordneten die Opposition gegen

[50]) Sten. Ber. 7, S. 4787.
[51]) Sten. Ber. 8, S. 5884.
[52]) Rheinische Volkshalle, Nr. 115. 28. April 1849. 2. Beil. Köln, 23. 4.
[53]) Dr. Buß: Die teutsche Einheit und die Preußenliebe. Ein Sendschreiben an Herrn Gustav Pfizer.

das preußische Erbkaisertum lediglich konfessionell bedingt. Ambrosch und Radowitz, die beide streng katholisch und Mitglieder des „Katholischen Vereins", aber doch Anhänger der Erbkaiserpartei waren, stellten wiederholt die religiöse Befangenheit zahlreicher katholischer Abgeordneter aus Rheinland und Westfalen fest[54]).

Typisch für die Haltung dieser Abgeordneten aus Westfalen sind die Aeußerungen Junckmanns, dem es wie „eine Sünde gegen den heiligen Geist der Geschichte" erschien, dem protestantischen König von Preußen die Kaiserkrone aufzusetzen[55]). Zu seinen Zukunftsträumen gehörte das Hand in Hand gehen von Kaiser und Papst, ein katholisch-germanisches Kaisertum, wenn er auch zunächst für ein Direktorium eintrat[56]). Er wies auf die religiöse Fundierung des alten deutschen Kaiserreiches hin und bekämpfte das geplante neue Kaisertum als ein Kaisertum des Nordens und des Protestantismus[57]). Für die Stellung der Rheinpreußen ist eine Flugschrift Hermann Müllers über „das deutsche Parlament und den König von Preußen"[58]) bezeichnend, in der er mit aller Entschiedenheit gegen ein durch Zerreißung des deutschen Vaterlandes geschaffenes protestantisches Deutschland auftrat. Sein Freund Max von Gagern, der, obschon als Konvertit besonders strenger Katholik, sich der Partei seines Bruders angeschlossen hatte, bestätigte die Furcht Hermann Müllers, daß Sonne und Wind einst zu ungleich verteilt sein würden, wenn bei dem freien Wettstreit zwischen den Katholiken und Protestanten die wenigen Sätze der Reichsverfassung zugunsten der kirchlichen Freiheit verwirklicht werden sollten[59]).

Daß nicht nur streng kirchliche Katholiken sich durch religiöse Gesichtspunkte bestimmen ließen, beweist die Stellungnahme Brauns[60]), der, als Hermesianer unbedingter Gegner des „Ultramontanismus", sich in der Oberhauptsfrage doch aus konfessionellen Erwägungen auf die Seite der sonst von ihm bekämpften Klerikalen stellte. In seiner Schrift: „Deutschland und die deutsche Nationalversammlung" bezeichnet er die konfessionelle Spaltung Deutschlands als ein Hindernis für die Errichtung des Kaisertums. Den Zer-

---

[54]) Jürgens, Karl: II, 2. S. 660. Anh.: Radowitz Privataufzeichnungen. Bergsträßer, L.: Das Frankfurter Parlament. Ambrosch an Ignaz v. Olfers. S. 39: 24. Oktober 1848. S. 77: 6. Februar 1849. S. 86: 25. März 1849.

[55]) Beyschlag, W.: Aus meinem Leben. 1. Halle 1896, S. 294.

[56]) Bergsträßer, Tagebuch Hallbauer, S. 297.

[57]) „Ein Wort für das Deutsche Reich." Rhein. Volkshalle. Nr. 100. 13. April 1849. Frankfurt 1849.

[58]) Müller, Hermann: Das deutsche Parlament und der König von Preußen. Frankfurt 1849.

[59]) Liederbach, M.: Hermann Müller. 1849, S. 109.
Pseudonym für M. v. Gagern.

[60]) Braun, J. W. J.: Deutschland und die deutsche Nationalvers. 1849.

fall des alten deutschen Kaisertums bringt er mit dem religiösen Zwiespalt der deutschen Nation seit den Tagen der Reformation in Zusammenhang; so lange dieser Riß nicht überbrückt sei, habe das neue Gebäude keinen festen Grund. Von den Katholiken könne man keine Zustimmung zu dem Gagernschen Programm erwarten, denn Preußen sei seit der Zeit des Großen Kurfürsten der Staat des Protestantismus, der mit Hilfe dieser Idee seine Macht und seinen Einfluß auf Deutschland zu verdoppeln gesucht habe.

Mußten die Kleindeutschen sich aus taktischen Gründen in den Verhandlungen der Nationalversammlung äußerste Zurückhaltung auferlegen, so geht aus gleichzeitigen Aeußerungen in Briefen, Tagebüchern und Berichten deutlich hervor, daß auch ihre politische Stellungnahme vielfach konfessionell mitbestimmt war. Nicht aus einer kirchlich-gläubigen Haltung heraus; auf die meisten Protestanten in der Paulskirche trifft zu, was Beyschlag einmal feststellt: der christliche Beobachter habe damals die traurig-rätselhafte Erscheinung vor Augen gehabt, daß die Vaterlandsfreunde, welche die Befreiung des nationalen Lebens aus den Fesseln des Polizeistaats anstrebten, fast ausnahmslos einem bloß negativen, mindestens rationalistischen Protestantismus anhingen[61]). Aber für die große Mehrheit der Erbkaiserlichen war doch Preußen der Staat, der die Führung des Protestantismus in Deutschland übernommen hatte, und gerade dem protestantischen Preußen wollten sie die Kaiserwürde übertragen. Gewiß lagen ihnen dabei Bestrebungen wie die Ancillons, der von der „Notwendigkeit der Protestantisierung der Rheinlande“ gesprochen hatte, oder die Anschauung Leopolds von Gerlach völlig fern, der in seinen „Denkwürdigkeiten“ schrieb: „Aufgabe eines Staates ist, die herrschenden Teile seiner Bewohner zu vermehren, und den unterworfenen Teil zu vermindern. Germanisieren gegen die Polen. Protestantisieren gegen die Römer“[61a]). Ihre Vorliebe galt vielfach auch der auf protestantischen Boden erwachsenen Kultur, wie sie in Preußen lebendig war: „Bildungssympathien“, wie Vischer einmal gesagt hatte, zogen zu Preußen.

Am schärfsten war diese Hinneigung zu Preußen als dem protestantischen Staate bei den „Schleswig-Holsteiner Professoren“ wirksam, wie man denn auch ihnen gerade immer wieder in der Polemik der Presse eine stark konfessionell bedingte Stellungnahme vorwarf. Auch von protestantischer Seite wurde das zugegeben, Laube sagt von ihnen: „Von Luther über den alten Fritz hinweg, durch die deutsche Literatur, durch die Freiheitskriege hindurch, ging ihr Meri-

---

[61]) Ecke, Gustav: Die evangelischen Landeskirchen Deutschlands im 19. Jahrhundert. 1904, S. 91.

[61a]) Gerlach, Denkwürdigkeiten. Bd. 2, S. 23. Berlin 1892.

dian unverrückt nordwärts durch Deutschland"[62]. So hatte Dahlmann schon im Mai 1848 an Friedrich Wilhelm IV. geschrieben, Preußen müsse auch als erste protestantische Macht der Christenheit an die Spitze Deutschlands treten[63], und in einem Brief an Kopisch vom Dezember 1848 spricht Droysen von seiner Hoffnung auf das durch die Kraft des protestantischen Nordens wiedergeborne Reich[64]. Daß aber ziemlich allgemein protestantische und „kleindeutsche" Einstellung zusammenfielen, hat zum ersten Male Laube, der selbst protestantisch und erbkaiserlich gesinnt war, gesagt[65]: „Man mag sich noch so sehr hüten, es auszusprechen, verleugnen kann man nirgends ganz, daß der protestantische Sinn, wenn auch den meisten unbewußt, in all diesen Fragen seinen Einfluß übte." Wie wenig die Erbkaiserlichen selbst durchschnittlich ihre eigene konfessionelle Befangenheit erkannten oder gar bekannten, zeigt ihre häufige Klage über die konfessionelle Spaltung als ein wesentliches Hindernis der deutschen Einigung, nicht als persönliches Geständnis, sondern zumeist im Tone des Vorwurfs den Katholiken gegenüber, daß diese aus Glaubensrücksichten das preußische Kaisertum ablehnen[66]. Im Bewußtsein der eigenen Toleranz, die man freilich gelegentlich offen mit dem allge-

---

[62]) Laube, Heinrich: Das erste deutsche Parlament. Ges. Werke, Bd. 38, 1909, S. 41.

[63]) Springer, Anton: Friedrich Christoph Dahlmann. Bd. 2, 1872, S. 247.

[64]) Droysen, Joh. Gust.: Briefwechsel. Band 1, 1929. S. 489. Brief vom 3. Dezember 1848.

[65]) Laube, Heinrich: Das erste deutsche Parlament. Ges. Werke Bd. 38, 1909, S. 221.

[66]) Pagenstecher, C. H. A.: Als Abgeordneter in Frankfurt im Jahre 1848, 2. Teil, 1913, S. 65.

Biedermann, Karl: 1840—1870. Dreißig Jahre deutscher Geschichte. Bd. 1, 1880, S. 364.

Hansemann, David: Die deutsche Verfassungsfrage. 1848, S. 19.

Wurm, C. F.: Die Diplomatie, das Parlament und der deutsche Bundesstaat. 1849, S. 19.

Rümelin, Gustav: Aus der Paulskirche. Berichte an den Schwäbischen Merkur aus den Jahren 1848 und 1849. 1892, Köln, 13. Aug. 1848. S. 74.

Haym, Rudolf: Die deutsche Nationalversammlung von den Septemberereignissen bis zur Kaiserwahl. Ein weiterer Parteibericht. 1849, S. 142.

Hansen, Joseph: Gustav von Mevissen. Band 2. Abhandlungen, Denkschriften, Reden und Briefe. Frankfurt, 7. Januar 1849. Familienbrief. 1906, S. 453.

Droysen, Johann Gustav: Aktenstücke und Aufzeichnungen zur Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung. Bericht der Kasino-Mission zur Begutachtung der Oberhauptsfrage. Anlage 5 c. Berichterstatter: Duncker. 1924, S. 731.

Duncker, Max: Zur Geschichte der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt. 1849, S. 74; 81.

Springer, Anton: Friedrich Christoph Dahlmann. 2. Teil, 1870, S. 326.

Arnim, Heinrich von: Briefe an Abel. Berlin und Frankfurt. Brief vom 14. Dezember 1848. Neue Rundschau, Bd. 56, 1888.

meinen Indifferentismus motivierte, erklärte man den Haß des katholischen Südens gegen den protestantischen Norden für viel heftiger als umgekehrt und nahm für sich in Anspruch, daß die protestantischen Stämme sich viel eher ein katholisches Oberhaupt gefallen lassen würden als die Katholiken ein protestantisches[67]).

Daß gerade die Erbkaiserlichen jede Opposition gegen das preußische Erbkaisertum als konfessionell bedingt ansahen, wird verschiedentlich betont, nicht nur von „großdeutscher" Seite, auch von kleindeutschen Katholiken wie Ambrosch und Max von Gagern, die selbst des konfessionelle Motiv überwunden hatten. Ambrosch, der jede Verquickung politischer und konfessioneller Fragen ablehnte, behauptet geradezu, daß die altpreußische Partei jeden, der nicht uneingeschränkt dem preußischen Erbkaisertum zustimme, für einen Gegner und Ultramontanen erkläre und den Zorn auf die Ultramontanen auf alle Katholiken ausdehne. Damit wäre eine politische Frage von unsäglicher Tragweite gerade durch die Erbkaiserlichen auf das konfessionelle Gebiet gezogen worden, wie das bei der Mehrheit der Katholiken niemals geschehen sei[68]). Max von Gagern erzählt selbst, wie schwer es für ihn in der protestantischen Umgebung seines Bruders gewesen sei, konfessionelle Streitpunkte von den politischen Debatten fernzuhalten, denn so unparteiisch Heinrich von Gagern sei, die Professoren seiner Umgebung stelle eine „Musterkarte protestantischer Autoritäten" dar[69]). Gagern selbst war in keiner Weise konfessionell bestimmt, nach seinem eigenen Zeugnis haben religiöse Fragen in seinem Leben nie eine entscheidende Rolle gespielt, und die Unterscheidungslehren der verschiedenen christlichen Konfessionen schienen ihm nicht hinreichend überzeugend, um einer Konfession vor der andern den Vorzug zu geben. In einer gemischten Ehe lebend, ließ er die Kinder in der Religion der katholischen Mutter erziehen. All sein Denken war politisch bestimmt[70]).

Gelegentlich wird auch auf Seiten der Erbkaiserlichen der katholisch konfessionelle Widerstand gegen das preußische Kaisertum unterschätzt und für überwindlich gehalten, so von Droysen, der brieflich seinen katholischen Freund Wilhelm Arendt wiederholt bittet, auf die

---

[67]) Usedom, G. von: Politische Briefe und Charakteristiken aus der deutschen Gegenwart. Berlin 1849, S. 279.

[68]) Bergsträßer, Ludwig: Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern. 1929. Briefe an Ignaz von Olfers von Ambrosch. 5. Januar 1849, S. 68/69. 6. Februar 1849, S. 77.

[69]) Liederbach, Max: Hermann Müller. 1878, S. 95.
(= Max von Gagern.)

[70]) Pastor, Ludwig von: Max von Gagern, Kempten und München. 1912, S. 198.

Eigenbrodt, Reinhard Karl Theodor: Meine Erinnerungen aus den Jahren 1848/49 und 1850. Darmstadt 1914, S. 192.

katholischen Abgeordneten einzuwirken, und sich von solcher Beeinflussung einen Gesinnungswechsel bei so ausgesprochen katholisch-„großdeutschen“ Männern wie Reichensperger, Clemens, Blömer und Osterrath verspricht.

Am deutlichsten geht aus den Abstimmungen hervor, daß ziemlich allgemein — von der Linken abgesehen — der konfessionelle Gegensatz mit dem „großdeutsch“-erbkaiserlichen zusammenfällt: Aus Süddeutschland stimmte die Mehrzahl der Protestanten für Friedrich Wilhelm IV., von den preußischen Abgeordneten waren es fast durchweg die Katholiken, die sich der Wahl enthielten.

Von den Württembergern stimmten mit Ausnahme des Namenkatholiken Fallati nur Protestanten für das preußische Erbkaisertum: Rümelin, Weigele, Klett, Schoder, Haßler, Federer, Wurm, Mathy, Robert Mohl.

Die Bayern, die sich für die Wahl entschieden, gehörten, von Barth abgesehen, alle dem evangelischen Bekenntnis an. Nur ein Protestant aus dem diesseitigen Bayern hatte, wie Eisenmann damals ausdrücklich feststellte, gegen das preußische Erbkaisertum gestimmt, und dieser nur aus „Gründen der Familienpolitik“[71]).

Unter den rheinischen Abgeordneten enthielten sich nur Katholiken der Wahl, ebenso die westfälischen. Freilich war die Trennung bei den westfälischen Abgeordneten nicht so scharf, denn ein Teil der Katholiken, wenn auch nur eine schwache Minorität, gab seine Stimme für den preußischen König ab. Zu diesen wenigen gehörte der General von Radowitz, der in einem Schreiben an seine Wähler[72]) diese Abstimmung motivierte. Er erklärte die deutsche Frage in kirchlicher Hinsicht als gleichgültig und ein Hineinziehen in das religiöse Gebiet als verderblich für beide Teile. Seine Haltung entsprach seinem 1837 gefaßten Entschlusse, Katholik und Preuße zu bleiben. Daß er aber diese Entscheidung, so wenig er das in dem Bericht an seine Wähler zugab, vom katholischen Standpunkt als anfechtbar empfand, zeigte sein Rechtfertigungsschreiben an den Fürstbischof von Diepenbrock[73]), der zur Zeit der Kaiserwahl längst nicht mehr Mitglied der Nationalversammlung war. Radowitz erwähnte die Spannung unter den Frankfurter Katholiken, die durch ihre in der Reichsverfassung getrennte Meinung hervorgerufen sei und schickte auch den Rechenschaftsbericht an seine Wähler mit, um seine eigene Meinung klarzulegen. Ein Verstehen war gerade bei dem

---

[71]) Priesack, August: Die bayrischen Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung. 1930. Anh. Nr. 6, S. 140. Frankfurt, 14. April 1848.

[72]) Westfälischer Merkur. Nr. 82. 7. April 1849. Münster, 5. April.

[73]) Radowitz, Joseph von: Nachgelassene Briefe und Aufzeichnungen zur Geschichte der Jahre 1848 bis 1853, 1922. Brief vom 30. März 1849. Nr. 56. S. 76/77.

Fürstbischof von Breslau möglich, der, wennschon nicht für ein preußisches Erbkaisertum, doch Preußen sympathisch gegenüberstand und auch durch seine schlesische Umgebung in dieser Richtung beeinflußt wurde.

Die schlesischen Abgeordneten nahmen in der Reichsverfassungsfrage eine Sonderstellung ein: sie stimmten, von der Linken abgesehen, alle mit Ausnahme von Bally für Friedrich Wilhelm IV., bei ihnen war das konfessionelle Moment in der Frage Oesterreich oder Preußen nicht ausschlaggebend, selbst nicht bei den Katholiken, die in den Verhandlungen über die Kirchen- und Schulfrage ihre strenge Kirchlichkeit bewiesen hatten, auch Oertel, Kutzen, Walter, Ambrosch und Kahlert stimmen für das preußische Erbkaisertum.

Wenn auch politische Gründe Friedrich Wilhelm IV. bestimmten, die Wahl abzulehnen, so trug doch auch der katholisch-konfessionelle Widerstand gegen die preußische Führung zu der negativen Antwort an die Paulskirche bei. Die streng kirchlichen Katholiken hatten gleich nach der entscheidenden Abstimmung eine „Gegenintrige" eingeleitet und den König brieflich zur Ablehnung der Wahl zu bestimmen versucht. In der Eile waren zwar nur 30 bis 40 Unterschriften gesammelt worden, aber „großdeutsche" Katholiken aus Nord- und Süddeutschland hatten sich daran beteiligt, Männer wie Buß, Gfrörer, Sepp, Aulicke, Bally, Junckmann und Osterrath. Dieses Schreiben kam noch vor Erteilung der Audienz an die Kaiserdeputation in die Hand Friedrich Wilhelms IV. und mag auch noch die abweisende Haltung des Königs mitbestimmt haben[74]). Friedrich Wilhelm IV. wies selbst einmal zur Begründung seiner Ablehnung der Kaiserkrone unter anderm auf die starke kirchliche Opposition gegen das preußische Kaisertum hin[75]).

2. Konfessionelle Momente in der Aufnahme der Kaiserwahl.

Die Aufnahme der Kaiserwahl in den einzelnen deutschen Ländern entspricht der Haltung ihrer Abgeordneten. Wie im allgemeinen die Protestanten in der Nationalversammlung für Friedrich Wilhelm IV. gestimmt, die Katholiken sich der Wahl enthalten hatten, so wird auch die Wahl in den protestantischen Gebieten freudig, in den katholischen teils gleichgültig, teils ablehnend aufgenommen. Die

---

74) Sepp, J.: Erinnerungen an die Paulskirche. Grenzboten, 62. Jahrgang, 3. Abteilung, 1903.

Sepp, J. N.: Ein Bild seines Lebens, nach seinen eigenen Aufzeichnungen. 1916, S. 117.

75) Jürgens, Karl: Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes. Bd. 1, 1, S. 316.

Stimmung ist geteilt, ganz ähnlich — allerdings stärker ausgeprägt — wie drei viertel Jahr vorher bei der Wahl des Reichsverwesers, aber die Wirkung ist jetzt entgegengesetzt, die Protestanten jubeln, und die Katholiken protestieren.

Wie verschieden man innerhalb der preußischen Provinzen ein Kaisertum der Hohenzollern beurteilte, zeigt die Art des Empfanges der Kaiserdeputation in den einzelnen Städten, die sie auf ihrer Fahrt von Frankfurt nach Berlin berührte. Von Biebrich aus fuhr sie mit dem Dampfer nach Köln; war acht Monate zuvor die Deputation der Frankfurter Nationalversammlung, die zur Dombaufeier nach Köln fuhr, überall und namentlich in den katholischen Gebieten festlich begrüßt worden, diesmal waren die Freudenbezeugungen an den Ufern nur spärlich, das Militär in Koblenz, das damals sich so eifrig an den Huldigungen beteiligt hatte, gab jetzt keinerlei Zeichen der Teilnahme; das protestantische Neuwied begrüßte den Dampfer durch Schüsse, Fahnenschwenken und Beifallsrufe. In Köln waren unzählige Menschen am Ufer versammelt, aber kein Zeichen des Beifalls wurde laut, und am Abend brachten die Kölner mit einer Katzenmusik ihr Mißfallen über dies Unternehmen zum Ausdruck. Demokraten und Katholiken waren hier in der Mehrzahl, die Demokraten machten Opposition, weil ein Kaiser, die Katholiken, weil ein Protestant gewählt worden war[76]). In schroffstem Gegensatz zu der Aufnahme in Köln stand die Art der Begrüßung in den protestantischen Städten, die man von Köln bis Berlin berührte; von Bielefeld, Hannover, Braunschweig und Magdeburg kommen Berichte von dem freudigen Empfang der Kaiserdeputation[77]), die von dem jubelnden Volk „wie eine Menagerie auswärtiger Tiere" besichtigt wurde, unter denen Arndt der „Hauptlöwe" war[78]). In Hannover bildete auf dem ganzen Wege die Bürgerwehr Spalier, und die lauten Jubelrufe, mit denen das Volk die Abgeordneten empfing, drangen bis in das Schloß zum König. Am Abend wurde ein Fackelzug veranstaltet, und Vertreter sämtlicher Vereine begrüßten die Abgeordneten[79]). In Braunschweig gab die Bürgerschaft der

[76]) Biedermann, Karl: Erinnerungen aus der Paulskirche. 1849, S. 285.
Beseler, Georg: Erlebtes und Erstrebtes. 1809—59. Berlin 1884, S. 87.
Raumer, Friedrich von: Briefe aus Frankfurt und Paris. 1848/49. Bd. 2. Leipzig 1849, S. 378 f. 9. April 1849.

[77]) Westfälischer Merkur. Nr. 79. 4. April 1849. Bielefeld 31. März. Magdeburgische Zeitung Nr. 78. 3. April 1849. Magdeburg, 2. April.
Beseler, Georg: Erlebtes und Erstrebtes, S. 88.
Raumer, Fdch. v.: Briefe aus Frankfurt und Paris, S. 378.

[78]) Freudentheil an seine Frau. Berlin, den 7. April 1849. (R. A. Frankfurt.)

[79]) Moritz Briegleb an seine Frau. Berlin, den 2. April 1849. (R. A. Frankfurt.)

Deputation ein Festmahl, an dem auch die Minister teilnahmen[80]. Namentlich in Magdeburg war die Begrüßung besonders herzlich, und gerade hier zeigte sich, wie bei der Freude über die Wahl Frierich Wilhelm IV. das protestantische Empfinden mitschwang, wenn gelegentlich in einer Rede beim Festmahl protestantischer Geist und vaterländische Gesinnung identifiziert werden[81]. In Berlin selbst hatte man die Wahl gleichgültig aufgenommen[82]; obschon der Empfang der Deputation nicht unfreundlich war, feierte das Volk diesen Tag nicht mit, so sehr es sonst politische Feste zu feiern gewohnt war[83]. Auch dies ist kennzeichnend für die Stellung Berlins wie überhaupt der altpreußischen Provinzen zur Kaiserwahl, da sie allgemein den Vorgängen in Frankfurt kühl und uninteressiert gegenübergestanden und die innerpreußischen Angelegenheiten vorangestellt hatten.

Ein Abbild der Aufnahme der Kaiserwahl in Preußen geben die Vorgänge in der preußischen zweiten Kammer. Nachdem Friedrich Wilhelm IV. der Kaiserdeputation einen abschlägigen Bescheid erteilt hatte, wollten sich die Mitglieder der preußischen zweiten Kammer damit nicht zufrieden geben und den König in einer Adresse bitten, doch noch zuzusagen. Bezeichnend ist, daß sich zumeist die Katholiken gegen und Protestanten für die Adresse aussprachen[84]. Den Katholiken wurde deshalb der Vorwurf gemacht, sie wollten, daß Deutschland im Katholizismus aufgehe, worauf wiederum die Anklage erfolgte, die Adressenmacher wollten Deutschland im Protestantismus aufgehen lassen[85]. Diese Bemerkung der Katholiken war in gewisser Weise gerechtfertigt, da einige Tage zuvor in der Sitzung Herr von Viebahn von dem besonderen Interesse Norddeutschlands für das preußische Erbkaisertum gesprochen und hinzugefügt hatte, man müsse Deutschland wieder auf die Höhe der Reformation emporheben, eine Rede, die nun freilich mehr der Gegenseite als der eigenen Partei nützte, wie denn nachher von Saucken-Julienfelde zu Jacobi äußerte: „Der ist euer bester Redner gewesen."[86]

---

[80]) Biedermann, Karl: 1840—1870. Dreißig Jahre deutscher Geschichte. I. 1880. S. 405/406.

[81]) Magdeburgische Zeitung. Nr. 78. 3. April 1849. Magdeburg, 2. April.

[82]) Magdeburgische Zeitung. Nr. 77. 1. April 1849. Berlin, 30. April. Beseler, Georg: Erlebtes und Erstrebtes. 1884, S. 88.

[83]) Magdeburgische Zeitung. Nr. 78. 3. April 1849. Abdruck aus der Nationalzeitung, Berlin.

[84]) Deutsche Reform. Nr. 221. 3. April 1849.
Berlin, 2. April. Die Adreßdebatte.

[85]) Rheinische Volkshalle. Nr. 95. 8. April 1849.

[86]) Trierscher Volksbote. S. 289. 29. März 1849.

Am stärksten kommt die nach der Konfession geteilte Stimmung in Preußen in den konfessionell gemischten Gebieten, in Rheinland und Westfalen, zum Ausdruck. Zustimmung zur Kaiserwahl fand sich in der Rheinprovinz vorwiegend nur in den protestantischen Gebieten, vor allem im streng protestantischen Wuppertal und Siegerland; so wurde etwa aus Elberfeld und Barmen „freudigste Aufregung" gemeldet[87]), im ganzen Siegerland läutete man die Glocken, um der Freude auch nach außen hin Ausdruck zu geben[88]). Der Gemeinderat von Elberfeld schickte eine Zustimmungsadresse an den König, um ihn zur Annahme der Wahl zu bestimmen[89]). Am stärksten fiel die zwiespältige politische Stimmung ins Auge, wenn man etwa im Umkreis von Koblenz von der durchaus katholischen Rheinseite ans protestantische rechte Ufer kam: bei den Katholiken größte Stille, bei den Protestanten überall bewegtes Leben. Böllerschüsse verkündeten weithin den Jubel, und zahlreiche Fahnen gaben den Straßen ein festliches Gepräge[90]). Die Stimmung des katholischen Rheinlands war allgemein ablehnend, wie sich das schon beim Empfange der Kaiserdeputation gezeigt hatte. Charakteristisch für die Haltung der rheinischen Katholiken waren die Vorgänge auf dem Kongreß der Piusvereine Rheinlands und Westfalens im April 1849 in Köln[91]). Es handelte sich hier um die Stellung der katholischen Vereine zu politischen Fragen; einig war man sich über das Prinzip, daß rein politische Diskussionen nicht stattfinden sollten, nur über die Anwendung auf das deutsche Einheitsproblem gingen die Ansichten auseinander. Buß und Döllinger, Mitglieder des Frankfurter Parlaments, traten als Wortführer der beiden Meinungen auf; Buß betrachtete die Kaiserfrage als politische und kirchliche Frage, er stellte den Katholizismus als die Basis des alten deutschen Kaisertums hin und betrachtete es als Pflicht jedes Katholiken, zu verhindern, daß die Erneuerung dieses echten Kaisertums unmöglich gemacht würde. Darum betonte er auch für die katholischen Vereine das Recht und die Pflicht zu körperschaftlichen Kundgebungen gegen das preußische Kaisertum[92]). Döllinger, der dieses Problem als rein politisch empfand,

---

87) Deutsche Reform. Nr. 220. 2. April 1849. Barmen, 30. März.

88) Deutsche Reform. Nr. 225. 5. April 1849.

89) Westfälischer Merkur. Nr. 78, 3. April 1849.

90) Trierscher Volksbote. Nr. 88. 17. April 1849. Vom Rheine, 14. April.

91) Rheinische Volkshalle. Nr. 115. 28. April 1849. 2. Beilage. Köln, 23. April.

92) Dr. Buß: Die Gemeinsamkeit der Rechte und der Interessen des Katholizismus in Frankreich und Teutschland. Sendschreiben des Dr. Buß an den Herrn Grafen v. Montalembert in Betreff der katholischen Gleichgültigkeit. Schaffhausen. Bd. 2, 1850. S. 621 ff.

F. J. Buß: Die Aufgabe des katholischen Teils teutscher Nation oder der katholische Verein Teutschlands. Regensburg 1851, S. 401 ff.

wies auf die Gefahr hin, daß ein katholischer Verein sich für ein politisches Programm einsetzen könne, das bald nachher durch die Ereignisse überholt würde. Er zeigte die Schwierigkeit einer Stellungnahme des katholischen Vereins gerade in dieser Frage, die selbst von den bewußt katholischen Abgeordneten der Paulskirche verschieden gesehen wurde: einige von ihnen seien für ein österreichisches Kaisertum, andere für ein Direktorium eingetreten. Vor allem erklärte er die Forderung eines katholischen Kaisers für dieselbe Ungerechtigkeit wie die Wahl eines Protestanten, da Deutschland doch nun einmal paritätisch sei. Es ist bezeichnend, daß bei der Tagung in Köln, wo überwiegend die rheinischen und westfälischen Mitglieder anwesend waren, bei der Abstimmung über die deutsche Oberhauptsfrage die Auffassung von Buß mit wesentlicher Stimmenmehrheit siegte. Ganz in diesem Sinne wurde auch die Rheinische Volkshalle in Köln redigiert, die seit November 1848 erschien und als Exponent der öffentlichen Meinung, wie auch als Mittel, sie zu bestimmen, wesentliche Bedeutung hatte.

Wie im evangelischen Rheinland wurde in der protestantischen Mark und in Minden-Ravensberg die Wahl des preußischen Königs mit Jubel aufgenommen, auch von hier aus gingen Zustimmungsadressen an den König ab[93]), auch hier Glockengeläute und Kanonendonner als Ausdruck der freudigen Stimmung[94]). Von katholischer Seite warf man den „Stillen im Lande" an der Wupper wie an der Ruhr vor, ihre Freude gelte allein dem protestantischen Kaiser, von dem sie die Ausrottung des katholischen „Götzendienstes" erwarteten[95]). Zum Teil war natürlich diese freudige Erregung dadurch mitbedingt, daß gerade diese protestantischen Teile der Provinz Westfalen am längsten unter preußischer Herrschaft standen und nur ein preußisches Kaisertum für möglich hielten.

Die Stimmung der Katholiken in Westfalen war geteilt und nicht durchgehend der Kaiserwahl gegenüber so kritisch wie die der katholischen Rheinländer; wie einige katholische westfälische Abgeordnete sich für Friedrich Wilhelm IV. erklärt hatten, so billigten auch in Westfalen eine Anzahl Katholiken diese Abstimmung. Zu ihnen zählte v. Beckedorff, ein Abgeordneter der ersten preußischen Kammer, der in einem Schreiben an seine Wähler seine Stellung zur deutschen Frage auseinandersetzte[96]). Oesterreich hatte seiner Ansicht nach wohl den Anspruch der Vergangenheit für sich, Preußen aber das

---

[93]) Westfälischer Merkur. Nr. 78. 3. April 1849. Hamm, den 30. März.
[94]) Deutsche Reform. Nr. 225. 5. April 1849. Crombach in Westfalen. Kölnische Zeitung, Nr. 95. 8. April 1849. Aus der Mark, 4. April. Elberfelder Zeitung. Nr. 78. 1849. Aus der Grafschaft Mark.
[95]) Augsburger Allgemeine Zeitung. 8. Mai 1849.
[96]) Westfälischer Merkur. Nr. 87. 13. April 1849. Münster, 11. April.

Bedürfnis der Gegenwart und die Hoffnung der Zukunft. Er wies als ungerechtfertigt zurück, daß die Ablehnung des preußischen Kaisertums konfessionell bedingt sei, und führte als Beispiel Sachsen an, wo ein katholischer Fürst ein protestantisches Land und Belgien, wo ein protestantischer Fürst ein katholisches Land regierte, ohne religiöse Differenzen zu verursachen. Diese Auffassung fand freilich mannigfache Kritik, ganz ausführlich wurde sie in einem Artikel „aus dem Herzogtum Westfalen“[97]) besprochen und gerade die Auffassung beanstandet, daß die konfessionelle Besorgnis der Katholiken einem preußisch-protestantischen Kaisertum gegenüber unbegründet sei: Frankfurt habe gezeigt, was man nach parlamentarischem Sprachgebrauch unter Religions- und Lehrfreiheit verstehe. Eine hinreichende Bürgschaft hierfür sei wohl mit der Einheit des gesamten Deutschlands gegeben, in dem beabsichtigten Kleindeutschland aber sei sie Lüge.

Die Katholiken, die ähnlich wie von Beckedorff für die preußische Hegemonie eintraten, stellten in Westfalen doch nur eine schwache Minorität dar; sie waren zumeist nicht streng kirchlich und gehörten keinem katholischen Verein an: die Mitglieder der westfälischen Piusvereine usw. waren, wie es die Tagung in Köln gezeigt hatte, gegen ein preußisches Kaisertum, sie stimmten lebhaft der Auffassung von Buß zu, der auch in Münster in einer außerordentlichen Generalversammlung des katholischen Vereins einige Tage später als in Köln eine Rede in diesem Sinn hielt[98]). Diese geteilte Stimmung kommt auch im Westfälischen Merkur, dem Organ der katholischen Westfalen, in den entgegengesetzten Artikeln aus Berlin und Münster zum Ausdruck: Der Berliner Korrespondent spricht sich von den Oktoberdebatten bis zur Wahl im März 1849 immer wieder für die preußische Hegemonie aus, er betrachtet Preußen als den Hort und Beschützer Deutschlands[99]), als eine Macht, die nur aus deutschen Elementen zusammengesetzt ist und nur für diese Interessen in die Schranken treten wird[100]); und als die Wagschale sich immer mehr Preußen zuneigt, heißt es: Preußen muß und wird annehmen. Der Berichterstatter aus Münster betont mehr die historische Bedeutung Oesterreichs, dessen Ausschluß aus Deutschland auch im Interesse der katholischen Kirche bedauert wird[101]).

---

[97]) Westfälischer Merkur, Nr. 94. 21. April 1849. Beilage.

[98]) Westfälischer Merkur. Nr. 99. 27. April 1849. Münster, 25. April.

[99]) Westfälischer Merkur. Nr. 254. 22. Oktober 1848. Berlin, den 17. Oktober.

[100]) Westfälischer Merkur. Nr. 12. 14. Januar 1849. Die Oberhauptfrage.

[101]) Westfälischer Merkur. Nr. 47. 25. Februar 1849. Ein Blick auf die deutsche Nationalversammlung. Oesterreich oder Preußen.

Schlesien nahm unter den konfessionell gemischten Gebieten Preußens eine Sonderstellung ein. Hier stimmte man allgemein — von den Radikalen abgesehen — auch in den katholischen Gegenden der Wahl Friedrich Wilhelms IV. zu, wie auch selbst die schlesischen ultramontanen Abgeordneten im Frankfurter Parlament, einzig von Bally ausgenommen, sich für ihn eingesetzt hatten. In Schlesien waren auch die Mitglieder der katholischen Vereine mit einem preußischen Kaisertum einverstanden. Charakteristisch ist, daß bei der Abstimmung auf der Generalversammlung der katholischen Vereine in Breslau anders als kurz zuvor in Köln die Verfassungsfrage für rein politisch und nicht in den Bereich des katholischen Vereins gehörig erklärt wurde[102]). Schon am 15. Februar war bei einer Sitzung des katholischen Zentralvereins von dem Zweigverein Oppeln beantragt worden, die katholischen Vereine sollten sich streng auf religiösem Boden bewegen und alle politischen Debatten vermeiden. Diese Auffassung hatten der Präsident Wick und andere Mitglieder des Vereins unterstützt und die Versammlung den Antrag angenommen[103]). Das Ergebnis der Abstimmung deckte sich also ganz mit der Haltung, die der schlesische katholische Verein von Anfang an eingenommen hatte[104]).

In Schlesien, das schon lange preußisch war, fühlte man sich auch in religiöser Beziehung durch ein preußisch-protestantisches Kaisertum nicht bedroht, anders als in den westlichen Provinzen war es hier gelungen, den Gegensatz der Konfessionen zu überbrücken, in manchen Kreisen glaubte man sogar durch die preußische Hegemonie in Deutschland auch kirchlich nur gewinnen zu können. Ausdruck dieser Stimmung ist eine schlesische Flugschrift über „die katholischen Interessen und die deutsche Frage in Preußen"[105]). Es wird darauf hingewiesen, daß Preußen nur dem Rufe, nicht der Wirklichkeit nach ein protestantischer Staat, sondern vielmehr paritätisch sei. Rintel zeigt statistisch an der Hand von Abstimmungen im preußischen und deutschen Parlament, daß die Resultate für die katholische Kirche in Frankfurt, wo Süddeutsche und Oesterreicher mitstimmten, un-

---

[102]) Buß, F. J.: Die Aufgabe des katholischen Teils teutscher Nation in der Gegenwart oder der katholische Verein Teutschlands. 1851, S. 398 ff.

[103]) Breslauer Zeitung. Nr. 39. 16. Februar 1849. Breslau, 15. Februar.

[104]) Wick, Dr. Joseph: Aus meinem Leben. Aufzeichnung zu meinem 50jährigen Priesterjubiläum.

Breslau 1895, S. 26.: „ . . . . Die Politik streiften wir bloß so weit, als die religiösen und kirchlichen Interessen es erforderten . . . . ., während die Kölner durch das Hereinziehen rein politischer Fragen sehr leicht unsere Sache zu gefährden vermochten, da die Verschiedenheit politischer Anschauung unsere auf dem religiösen Gebiet aufgebaute Einigkeit nur schwächen konnte.

[105]) Rintel, N. C. G.: die katholischen Interessen und die deutsche Frage in Preußen. Zur Orientierung. Breslau 1849, S. 23 f.

günstiger als in Berlin wurden, und daß Preußen, nicht Süddeutschland, der Stützpunkt der katholischen Bewegung sei[106]). Wie diese Schrift eines kirchentreuen Katholiken nur in Schlesien geschrieben werden konnte, so bezeichnend ist es, daß man sie im katholischen Rheinland negativ beurteilte. Eine Rezension im Trierschen Volksboten[107]) lehnte sie völlig ab und betonte das Recht des katholischen Deutschlands, das sich instinktmäßig gegen das geplante Kleindeutschland mit preußischer Führung aufgelehnt habe, da diesem letztlich der Plan einer Wiederherstellung des Reichs mit vorherrschendem Protestantismus zugrundeliege.

In Süddeutschland kommt die durch die Konfession bedingte Art der Aufnahme der Kaiserwahl besonders deutlich in Bayern zum Ausdruck. Nur sind hier bayrisch-partikularistisches und katholisches Empfinden in seiner Auflehnung gegen das protestantisch-preußische Kaisertum so eng miteinander verknüpft, daß man nur selten sagen kann, welches von beiden das Primäre ist. Aber bezeichnender Weise wird auch in Bayern die Abstimmung des 24. März nur in den protestantischen Gebieten bejaht. Ein kirchliches Interesse an der Verfassungsfrage liegt hier besonders nahe, weil man als Minorität in einem überwiegend katholischen Lande sich von einem protestantischen Kaiserhaus Vorteile verspricht. Während fast die ganze bayerische Presse das preußische Kaisertum ablehnt, stimmt nur der Korrespondent von und für Deutschland, der in dem evangelischen Mittelfranken erscheint, der Wahl Friedrich Wilhelms IV. zu. Er hatte, ursprünglich gefühlsmäßig großdeutsch, die Wandlung Welckers mitgemacht[108]) und war seitdem für das Gagernsche Programm eingetreten. Die Konzessionen an die Linke bezüglich des Wahlrechtes erscheinen ihm freilich sehr weitgehend und die Kaiserwahl damit fast zu teuer erkauft, aber im Prinzip stimmt er einer preußischen Führung Deutschlands zu[109]). Im katholischen Bayern findet die Wahl nur Hohn und Spott, und vielfach wird in der Presse die Wahlnachricht mit dem Wortlaut eines Artikels aus der Augsburger Postzeitung mitgeteilt: unter dem Geläute der Glocken, nämlich dem des gewöhnlichen Mittagsgebetes, das auch die Bitte enthält: „erlöse uns von dem Uebel" sei die Wahl-

---

[106]) Ebenso auch Radowitz mit Berufung auf Rintel. Radowitz, Joseph von: Ges. Werke Bd. 2, S. 75.

[107]) Trierscher Volksbote. Nr. 277. 30. November 1849. Die katholischen Interessen und die deutsche Frage.

[108]) Korrespondent von und für Deutschland. Nr. 76.
17. März 1849. 2. Beilage.
Bekenntnisse eines Großdeutschen.

[109]) Korrespondent von und für Deutschland. Nr. 90. 31. März 1849. Abendausgabe. Einige Worte über die letzten Abstimmungen in Frankfurt.

nachricht in Bayern eingetroffen, und das am „schmerzhaften" Freitag, der durch diese Neuigkeit für viele wirklich schmerzhaft gewesen sei[110]. Allgemein sieht man in der Kaiserwahl eine preußische Intrige, man beschwört das Gespenst des Bürgerkrieges, die Zerklüftung Deutschlands in politischer und religiöser Beziehung, ja einen neuen Dreißigjährigen Krieg mit all den Schrecknissen des 17. Jahrhunderts, falls Friedrich Wilhelm IV. die Wahl annehmen würde[111]. Darüber ist man sich einig, daß Bayern sich nie einer preußischen Herrschaft fügen werde: „Der bayrische Löw, wenn er einmal sich erhebt, ist heute noch so furchtbar wie vor alters, und ihr zweihundertneunzig Kaisermacher werdet ihn nimmer zähmen"[112]. Typisch ist auch, daß die bayrische Presse, die seit dem Worte Friedrich Wilhelms IV. von dem Aufgehen Preußens in Deutschland den Preußenkönig nur in der sarkastischsten Weise in Wort und Bild charakterisiert hatte, nach der Ablehnung der Kaiserkrone nicht Worte genug zu seinem Lobe finden kann.

Hatten schon bei den Wahlen zum Frankfurter Parlament vielleicht nirgends so sehr wie in Württemberg konfessionelle Rücksichten den Ausschlag gegeben, so ist auch die Beurteilung der Kaiserwahl wahl in starkem Maße von religiösen Gesichtspunkten abhängig. Die Zustimmung ist da am lebhaftesten, wo man sich kirchlich besonders gedrückt fühlt, und die Opposition gerade in katholischen Gebieten rege, weil man ein protestantisches Kaisertum fürchtet. Als unerwartet die Nachricht von der Kaiserwahl in Frankfurt in die Sitzung der württembergischen Kammer platzt, ist die Stimmung ganz geteilt, und gerade die oberschwäbischen und aus dem ehemals Vorderösterreichischen gewählten Abgeordneten wie überhaupt die Katholiken äußern ihre Bedenken.

Im ganzen katholischen Oberlande hatten sich in diesen Monaten, während in Frankfurt die Reichsverfassungsfrage erörtert wurde, starke Sympathien für ein österreichisches Kaisertum geltend gemacht[113], jetzt nach der Wahl kommen namentlich aus Oberschwaben Sturmpetitionen gegen die Wahl Friedrich Wilhelms IV., zahlreiche Kundgebungen für Oesterreich finden statt, zu dem man sich wegen der alten, noch imer lebendigen Erinnerungen, wie auch

[110]) Augsburger Postzeitung. Nr. 78. 31. März 1849.
München, 30. März mittags.
Aschaffenburger Zeitung. Nr. 93. 3. April 1849.
[111]) Lechbote. Nr. 92. 2. April 1849. Abdruck aus der Speyerer Zeitung.
Augsburger Postzeitung. Nr. 78. 31. März 1849.
[112]) Der Volksbote für den Bürger und Landmann. Nr. 77.
1. April 1849. München, 31. März.
[113]) Deutsche Allgemeine Zeitung. Nr. 13. 13. Januar 1849.
Stuttgart, 8. Januar.
Westfälischer Merkur. Nr. 14. 17. Januar 1849. Stuttgart.

aus kirchlichen Sympathien hingezogen fühlte[114]). Schon bei den Wahlen im April und Mai 1848 hatte man ja vielfach die Wahl des österreichischen Kaisers in Aussicht gestellt, und die Leidenschaften, die man damals geweckt hatte, äußern sich nun in zahlreichen Kundgebungen, an denen sich auch Geistliche beteiligen. — Jubel erregt die Kaiserwahl nur in den protestantischen Teilen Württembergs, freilich auch hier nicht allgemein; der Gedanke der preußischen Führung, den schon Jahre vorher Paul Pfizer verkündete, hatte vor allem die Kreise der Gebildeten ergriffen[115]). Aber er war auch hier bewußt oder unbewußt konfessionell fundiert, wie denn Pfizer selbst Preußen als den Staat des Protestantismus an der Spitze Deutschlands sehen wollte[116]). Aber die Haltung der Protestanten in Württemberg ist nicht einheitlich, ein Teil steht dem Gedanken der preußischen Hegemonie ablehnend gegenüber, nicht nur die Demokraten, und eine Adresse für die Uebertragung der Kaiserkrone an Oesterreich ist auch von protestantischen Abgeordneten der württembergischen Kammer unterschrieben worden[117]). Wenn hierin die Protestanten in Württemberg eine besondere Stellung einnehmen, so geschah es deshalb, weil sie nicht — wie etwa die evangelischen Bayern — in der Minorität waren und nicht über die katholische Umgebung hinweg eine Stütze bei der obersten Gewalt, die über die heimische Regierung gesetzt war, suchen mußten. Abgesehen von den Gebildeten zeigt sich innerhalb Württembergs vorzugsweise bei der evangelischen Diaspora eine unbedingte Bereitwilligkeit zur Anerkennung der preußischen Hegemonie[118]).

3. Die Diskussion des konfessionellen Problems der deutschen Frage in der Tagespresse und Flugschriftenliteratur.

Die konfessionelle Bedingtheit der deutschen Frage spiegelt sich besonders deutlich in der Diskussion des Verfassungsproblems in der Tagespresse und Flugschriftenliteratur wieder. Freilich kann man nicht sagen, daß die gesamte erbkaiserliche Presse bewußt protestantisch und die „großdeutsche" bewußt katholisch bestimmt ist, aber die

---

114) Deutsche Reform. Nr. 212. 28. März 1849. Württemb. Zustände.
115) Deutsche Allgemeine Zeitung. Nr. 13. 13. Januar 1849.
116) Pfizer, Paul: Briefwechsel zweier Deutscher. 1911. S. 167 und S. 169, 70.
117) Deutsche Zeitung. Nr. 24. 24. Januar 1849. Beilage. Stuttg., 20. 1.
118) Rapp, Adolf: Die Bedeutung der Konfession in der Geschichte Württembergs. 1926, S. 13 f.

„großdeutsch" gerichteten Zeitungen erscheinen doch besonders in katholischen, die erbkaiserlichen in protestantischen Gebieten. Die führenden „großdeutschen" Organe — von Süddeutschland abgesehen — finden sich nördlich der Mainlinie im katholischen Rheinland, z. B. die Rheinische Volkshalle in Köln, die Rhein- und Moselzeitung in Koblenz; die größeren erbkaiserlichen Zeitungen südlich der Mainlinie in den protestantischen Teilen Bayerns und Württembergs, wie der Korrespondent von und für Deutschland in Nürnberg, der Schwäbische Merkur in Stuttgart.

In Norddeutschland tritt an der Nordseeküste die Bremer Weserzeitung für das Gagernsche Programm ein, in Braunschweig die deutsche Reichszeitung, in der Provinz Sachsen die Magdeburgische Zeitung, in Rheinland und Westfalen die Kölnische Zeitung, in Frankfurt seit Ende 1848 die am weitesten verbreitete Deutsche Zeitung, die mit den Artikeln Gervinus' „Vom Rhein" an Schärfe und Leidenschaft alle andern überbietet. In der Presse der großen Städte wird die deutsche Frage weniger beachtet, besonders in den Berliner Zeitungen stehen die preußischen Angelegenheiten ganz im Vordergrund, relativ am stärksten interessiert an den Debatten der Paulskirche ist die Deutsche Reform.

Die führenden Organe der Erbkaiserlichen haben keineswegs durchweg konfessionelle Ziele, doch klingt gelegentlich überall stärker oder schwächer diese Seite der deutschen Frage an. Bewußt protestantische Tendenzen verfolgen einige Provinzblätter, unter denen die Elberfelder Zeitung die größte Bedeutung hat.

Bei einzelnen „großdeutschen" Zeitungen ist das konfessionelle Motiv von primärer Bedeutung für ihre politische Einstellung, so für die Rheinische Volkshalle[119]), die Augsburger Postzeitung, den Münchener Volksboten. In dieser bewußt katholischen Presse wird die konfessionelle Seite des deutschen Einheitsproblems am häufigsten diskutiert, hier erscheinen zahlreiche Artikel von katholischen „großdeutsch" gesinnten Abgeordneten: Die Rheinische Volkshalle z. B. zählte Wilhelm Junckmann und August Gfrörer zu ihren Mitarbeitern, die Augsburger Postzeitung Arndts, Philipps, Sepp und Beda Weber[120]). Andere „großdeutsche" Zeitungen sind wiederum in keiner Weise katholisch-konfessionell orientiert, wie etwa die

[119]) Die Rheinische Volkshalle war, wie sie selbst schrieb, „aus dem Bedürfnis nach einem großen politisch-katholischen Blatt" hervorgegangen. (Rheinische Volkshalle Nr. 10. 12. Oktober 1848) und sollte „besonders das katholische Feld betreten, bebauen und behaupten". (Nach einem Briefe Lambert Bachems in: Karl Bachem, Joseph Bachem und die Entwicklung der katholischen Presse in Deutschland. Bd. 2, S. 13.)

[120]) Christ, Michael: Die großdeutsche Bewegung der Jahre 1848/49 und die Gründung der großdeutschen Partei. Diss. Straßburg 1914, S. 20.

Münchener Neuesten Nachrichten und die Augsburger Allgemeine Zeitung. Zum Teil besteht gar keine schroffe Trennung zwischen „großdeutscher" und erbkaiserlicher Presse, zumal die Haltung der einzelnen Zeitungen schwankend ist. So nimmt der Nürnberger Korrespondent von und für Deutschland, noch „großdeutsch", schon gelegentlich Artikel der Erbkaiserlichen auf und macht dann die Schwenkung Welckers mit. Im Westfälischen Merkur vertreten die mit „Münster" gezeichneten Artikel die „großdeutsche" Richtung, während der Berliner Korrespondent sich konsequent für die preußische Hegemonie einsetzt. Namentlich die Augsburger Allgemeine Zeitung läßt die verschiedensten Stimmen zum Wort kommen: Der Hauptredakteur Gustav Kolb steht im „großdeutschen" Lager, seine Mitredakteure Mebold und Altenhöfer, beide ehemalige Burschenschafter, schreiben im Sinne der erbkaiserlichen Partei[121]).

Am offensten und unbefangensten wird das konfessionelle Problem der Reichsverfassungsfrage in den Flugschriften behandelt. Vielfach sind die Verfasser Abgeordnete der Paulskirche[122]), die teils mit, teils ohne Namensnennung schreiben, um das auszusprechen, was aus taktischen Gründen im Frankfurter Parlament nicht gesagt werden konnte. Im allgemeinen ist für die Flugschriftenliteratur eine vertieftere Betrachtungsweise als in der Tagespresse charakteristisch.

Schon im Frühjahr und Sommer 1848 wird die konfessionelle Seite der deutschen Frage in Zeitungen und Flugschriften verschiedentlich erörtert, in der Tagespresse vor allem im April und Mai 1848, im Sommer tritt hier das Verfassungsproblem hinter den Debatten der Paulskirche über die Grundrechte, die noch durch die Verhandlungen über die polnische und die schleswig-holsteinische Frage unterbrochen werden, zurück. Von Anfang an macht man in fast allen ausführlichen Schriften über das deutsche Einheitsproblem auf die religiöse Spaltung des deutschen Volkes als wesentliches Hindernis der politischen Einigung aufmerksam. Gerade mit Rücksicht auf sie wird, nachdem der Siebzehner-Entwurf größtenteils abgelehnt ist, ein Turnus entweder zwischen Oesterreich und Preußen, Bayern und Preußen oder den sechs größten Staaten, eine Trias oder ein Direktorium vorgeschlagen, da sich sonst der Norden durch den Katholizismus, der Süden durch den Protestantismus bedroht fühlen

---

[121]) Heyck, Eduard: Die (Augsburger) Allgemeine Zeitung. 1798 bis 1898. München 1898, S. 110.

[122]) Wentzcke, Paul: Kritische Bibliographie der Flugschriften zur deutschen Verfassungsfrage. 1848 bis 1851. Halle 1911.

würde[123]). Wo man einer einheitlichen Spitze zustimmt, fordert man häufig als Ausgleich und zur Wahrung der Parität eine bayerische Schirmherrschaft über die katholische Kirche, am eindringlichsten in einer anonymen Frankfurter Flugschrift: „Zur politischen Einigung Deutschlands“, die in der Tagespresse häufig besprochen und in ihren Hauptthesen wörtlich zitiert wird; auch die „Deutsche Zeitung“ gesteht ihr einen „guten Kern“ zu, hierdurch müßten, wenn wirklich aufrichtige religiöse Bedenken gegen eine preußische Spitze sprächen, die Skrupel der Katholiken beseitigt werden[124]). Der Vorschlag erscheint allgemein den stärker protestantisch orientierten Zeitungen als ein willkommenes Mittel, den katholischen Widerstand gegen eine preußische Spitze zu überwinden.

Die Erörterung der Verfassungsfrage setzt mit den Oktoberdebatten über die §§ 2 und 3 auch in den Tageszeitungen wieder stärker ein und wird mit der Zuspitzung des erbkaiserlich-„großdeutschen“ Gegensatzes immer lebhafter. War bei den vorherigen Verfassungsvorschlägen zumeist nur die Notwendigkeit der Parität betont worden, so stellt man jetzt Preußentum und Protestantismus dem alten deutschen Kaiserreich und Katholizismus gegenüber und erhebt den Anspruch des historischen Rechts für die jeweilige eigene politische Stellungnahme, wobei nun Erbkaiserliche und „Großdeutsche“ die gleichen Ereignisse anführen, sie aber verschieden auswerten. Weiter versucht man hier wie dort, die eigene konfessionelle Befangenheit zu verschleiern und sie der Gegenseite vorzuwerfen, freilich weder im „großdeutschen“ noch im erbkaiserlichen Lager folgerichtig: denn gelegentlich wird auf beiden Seiten die konfessionelle Bedingtheit der eigenen politischen Stellungnahme offen zugegeben und durch die kirchenpolitische Situation zu rechtfertigen versucht.

Mit dem Bestreben, den Gang der deutschen Geschichte für die Richtigkeit der politischen Meinungen in Anspruch zu nehmen, verändert sich entsprechend der katholisch-„großdeutschen“ und der protestantisch-erbkaiserlichen Gesinnung das Bild der letzten drei Jahrhunderte. Entscheidend für die jeweilige Betrachtungsweise ist die Beurteilung der Reformation, die für die einen die Ursache des Niedergangs, für die andern die größte Tat der deutschen Nation ist.

---

[123]) Steinbach, Karl von: Das Kaisertum des deutschen Volkes. Eine Stimme aus Sachsen. 1848, S. 28 f., abgedr. in Hase, K. v.: Vaterländische Reden, 1891, S. 338. Magdeburgische Zeitung. Nr. 301. 21. Dezember 1848. 1. Beilage. Frankfurt, 18. Dezember.

Linck, Anton Arnold von: Das deutsche Bundesreich. 1848, S. 17, 18.

Elberfelder Zeitung. Nr. 147. 28. Mai 1848.

[124]) Deutsche Zeitung. Nr. 34. 3. Februar 1849. 2. Beilage. Ein Vorschlag zur Vereinbarung.

Charakteristisch für die „großdeutsche" stark konfessionell gebundene Auffassung der deutschen Geschichte ist ein Artikel in der Donauzeitung, der die Entwicklung seit der Reformation kurz skizziert: Das Deutschland zur Zeit Maximilians wird als mächtiges Reich dargestellt, das seit der Glaubensspaltung der Auflösung langsam entgegenging. Der Dreißigjährige Krieg gilt als Religionskrieg, der zu Bündnissen der evangelischen Fürsten mit den Erbfeinden des Reichs führte, sogar mit dem ehrgeizigen eroberungssüchtigen Gustav Adolf. Die einzige Ursache des Westfälischen Friedens und aller folgenden Ereignisse, die das Reich zerrissen, ist die durch die Reformation erfolgte Zerrüttung[125]).

Katholizismus und Protestantismus werden in ihrer Bedeutung für die Entwicklung Deutschlands immer wieder charakterisiert und einander gegenübergestellt: Die katholische Kirche als die eigentliche Gründerin des Deutschen Reiches, die die früher nie verbundenen Stämme zur Nation verknüpfte[126]), und die Reformation als die zersetzende Kraft, die die Bande löste, die die einzelnen deutschen Länder zusammenhielten, und die Antipathien zwischen dem Norden und dem Süden schuf[127]). Man zieht daraus die Konsequenz, daß Deutschland nur wieder stark und einig werden könne, wenn es wieder katholisch wird: In der konfessionellen Einigung, d. h. der Rekatholisierung, liege mittelbar auch das Fundament für die politische Größe Deutschlands[128]). Die protestantische Auffassung vom Gehorsam gegenüber der Obrigkeit wird als staatszersetzend hingestellt, kein Staat könne bestehen ohne die Grundlage des katholischen Gehorsams gegenüber dem Landesherrn[129]). Luther ist nach dieser Auffassung aus vollkommener Verkennung seiner Schrift „Von weltlicher Obrigkeit" nicht nur kirchlicher, sondern auch politischer Revolutionär[130]). Die Vorgänge der eigenen Zeit werden zu denen der Reformationszeit in Beziehung gesetzt: Was sich damals auf religiösem Gebiet vollzog, daß hitzige Neuerer die katholische Kirche durch ein Phantasiebild ersetzen zu können glaubten, soll jetzt auf politischem Gebiet nachgeholt werden, man will die Habsburger, die wahren Nachfolger Karls des Großen, der Heinriche und Ottonen, durch Preußen, ein soeben erst in der Geschichte aufgetauchtes

---

125) Donauzeitung. Nr. 84, 25. März 1849. Die Auflösung d. Alt. Reichs.
126) Trierscher Volksbote. Nr. 299. 29. Dezember 1848.
127) Rheinische Volkshalle. Nr. 85, 25. März 1849. Die Rettung des Vaterlandes.
128) Augsburger Postzeitung. Nr. 293. 31. Oktober 1848. Von der Isar, 27. Oktober.
129) Neue Sion. Nr. 47. 18. April 1849.
130) Katholischer Hausfreund. Nr. 16. Jahrgang 1849. S. 237 f., Nr. 17, S. 249 f. Nr. 18, S. 266 f.

Fürstenhaus ersetzen[131]). Erst sei Norddeutschland in religiöser Beziehung ausgeschieden, nun sollte der konfessionellen auch die politische Trennung folgen[132]). Die erbkaiserliche Partei gilt als die spezifisch preußische und die spezifisch protestantische, die in der Durchführung der Reformation, auf deren Protektorat in Deutschland und Europa Preußens ganze Machtstellung beruhe, das Heil des Vaterlandes erblickt[133]).

Preußentum wird gleichgesetzt mit Protestantismus, der protestantische Geist aber als negativ wirkend gekennzeichnet. Typisch für diese Auffassung ist ein Artikel in der Rheinischen Volkshalle, der die seelische Struktur des Protestantismus und seine Wirkung auf den Staat etwa so sieht: Der protestantische Geist ist der Geist der Verneinung; von Anfang an aus der Negation hervorgegangen, hat er sich auch auf politischem und gesellschaftlichem Gebiet stets gegen das historisch Bestehende gewandt. Eine Staatsbildung im Geiste des Protestantismus ist deshalb geradezu unmöglich, denn die neue Zeit ringt nach Einigung, ihre Aufgabe ist nicht Kritik, sondern positive Neugestaltung des öffentlichen Lebens. Wahrhaft aufbauen kann nach dem Zeugnis der Geschichte nur der katholische Geist, der anerkennt, was da ist, und es fortzugestalten weiß[134]). Zudem gilt ein protestantisches Kaisertum schon in der Theorie als Unmöglichkeit, da nach katholisch-„großdeutscher" Auffassung der Kaiser als Gesalbter vom kirchlichen Hohenpriester und als einer unter den zeitlichen Fürsten dem Volke vorgestellt werden soll. Daß das für Preußen nicht möglich ist, sucht man mit einer historischen Reminiszenz zu beweisen: Preußen habe sich 1701 die königliche Würde genommen und Clemens XI. dagegen protestiert, daher könne nach 147 Jahren der Papst den König dieses Landes nicht als deutschen Kaiser anerkennen oder gar ihn salben und krönen. Falls man aber auf die Anerkennung der katholischen Kirche verzichten wolle, so habe man von der Entstehung und dem Rückhalt des deutschen Kaisertums keinen Begriff, denn nur mit der Unterstützung der katholischen Kirche könne es einen deutschen Kaiser geben[135]).

In der Bekämpfung der Erbkaiserlichen stützt man sich auf Seiten der „Großdeutschen" gelegentlich auch offen auf kirchliche Gründe. Dabei geht man immer wieder davon aus, daß ein Deutsches Reich mit Einschluß von Oesterreich die Katholiken in der Ma-

---

131) Rheinische Volkshalle Nr. 91. 4. April 1849. Duisb., im April.

132) Augsburger Postzeitung Nr. 22. 25. Januar 1849.

133) Rheinische Volkshalle. Nr. 91. 4. April 1849.

134) Rheinische Volkshalle Nr. 14. 17. Januar 1849. Zur Kaiserfrage. Köln, 15. Januar.

135) Neue Sion. Nr. 47. 18. April 1848. Woher und wozu der beantragte Kaiser?

jorität sehen würde, das geplante Kleindeutschland aber mit dem Ausschluß von 12 Millionen Katholiken ein gewaltiges Uebergewicht der Protestanten bedeute. Den preußischen Staat bezeichnet man durchgehend als intolerant, ein protestantisch-preußisches Kaisertum würde in Deutschland ein Uebergreifen des Protestantismus zur Folge haben[136]). Bei der Beweisführung greift man auf kirchenpolitische Vorgänge der letzten Jahrzehnte, vor allem auf den Kölner Kirchenstreit von 1837 zurück, der am deutlichsten das wahre Gesicht des Protestantismus zeige. Daß Friedrich Wilhelm IV. diese Streitigkeiten beigelegt und auch in andern Fragen der katholischen Kirche gegenüber ein weit größeres Entgegenkommen als sein Vorgänger bewiesen hat, wird zwar als Verdienst hervorgehoben[137]), aber doch manche seiner kirchenpolitischen Entscheidungen angegriffen. Neben seinem Verhalten Ronge gegenüber tadelt man am meisten die Uebernahme des Protektorats über den Gustav-Adolf-Verein, der sich nach dem Urheber der größten Schmach und Erniedrigung benenne und 25 Millionen deutscher Katholiken den Fehdehandschuh zur Erneuerung des konfessionellen Kampfes hingeworfen habe[138]). Daß die Verfassung die religiösen Rechte aller Glaubensgemeinschaften gewährleistet, wird nicht als hinreichende Garantie empfunden: die bitteren Erfahrungen der letzten Jahrzehnte können nicht durch papierne Versprechungen ausgetilgt werden[139]).

Daß die Zustimmung zu einem preußischen Kaisertum vom Bekenntnis seiner Dynastie abhängig gemacht wird, erhellt schon daraus, wie man sich mit der Lehninschen Weissagung beschäftigt, die immer wieder in Flugschriften und Zeitungen besprochen wird. Das Vaticinium Lehninense, das um 1300 von dem Mönche Hermann verfaßt worden sein soll, enthält eine Klage um das Erlöschen der Askanier und den Aufstieg der Hohenzollern, deren Herrscher bis auf das elfte Geschlecht geschildert werden. Das Gedicht schließt mit der Prophezeiung, daß nach dem Regenten des 11. Geschlechts, der der Letzte seines Stammes sein werde, die Herde den Hirten und Deutschland den König empfangen werde: „Tandem szepter gerit, qui stemmatis ultimus erit, Israel infandum scelus audet, morte priandum: et pastor regem recipit, Germania regem."

136) Neue Sion. Nr. 5. 11. Januar 1849.
Ein protestantischer Kaiser in Aussicht.

137) Ebenda.

138) Trierscher Volksbote. Nr. 82. Jahrgang 1849.

139) Trierscher Volksbote. Nr. 82. Jahrgang 1849.

Diese Weissagung bezieht man auf die Zeit von 1848/49 und erhofft Rekatholisierung und Einigung Deutschlands durch Friedrich Wilhelm IV.[140]).

Man konstruiert, daß er, wenn man Joachem II., der eine Zeitlang katholisch war, nicht mitzählt, wirklich der Letzte sei, und da er auch kinderlos war, glaubt man die Voraussetzungen erfüllt. Die Hohenzollern müßten sich von der Reformation lossagen und zur katholischen Kirche zurückkehren, so heißt es in zahlreichen Flugschriften, die in Belgien, Nord- und Süddeutschland erscheinen und bald mahnend und belehrend, bald durch Lockungen auf Friedrich Wilhelm IV. einzuwirken suchen. Man droht, wenn der preußische König protestantisch bleibe, würden Rußland und Oesterreich das in der Mitte liegende Preußen vernichten, Oesterreich den verwaisten deutschen Kaiserstuhl wieder einnehmen und Deutschland religiös wie politisch einigen. Für den Fall des Uebertritts entwirft man Friedrich Wilhelm IV. ein bestechendes Zukunftsbild, in dem er als der Kaiser des einigen Deutschlands und der Papst als Vater aller Christen die Hauptrolle spielen.

Zeitungen aller Richtungen bringen die Auslegung der Lehninschen Weissagung, die streng katholische Presse kritiklos; so nennt die Augsburger Postzeitung die Synode in Würzburg vom September 1848 den ersten Anfang der konfessionellen Einigung Deutschlands, die ja mittelbar das Fundament der politischen sei, gleichsam eine Ahnung der Weissagung des Mönches Hermann von Lehnin[141]). Nach einer Meldung in der Deutschen Allgemeinen Zeitung wurde in der Paderborner Gegend eine Ausgabe der Lehninschen Weissagung verbreitet, die eine ausdrückliche Aufforderung an alle Protestanten und den König von Preußen enthielt, wieder katholisch zu werden, damit einem preußisch-deutschen Kaisertum nichts mehr entgegenstehe[142]).

Viel häufiger als dies offene Bekenntnis, daß man nur einen katholischen Kaiser anerkennen will, ist die Verschleierung der eigenen konfessionellen Motive und der Vorwurf, daß die Erbkaiserlichen von religiösen Erwägungen ausgingen. Wo man die konfessionelle Befangenheit leugnen will, weist man auf die unantastbare Stel-

---

140) Meinhold, Wilhelm: Die Lehninsche Weissagung. 1896.
Bouverot, Ludwig von: Soll Glück und Wohlstand in Deutschland wieder hergestellt werden, so müssen die Protestanten zur katholischen Kirche zurückkehren. . . . . Ein Schluß, gefolgert aus einer Gegeneinanderhaltung der Weissagungen von Bruder Hermann und Spiel — Bähn. 1848.
Die Weissagung des Mönches Hermann zu Lehnin und jene des Benediktiners David Speer zu Benediktbeuren über Bayern. 1848.

141) Augsburger Postzeitung. Nr. 290. 31. Oktober 1848.

142) Deutsche Allgemeine Zeitung. Nr. 231. 18. August 1848.
Von der preußischen Weser, 14. August.

lung der katholischen Kirche gegenüber dem Protestantismus hin, die ihn niemals zur Herrschaft kommen lassen würde[143]). Auf Grund der preußischen oktroyierten Verfassung gesteht man gelegentlich sogar zu, daß von Preußen kirchlich mehr zu erwarten sei als von Oesterreich, das noch am Josephinismus festhält[144]); die Zielsetzung der „Großdeutschen" habe also lediglich politische Gründe. Die erbkaiserliche Bewegung zugunsten der preußischen Hegemonie gilt demgegenüber als weit mehr religiös als politisch bestimmt, und die Erbkaiserlichen allein sollen diese politische Frage auf das religiöse Gebiet gezogen haben[145]). Zum Beweis dafür dient die Rede Biedermanns im Frankfurter Parlament, der als erster die konfessionelle Seite der deutschen Frage berührte; daß sie von einem Protestanten angeschnitten wurde, hebt man mit Genugtuung hervor. In dieser Beleuchtung erscheint es allein als Schuld der Erbkaiserlichen, wenn nun auch die „Großdeutschen" ähnliche Untersuchungen anstellen. Da für die Erbkaiserlichen die Grenzen des Vaterlandes mit denen des Protestantismus zusammenfallen — so motiviert man — könnte doch die katholische Kirche in eine Defensivstellung gedrängt werden. So sehr sich darin auch eine gewisse Besorgnis verrät, man bleibt dabei, daß diese Haltung nur durch den Angriff der Gegenseite bedingt sei, der auch alle Verantwortung für die Verschiebung der an sich politischen Frage auf das konfessionelle Gebiet zufalle. Wo in der Presse Namen genannt werden, sind es gewöhnlich die der „Schleswig-Holsteiner Professoren" Dahlmann, Beseler, Waitz usw. und der protestantischen Bayern, Rotenhan, Graf Giech, Zerzog usw.

Im Gegensatz zu der negativen Wertung auf Seiten der „Großdeutschen" gilt die Reformation bei vielen Erbkaiserlichen als Höhepunkt der deutschen Geschichte. Preußen, Oesterreich und Bayern werden entsprechend ihrer Haltung zur Reformation beurteilt und davon die Berechtigung zur Führung Deutschlands abhängig gemacht. Die Reformation preist diese Gruppe der Erbkaiserlichen als die „größte und schönste Tat der deutschen Nation"[146]), den Protestantismus als das „eigentliche religiöse Grundelement" des deutschen Volkes und als „edelste Ausgeburt seines Geistes"[147]). Erst in der Reformation sei der wahrhaft deutsche Geist zur Herrschaft gekommen. Man führt aus, daß dem Bunde des deutschen und altrömischen Geistes, den Karl der Große schloß, zwar das Wesentliche der Leistung Deutschlands im Mittelalter zu danken sei, daß

143) Rheinische Volkshalle Nr. 14. 17. Januar
144) Augsburger Postzeitung. Nr. 33. 17. Februar 1849.
145) Augsburger Postzeitung Nr. 30. 3. Februar 1849. Beiblatt. — Die preußisch-protestantische Intrigue.
146) Abel, Otto: Das neue Deutsche Reich und sein Kaiser. 1848, S. 40.
147) Burmeister, Hermann: Habsburg oder Hohenzollern. Wem gebührt die Hegemonie in Deutschland? 1848, S. 17.

aber nach dem Erstarken des deutschen Wesens diese Verbindung nur noch ein Hemmnis bedeutet habe. Als das große Verdienst Luthers preist man die Sprengung dieses Bundes und die Befreiung des deutschen Geistes[148]). Immer wieder werden Parallelen zwischen der eigenen und der Reformationszeit gezogen, die Bewegung von 1848 gilt nur als die Fortsetzung der vor drei Jahrhunderten nicht völlig durchgeführten Revolution. Nach langen Irrwegen habe man die einst in der Reformation betretene Bahn wiedergefunden und müsse nun die religiösen, politischen und sozialen Bestrebungen jener Zeit fortsetzen und in volkstümlichem Geist durchführen[149]). So gilt allgemein die Sache der Reformation und die der wahren politischen Wiederherstellung als ein und dieselbe[150]). Unter diesem Aspekt gesehen, ist es natürlich, daß man Oesterreich in den Bestrebungen von 1848/49 nicht zum Führer wählen will: Oesterreich habe nicht nur das erste Mal die deutsche Sache preisgegeben, sondern es habe dies von da an drei Jahrhunderte lang getan[151]). Wohl gesteht man zu, daß Oesterreich die erblichen Rechte für sich hat und scheinbar schon traditionell zur deutschen Kaiserwürde berufen sei, da die Habsburger den früheren Herrschernamen beibehalten haben und sich auf die unter ihrem Szepter ruhmvoll verbrachten Zeiten stützen können. Aber das alles geht unter in dem Vorwurf gegenüber den Habsburgern, den Niedergang des Reichs und der eigenen Dynastie veranlaßt zu haben, indem sie der reformatorischen Bewegung, die sie auf den Gipfel der Macht zu führen imstande war, feindlich entgegengetreten seien.

Charakteristisch für diese Beurteilung der deutschen Geschichte ist eine Flugschrift Burmeisters, die den Gang der Entwicklung so skizziert: Karl V. war weniger deutsch als flämisch und spanisch gebildet, so mußte die Reformation als die tiefste und nationalste aller Zeugungen des deutschen Geistes in ihm ihren Widersacher finden. Als er dann resigniert den Kampf aufgab und ins Kloster ging, war es zu spät, und die Nachfolger fanden nicht mehr den Weg zurück. Sie forderten die Rückkehr zur katholischen Kirche und trieben die Verfolgung der Andersdenkenden so weit, daß sich das protestantische Deutschland im offenen Kampf gegen sie erheben mußte. Dieser Kampf entschied über die Stellung des Kaisers zum Reich und über die Bedeutung der habsburgischen Dynastie in Deutschland. Das Ende bedeutete ebensosehr den Sieg wie die Niederlage beider Parteien; von da an gab es kein einiges Deutschland mehr, und das

148) Vossische Zeitung. 5. Januar 1849.

149) Abel, Otto: Das neue Deutsche Reich und sein Kaiser. 1848, S. 65.

150) Bernhard, Friedrich von: Von der Verlegung des Reichstages nach Augsburg und dem endlichen Ausgang des Zwischenreichs. 1848, S. 18.

151) Abel, Otto: Das neue Deutsche Reich und sein Kaiser. 1848, S. 42.

alles infolge der unseligen Verblendung des habsburgischen Hauses[152]).

In ähnlicher Weise wird Bayern beurteilt. Auch hier übt man Kritik an seiner Haltung in der Reformationszeit, man wirft ihm seinen Bund mit Rom vor und sein Eintreten zugunsten der ultramontanen Partei im 16. Jahrhundert in der Kölner, Straßburger und Donauwörther Angelegenheit, im 17. Jahrhundert im Dreißigjährigen Krieg, wo es an der Spitze der Liga zugunsten einer spanisch-italienischen Partei eintrat. Das unglückliche Ende des Dreißigjährigen Krieges wird als von Bayern mitverschuldet gekennzeichnet, das damals für sich die Kurwürde und die Oberpfalz errang[153]).

Preußen dagegen verherrlicht die stark protestantisch bestimmte Presse als den protestantischen Staat, das Wesen der preußischen Geistesentwicklung sei der Protestantismus[154]), die Idee Preußens ein „Ingewaltsetzen der protestantischen Geistesrichtung" für das Heil Deutschland gegen die so andersartige Tendenz Oesterreichs und Bayerns[155]). Diese Haltung Preußens verfolgt sie durch alle Jahrhunderte: Nachdem im Schmalkaldischen und Dreißigjährigen Krieg das protestantische Deutschland sich nicht die Anerkennung zu erringen vermochte, habe der Große Kurfürst der protestantischen Idee in Preußen einen Leib geschaffen, und diese Idee sei die Grundlage des preußischen Staates geblieben. Auch der Siebenjährige Krieg wird unter der Perspektive des Kampfes zwischen Katholizismus und Protestantismus gesehen. Friedrich II. habe die protestantische Idee zu ihrer welthistorischen Bedeutung erhoben und dadurch schon Preußen an die Spitze gestellt[156]). Bei der Bewertung der Freiheitskriege betont man, daß charakteristischerweise Preußen und England, die die Macht des Protestantismus auf Erden bilden, den Sturz Napoleons vollenden mußten[157]).

Wegen dieser Verdienste billigt man Preußen die Führung in Deutschland zu; denn da es die Führung des Protestantismus und des geistigen Fortschritts übernommen hat, gehört ihm die Zukunft[158]). Der durch die Reformation wiedergeborene deutsche Geist, der bis jetzt nur preußischer Geist war, soll allgemein deutscher Geist werden[159]).

---

152) Burmeister, Hermann: Habsburg oder Hohenzollern. — Wem gebührt die Hegemonie in Deutschland. 1848, S. 11 f.
153) Spenersche Zeitung. Nr. 18. 21. Januar 1849. Beilage. Bayerns und Preußens Ansprüche.
154) Spenersche Zeitung. Nr. 177. 1. August 1848. 2. Beilage.
155) Goßler, Albert: Die Verfassungsfrage. 1848. S. 27.
156) Vossische Zeitung. 5. Januar 1849.
157) Goßler, Albert: Die Verfassungsfrage. 1848, S. 27.
158) Deutsche Reichszeitung. 25. April 1848.
159) Vossische Zeitung. 5. Januar 1849.

Aber so viel auch in manchen Kreisen der Erbkaiserlichen auf die protestantische Grundlage des preußischen Staates hingewiesen wird, so gesteht man doch keinerlei religiöse Motive zu und klagt nur die „Großdeutschen" an, sie bekämpften das preußische Erbkaisertum nur deshalb, weil sie keinen protestantischen Herrscher wollten, sie verbänden mit ihrem Streben nach einem österreichischen Kaiser die Hoffnung, daß dann die katholische Kirche die alleinherrschende würde[160]). Dieser Vorwurf der konfessionellen Befangenheit der „Großdeutschen" wird immer wieder erhoben; so schreibt die Deutsche Zeitung: Wäre der König von Preußen zufällig katholisch, so würden alle Schwierigkeiten behoben sein, umgekehrt aber hätten die Protestanten bei weitem nicht solche Abneigung gegen einen andersgläubigen Herrscher[161]). Man beklagt sich darüber, daß die Katholiken in den Beichtstühlen darauf hinweisen, daß eine Anerkennung des preußischen Kaisertums eine Unterwerfung der Kirche unter das Ketzertum bedeute[162]). Namentlich in Bayern sei eine Agitation gegen einen preußischen Kaiser leicht möglich, wenn die Priester nur sagten: der König von Preußen sei lutherisch und unter ihm als deutschen Kaiser würden die katholischen Christen auch leicht lutherisch gemacht werden[163]). Allen Einwürfen gegenüber weist man auf die Duldsamkeit des preußischen Staates hin. Preußen wird das klassische Land der Toleranz genannt, das selbst die überall ververfolgten Jesuiten duldete. Gerade in dieser Hinsicht wird der Gegensatz zu Oesterreich betont, das seit der Reformation mit Ausnahme der Regierungszeit Josephs II. den Grundsatz der religiösen Unduldsamkeit nur etwas ermäßigt, aber niemals aufgegeben habe. Man weist als Beispiel etwa auf folgende Tatsache hin: Während die preußische Regierung Hunderttausende zum Bau des Kölner Doms spendete, durften sich die Protestanten in den österreichischen Provinzen „kaum auf eigene Kosten Bethäuser ohne Türme, die Eingänge nicht auf die Hauptstraße gehend erbauen"[164]). Alle Vorwürfe wegen kirchlicher Unterdrückung in Preußen werden als unberechtigt hingestellt. Die Maßregeln gegen den Kölner Erzbischof, das gesteht man zu, seien freilich übereilt gewesen, aber sie überraschten auch als unerhörte Ausnahme von der gewöhnlichen

---

160) Deutsche Zeitung. Nr. 39. 8. Februar 1849.
161) Deutsche Zeitung. Nr. 39. 8. Februar 1849.
Die Hindernisse der Einheit.
162) Elberfelder Zeitung. Nr. 26. 31. Januar 1849.
163) Deutsche Zeitung. Nr. 26. 26. Januar 1849. 2. Beilage.
Aus Bayern, 24. Januar.
164) Pfizer, Gustav: Weder jetzt das Direktorium noch das habsburgische Kaisertum später! Antwort an den „Großdeutschen" Herrn Dr. Buß. 1849, S. 32, 33.

Praxis. Man weist auf die Persönlichkeit Friedrich Wilhelms IV. hin, dessen Entgegenkommen der katholischen Kirche gegenüber nur Vertrauen verdiene, seine Wahl zum deutschen Kaiser müsse bei den Katholiken auch gerade nach seinem Verhalten im Kölner Dom Zustimmung finden[165]). Wenn man so auch auf die Besorgnisse der „Großdeutschen" eingeht, man kommt zum Schluß immer wieder mit dem Hinweis, daß die Sicherheit der katholischen Kirche ganz unabhängig von der Person des Herrschers sei, da ja alle kirchlichen Rechte durch die Reichsverfassung geschützt würden: Wie könnte ein protestantischer Kaiser es wagen, den vielen Millionen Katholiken gegenüber einen Eingriff in die Grundrechte zu versuchen![166]) Eine Besorgnis in dieser Richtung wird geradezu als anmaßend empfunden: „Die Grundrechte erklären allen Glauben für gleichberechtigt, Oesterreich läßt in den Päffen die Bezeichnung der Religion weg, aber ein deutscher Kaiser muß sich bezüglich seines Glaubens ausweisen, bevor er auf den Thron steigt!"[167]) Die Paragraphen der Reichsverfassung über Kirche und Schule, die in der „großdeutschen" Presse als „papierne Versprechungen" illusorisch erscheinen, werden hier immer wieder als volle Garantie gewertet.

Wenn auch nicht für alle Zeitungen Konfession und politische Richtung zusammenfallen, so zeigt doch gerade die Tagespresse, wie die politische Entscheidung durch konfessionelle Tendenzen mitbestimmt ist, stärker noch als selbst die Verhandlungen der Paulskirche, da sich hier beide Richtungen eine gewisse Zurückhaltung gerade in dieser Hinsicht auferlegen mußten: Die „Großdeutschen", weil die Erwähnung konfessioneller Interessen bei politischen Entscheidungen von einem Teil der Versammlung gleich in den ersten Monaten unbedingte Ablehnung erfahren hatte — weshalb denn gelegentlich diese Dinge gerade da verleugnet werden, wo sie den stärksten Einfluß haben; — die Erbkaiserlichen aus taktischen Gründen, um nicht von vorneherein die Katholiken zurückzustoßen. Selbst in der Tagespresse übt man teilweise noch eine gewisse Zurückhaltung, so bisweilen in konfessionell gemischten Gebieten, wo die tägliche Auseinandersetzung mit der Gegenseite zu größerer Vorsicht führt. Charakteristisch ist die Haltung der Deutschen Zeitung, die 1847 so lebhaft für Deutschkatholizismus und „Lichtfreunde" eingetreten war und nun die konfessionelle Seite der deutschen Frage relativ kurz und selten berührt, veranlaßt durch das Vorgehen Max von Gagerns, der, selbst überzeugter Katholik, sich der Partei seines Bruders an-

[165]) Kölnische Zeitung. Nr. 80. 4. April 1849. Vom Rheine, 2. April.
[166]) Augsburger Allgemeine Zeitung, Nr. 37. 6. Februar 1849. Vom bayerischen Main.
[167]) Korrespondent von und für Deutschland. Nr. 26. 26. Januar 1849.

schloß und bei einer Verhandlung mit Gervinus das bestimmte Versprechen erlangte, die bisherige stark antikatholische Richtung und überhaupt die konfessionelle Polemik als Hebel der nationalen Bewegung aufzugeben[168]).

Neben solchen aus taktischen Gründen abgeschwächten Bemerkungen stehen wiederum andere, die in ihrer unbekümmert-scharfen Herausstellung des religiösen Gegensatzes und seiner Verquickung mit den politischen Richtungen verraten, wie wenig man sich vielfach dieser Tragik der konfessionellen Spaltung, die auf immer weitere Lebenskreise übergriff, bewußt war.

[168]) Liederbach, Max: Hermann Müller. 1878, S. 84. (Max v. Gagern.)

Zusammenfassung.

Die konfessionelle Seite der deutschen Frage ist nicht sogleich in ihrem Zentrum untersucht worden. Zunächst mußte geklärt sein, wie weit schon bei den Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung konfessionelle Momente ausschlaggebend waren. Es ergab sich, daß in Rheinland, Westfalen, Oberschlesien, Württemberg und Bayern die katholische Geistlichkeit sich mit Erfolg für katholische Abgeordnete einsetzte, daß in protestantischen Gebieten namentlich da, wo der Pietismus Fuß gefaßt hatte — in Minden-Ravensberg, im Wuppertal, dem bergischen Land wie in Württemberg — bewußt Männer der eigenen Konfession gewählt wurden. Hier wie dort hatten häufig die kirchlichen Qualitäten der Bewerber den Vorrang vor ihrer politischen Eignung, und kirchlich empfohlene, sonst aber unbekannte Kandidaten siegten in vielen Fällen über politisch bewährte Führer.

Die Untersuchung behandelt dann die provisorische Lösung der deutschen Frage: die Wahl des österreichischen Erzherzogs Johann zum Reichsverweser. Die konfessionellen Sympathien und Antipathien der Abgeordneten blieben hier, obschon sie bewußt oder unbewußt vorhanden waren, noch verdeckt. Die Art des Widerhalls in den einzelnen deutschen Ländern — Jubel zumeist in den katholischen Gegenden, indifferente Zurückhaltung in vielen protestantischen Gebieten — verriet auch nach außen hin, wie neben politischen Gründen die Konfession des Reichsverwesers jeweils positiv oder negativ das Urteil färbte.

Erst bei den Verhandlungen über die Wahl des Kaisers kommen dann die bis dahin in der Nationalversammlung noch unausgesprochenen konfessionellen Motive an die Oberfläche, ausdrücklich diskutiert man über ihre Berechtigung, in bejahendem wie verneinendem Sinne. Die konfessionelle Befangenheit hier wie dort wird sichtbar, und die entscheidende Abstimmung, die Kaiserwahl am 28. März 1849, dokumentiert, daß die Majorität der Protestanten im erbkaiserlichen, die der Katholiken im „großdeutschen" Lager steht. In Briefen und Tagebüchern verraten mannigfache Aeußerungen den Zu-

sammenhang von konfessioneller und politischer Einstellung, und die Aufnahme der Kaiserwahl in den einzelnen deutschen Ländern entspricht der Haltung ihrer Abgeordneten, die sie nach Frankfurt geschickt haben.

Am lebhaftesten wird die konfessionelle Seite der deutschen Frage von der Zeit der Parlamentswahlen an bis zur Kaiserwahl in den Flugschriften und Tageszeitungen diskutiert. Freilich sind hier um der Anschaulichkeit willen besonders krasse Aeußerungen gebracht, wie sie keineswegs in der gesamten Presse zu finden sind, zumal für eine Reihe von Zeitungen dieses Problem gar nicht existiert.

Wie weit für den Einzelnen und die Parteien die religiösen oder politischen Momente den Ausschlag gaben, läßt sich nicht entscheiden, da der Mannigfaltigkeit des historischen Geschehens keine unbedingt eindeutige Motivierung, sondern das Zusammenwirken der verschiedensten Kräfte entspricht. Gewiß ist — nach dem Zeugnis der Tagespresse wie auch der Akten und privaten zeitgenössischen Aeußerungen, — daß in dem Kampf um die deutsche Frage von 1848/49 weite Kreise der Erbkaiserlichen und „Großdeutschen" durch konfessionelle Motive mitbestimmt waren.

Anhang.

Rheinische Volkshalle.

Nr. 205. 27. Juli 1849.

Das nationale und kirchliche Interesse.

Wir haben es neulich ausgesprochen: „Die deutsche Frage ist für die deutschen Katholiken auch eine konfessionelle Frage", und wir wollen nun unsere Ansicht von der Stellung und Haltung der Katholiken in dem obschwebenden Streite näher entwickeln. Wir haben den redlichen Willen, dabei ganz offen und wahr zu sein; wir verschmähen jeden Hinterhalt, jede List, jedes Ausweichen. Wir stellen uns in dem kräftigen Bewußtsein unseres guten Rechts vor den Eingang unseres Heiligtums, und bieten dieselben Rechte dem, der guten Willens ist, zum Brudergruße, und zum Kampfe dem, der bösen Willens ist.

Sehr oft haben wir die Bemerkung gemacht, daß in dieser Zeit von Wortführern der großdeutschen Partei das kirchliche Interesse bei der deutschen Frage in Abrede gestellt wird; sie weisen dann die Behauptung, daß allerdings in diesem Falle die meisten Katholiken, gerade als Katholiken, gegen die preußischen Bestrebungen und für das Festhalten Oesterreichs in der deutschen Gesamtheit bestimmt seien, wie den Vorwurf eines Unrechtes oder einer Schwäche zurück, und meistens berufen sie sich dabei auf die allbekannte Tatsache des unermeßlichen politischen Fortschrittes, durch welchen eine konfessionelle Unterdrückung fortan zur Unmöglichkeit geworden sei. Manche gehen soweit, ein kirchliches Interesse, welches wärmer und tiefer als das nationale sei, überhaupt in Abrede zu stellen. In diesem Benehmen aber liegt sehr viel Unwahres, und zwar, wenn wir nicht irren, mehr Selbsttäuschung als absichtlicher Betrug. Es gibt gar viele wackere Leute, welche ohne alles kirchliche Interesse die großdeutsche Sache vertreten und die ihnen verbündeten Katholiken vielleicht nicht so freudigen Sinnes willkommen heißen würden, wenn sie den Anteil der kirchlichen Gefühle an ihrer politischen Gesinnung vollkommen erkennten. Sie wünschen ein durchaus gleiches Motiv der gleichen Bestrebung, und der Wunsch besticht ihre Meinung. Hierin liegt

eine Quelle der uns begegnenden Täuschung. Mit ihr aber vereint sich der entsprechende Wunsch eifriger Katholiken, die Unterschiede des Glaubens nicht in anstößiger Weise hervortreten zu lassen, und ein drittes, sehr bedeutendes Element erkennen wir in der falschen Scham, einer religiösen Unduldsamkeit, einer konfessionellen Feindseligkeit und Engherzigkeit beschuldigt zu werden. Trotz allem aus diesen verschiedenen Rücksichten entsprießenden Bemäntelungseifer bleiben aber doch zwei Ueberzeugungen in den Herzen der Menschen fest begründet, die Ueberzeugung der meisten Katholiken nämlich, daß in dem norddeutschen Reichsverfassungseifer sehr viel protestantische Habsucht steckt, und die Ueberzeugung der meisten Protestanten, daß das Frankfurter Kaisertum, wie die Berliner Reichsvorstandschaft keinen schlimmeren Feind habe als die sogen. ultramontane Partei. So ist also eigentlich mit den ausweichenden Redensarten, wenn sie auch tausendmal wiederholt werden, dennoch sehr wenig oder gar nichts gewonnen, während man ganz gewiß durch die Halbheit und Unklarheit sich gegenseitig verwirrt und durch die Verhüllung des Schadens sich der Möglichkeit beraubt hat, die wahre Natur desselben zu ergründen und die Mittel der Heilung ausfindig zu machen . . . . .

Die deutschen Katholiken sind dem preußischen (verkappten oder unverkappten) Kaisertum aus dreifachem Grunde feind; der erste Grund ist, daß ein preußisches Kaisertum sich mit einer katholischen Auffassung der Geschichte nicht verträgt; der zweite Grund ist, daß das preußische Kaisertum die Glaubensfreiheit der Katholiken gefährden würde; und der dritte Grund ist der negative, daß die Katholiken frei sind von der heillosen Verblendung mancher, aber bei weitem nicht aller Protestanten, einer Geistesverfinsterung, ohne welche es nicht möglich wäre, zu verkennen, wie verwerflich, wie wahnsinnig das Unternehmen ist, Oesterreich von Deutschland zu trennen und das verstümmelte Deutschland einem fast allgemeinen Widerwillen zum Trotz der preußischen Krone zu unterwerfen. Unter den ersten der drei Gründe brauchen wir wenig zu sagen; wir legen auf ihn auch ein geringeres Gewicht; denn was wir katholische Auffassung der Geschichte nannten, ist im Grunde doch nur die unter den Katholiken vorherrschende, aus der katholischen Art am leichtesten entspringende Ansicht. Diese Ansicht ist immerhin eine menschlich fehlbare. Aber sie kommt hier gar sehr in Betracht, weil sie eben doch vorwaltet, und durch eine andere oft verdrängt werden müßte. Bei den preußischen Katholiken wäre das leichter; die Treue gegen den Landesherrn, die dem Katholiken eigene Pietät und gemütliche Hingebung, dann auch, mehr oder minder, die Beteiligung an dem preußischen Ehrgeiz, an den Vorteilen des herrschenden Stammes, das sind Gegengewichte, die wir nicht außer Betracht lassen wollen.

Aber wir erwägen nicht minder das Rechtsgefühl der Katholiken, ihren Widerwillen gegen die Habsucht und Tücke, welche nach der katholischen Auffassung gerade den preußischen Staat historisch charakterisieren. Wenn der preußische Katholik wahrnimmt, daß eben derselbe Geist, welchem noch neulich, von katholischer Auffassung überwältigt, Max von Gagern den Untergang unseres Deutschen Reiches schuld gegeben hat, gegenwärtig tätig ist, denselben Akt der Zerstörung zu vollenden: dann vermag kein frommes Gefühl für den Monarchen den Wunsch zu unterdrücken, daß es Preußen nicht gelingen möge, (um mit dem Worte der Gegner ganz dieselbe Sache zu bezeichnen), seine geschichtliche Mission zu erfüllen. An und für sich sind solche Gefühle niemals verwerflich. Unsere Pflicht ist nur, die Entartung zu bekämpfen. Entarten würden sie erst da, wo statt der Freude am Guten, statt des Widerwillens gegen das Falsche, statt der standhaften Liebe für Wahrheit und Recht — parteiischer Dünkel und persönliche Feindschaft oder Untreue gegen die Obrigkeit in uns aufkämen. Es ist für die Leiter unseres katholischen Volkes ein schöner, aber auch ein ernster Beruf, auf dieses Verhältnis der höchsten göttlichen Weltordnung und der bürgerlichen Beziehungen mit Weisheit und Festigkeit den Satz anzuwenden: gebet Gottes, was Gottes und dem Kaiser, was des Kaisers ist.

Der zweite von uns hervorgehobene Grund steht in naher Beziehung zum ersten, ohne mit ihm zusammenzufallen. Denn, auch ohne die Zukunft ins Auge zu fassen, wendet sich der Katholik mit Widerwillen ab von der Idee eines preußischen Kaisertums, und ohne die Erfahrung der Geschichte hoch anzuschlagen, müßte er schon im Interesse seiner Glaubensfreiheit, die Ausscheidung großer katholischer Länder aus Deutschland scheuen. Wenn man sich vollkommen beruhigen will, bei den schönen Redensarten der liberalen Tagespresse oder auch bei den mehr oder weniger befriedigenden Zusicherungen der neuen Verfassungsurkunden, so macht man die Rechnung ohne den Wirt. Die Verfassungsurkunden haben ihren Wert; sie sprechen, wo sie nicht geflissentlich lügen, (denn auch das kommt vor), dasjenige aus, was man als gerechte Grenze der verschiedenen Lebenskreise erkannt und anerkannt hat; daß aber diese Grenze im Leben geachtet werde, dafür gibt das Gerechtigkeitsgefühl derjenigen, welche bis zu diesem Tage sich gewöhnt haben, uns bei jeder Gelegenheit zu übervorteilen und zu unterdrücken, eine ebenso schwache Gewähr wie der großenteils kindische und bübische Freiheitsschwindel, in welchem unsere Nation ein Jahr lang herumgetaumelt ist. Die sicherste Gewähr liegt in den dauernden Machtverhältnissen. Solange Oesterreich in Deutschland stehet, wird Preußen in der Versuchung, die Katholiken zu unterdrücken, notwendig gehemmt. Mag auch der kirchliche Geist in Oesterreich viel zu wünschen übrig lassen;

dieser ist hier das Entscheidende nicht; eine politische Notwendigkeit legt es ihm auf, das Gleichgewicht der Konfessionen aufrecht zu erhalten. Und dann der Reichstag, in welchem die Katholiken notwendig immer in der Minderzahl wären ohne Oesterreich! Glaubt man, daß dieser auf die Dauer Schutz gewährt gegen konfessionelle Unterdrückung? Wegen des geschriebenen Buchstabens? Wegen der Kraft der Konsequenz? Hat man schon die Aufrichtigkeit und Konsequenz der schweizerischen Freiheit vergessen? Hat man vergessen, wie der Frankfurter Reichstag seinen Grundsatz: „Das Eigentum ist heilig" in einzelnen Bestimmungen kecklich wieder mit Füßen getreten hat? Hat man vergessen, wie er trotz der größten aller Märzerrungenschaften, trotz des alles Antichristentum und Banditentum umschließenden freien Vereinsrechtes doch in erster Lesung der Verfassung die einzige Ausnahme für katholische geistliche Orden dekretiert hat, wobei die große freiheitsschwülstige Mehrheit sich nicht einmal soviel mit der katholischen Kirche bekannt gemacht hatte, daß sie nur gewußt hätte, Liguorianer und Redemptoristen seien ein und derselbe Orden unter doppeltem Namen, ein Orden, den sie nun unter allen möglichen Vereinen der Welt als unbekannten Verein, auf ein verwirrtes Hörensagen hin für ewige Zeiten aus dem wildfreien deutschen Reiche verbannten, nichts anderes, als ob ein blutroter Demokrat auf eine Mordliste Friedrich Wilhelm IV. und den König von Preußen eingeschrieben hätte! . . . . .

Endlich bleibt uns nur noch die dritte konfessionelle Seite der deutschen Frage zu beleuchten, die negative, welche darin besteht, daß die Katholiken Deutschlands, selbst die wenig eifrigen, durch kein Vorurteil gehindert werden, den unermeßlichen nationalen Verlust zu würdigen, welcher aus einer Trennung Oesterreichs von Deutschland hervorgehen würde. Männer, die in Berlin in hohen Kreisen während des vorigen Sommers durch eine halboffizielle Schrift zur Bildung eines protestantischen Deutschlands aufforderten, die staatliche Einheit mit Katholiken unmöglich erklärten, in feuriger Rede an die früheren Bürgerkriege Deutschlands als heilige Glaubenskämpfe erinnerten, Männer, welche diese Schrift mit Teilnahme und Lob aufnahmen und (in wiederholter Auflage) verbreiteten, solche Männer können bei aller Tüchtigkeit und Ehrlichkeit, deren wir sie fähig halten, politische und nationale Verhältnisse nicht ruhig beurteilen, welche mit so grellen Vorurteilen ihrer stockpreußischen Jugendbildung in Konflikt geraten. Die dänische Nationalität des Nordschleswigers, die lettische des Ostpreußen, können sie leicht vergessen, aber den Tiroler, der den „Engel des Herrn" betet, der über Seen und Alpen hin das treue Auge zu dem „Worte" wendet, das „unter uns wohnt", den starrt der brandenburgische Bibelmann wie einen Indianer an, der vor der Sonne niederfällt. . . . .

Wir Katholiken aber sagen es frisch heraus, daß wir bei der heiligen Sache doppelt beteiligt sind, daß wir in demselben Kampfe neben den höchsten irdischen auch die höchsten himmlischen Güter zu schützen haben, daß aber diese Not der Verteidigung unserer Glaubensfreiheit uns den braven Gefährten anderen Glaubens nicht entfremden, vielmehr uns als den mutigsten und festesten Kämpfer in den großdeutschen Bundesscharen ihrem brüderlichen Vertrauen empfehlen sollen.

Vossische Zeitung 5. Januar 1849.

Soll Preußen an die Spitze Deutschlands treten.

Preußen steht an der Spitze Deutschlands, d. h. Preußen vertritt in kräftigster Weise diejenige Richtung des deutschen Geistes, welche sich jetzt zum allgemeinen Besten vor allem andern geltend zu machen hat. Es handelt sich also bei der Lösung jener Frage um die Anerkennung eines schon bestehenden Verhältnisses. Der brandenburgisch-preußische Staat hat seinen Ursprung im 12. Jahrhundert, dem Zeitalter der Kreuzzüge, dem Zeitalter religiöser und kriegerischer Begeisterung, der Blütezeit des Mittelalters gehabt. Sein erstes Fürstengeschlecht, die Askanier, waren herrlich und mächtig wie kein anderes in Deutschland außer den Hohenstaufen. Auf slavischem Boden hat diese Dynastie ihren Thron errichtet und christliche Gesinnung und deutsche Kultur rund um sich her verbreitet. Nur eine kurze Zeit ist der brandenburgische Staat nach dem Aussterben dieses Hauses, so lange bayerische und luxemburgische Fürsten ihn beherrschten, dem allgemeinen Verfalle Deutschlands im 14. Jahrhundert, gefolgt. Bald aber erhob er sich wieder, als das hohenzollernsche Fürstengeschlecht die Leitung der Angelegenheiten an den Nordostgrenzen Deutschlands ergriff. Mit jugendlicher Kraft erfaßte er die neue geistige Richtung, die durch die Kirchenverbesserung hervorgerufen wurde. Diese Richtung aber ist keine andere, als die ursprünglich deutsche. Durch Karl den Großen war ein Bund geschlossen zwischen rein deutschem und altrömischem Geiste, und es muß anerkennend zugestanden werden, daß unser Volk dieser Verbindung den größten Teil dessen schuldig ist, was es auf der Bühne der Weltgeschichte während des Mittelalters geleistet hat. Allein am Ende des 15. Jahrhunderts war der deutsche Geist so weit erstarkt und entwickelt, daß ihm die Verbindung mit jenem römischen Geiste nicht nur nicht fördern, sondern in seiner weiteren Entwicklung nur hemmen konnte. Der Bund ward gelöst und der ursprünglich deutsche Geist versuchte es, nun wieder unabhängig und selbständig seine Bahn zu verfolgen. Dies wurde ihm anfänglich um so schwerer, da ein Teil Deutschlands an dem Bunde mit Rom

festhielt und dieser zugunsten einer fremden ausländischen Richtung gleichsam sein eigenes Fleisch und Blut bekämpfte. Zweimal versuchte es das junge Deutschland mit offener Gewalt, die Anerkennung der alten fremdländischen Macht zu erzwingen, im Schmalkaldischen und im Dreißigjährigen Kriege, beide Male vergebens. Da trat ein Mann an die Spitze Brandenburgs, der Große Kurfürst, welcher es sich zur Aufgabe stellte, ausschließlich zur Entwicklung des verjüngten Deutschlands zu leben, sein Volk allein in dieser Richtung zu erziehen, daß es fähig werde, künftig einmal das alte mittelalterliche Deutschland zu besiegen. Er schuf der protestantischen Idee in seinem Staate einen Leib, und diese Idee ist auch jetzt noch der Grund des preußischen Staates. Indessen verging noch ein Jahrhundert, ehe diesem Staatskörper die Kräfte so weit gewachsen waren, daß er einen zweimal mißglückten Kampf zum dritten Male aufzunehmen vermochte. Erst Friedrich II. hat im Siebenjährigen Kriege die protestantische Idee zu ihrer welthistorischen Ehre erhoben, er hat dem in der Reformation verjüngten Deutschland einen festen, unerschütterlichen Halt gegeben. an dem sich alle Blüten und Richtungen ursprünglich deutschen Wesens anzulehnen und zu entwickeln vermochten. Hierdurch hat schon Friedrich Preußen an die Spitze Deutschlands gestellt. Die Aufgabe seiner Nachfolger war es, daß Preußen so in Deutschland aufgehe, wie bis dahin der spezifisch märkische Volksgeist in dem preußischen Staatsgeist aufgegangen war. Preußen soll aufgehen in Deutschland, das ist das rechte Wort. Wie das Kind aufgeht in dem Jüngling und der Jüngling in dem Mann, so soll der durch die Reformation wiedergeborene ursprünglich deutsche Geist, der bis jetzt aber noch preußischer Geist ist, wieder ein allgemein deutscher werden. Wer ist es nun, der sich der Anerkennung Preußens mit größter Leidenschaftlichkeit entgegenstellt? Es ist Bayern, auf dessen Vergangenheit wir einen Blick zurückzuwerfen haben. Das Stammvolk ist vermutlich keltischen Ursprungs. Unter den ersten römischen Imperatoren wurde deren Land römische Provinz, und bedeutende Städte, wie Augsburg, Regensburg, Memmingen, Passau sind römische Kolonien.

Die Donau war die Nordgrenze des Römerreiches gegen die germanischen Barbaren. Ein halbes Jahrtausend blieb es in dieser Verbindung; später wurde es von den Franken unterworfen und von diesen aufs neue zur christlichen Kirche hinübergezogen. Während des Mittelalters war es ein selbständiges Herzogtum, dessen Geschichte aber nie über das Gewöhnliche hinausgriff. Ludwig der Bayer, der 1314 bis 1347 den Kaiserthron innehatte, beschäftigte sich fast ausschließlich damit, seine Hausmacht zu vergrößern, aber seine Erwerbungen, die Markgrafschaft Brandenburg und Tirol, blieben seinem Hause nicht. Zur Zeit der Reformation war es vor

allem Bayern, das gegen das neue Prinzip mit Hartnäckigkeit ankämpfte und ohne Rücksicht auf die Gesamtheit des deutschen Volkes das in unserem Vaterlande veraltete römische Interesse hartnäckig verteidigte. Es blieb dem mittelalterlichen Bunde treu, und, an den Alpen gelegen, hielt es seine Blicke fest auf Rom gewandt und erwartete von dorther die Richtung seiner Politik. In diesem Geiste hat es nun während der letzten drei Jahrhunderte die Interessen Deutschlands behandelt. Von ihm ist der Jesuitismus vorzugsweise gepflegt worden. Es hat bei allen entscheidenden Katastrophen zugunsten einer ultramontanen Partei gekämpft. So im 16. Jahrhundert in der Kölner, Straßburger und Donauwörther Angelegenheit; so im Dreißigjährigen Kriege an der Spitze der Liga zugunsten einer spanischen und einer italienischen Partei. Wallenstein, der einen deutschen Katholizismus begünstigte, soweit dieser sich mit rein deutschem Geiste verträgt, fiel als ein Opfer dieses ultramontanen Strebens. Bei seiner Ermordung waren es nur Fremde, deren Armen man sich zur Vollziehung dieser Tat bediente. Es ist hauptsächlich Bayern gewesen, das dem Dreißigjährigen Kriege ein für die Deutschen so trauriges Ende bereitete; aber es erwarb die Kurwürde und die Oberpfalz. Später hat es fast dauernd durch Bündnisse mit den Feinden Deutschlands zu dessen Herabwürdigung und Erniedrigung beigetragen. So im spanischen, so im österreichischen Erbfolgekriege und so in den napoleonischen Kämpfen, denen es die Königswürde verdankt. Auf diese Weise ist es groß geworden, solcher Mittel hat es sich bedient, um für die Entwicklung der deutschen Angelegenheiten mitzuwirken. Dieses Bayern nun ist es jetzt wieder, das der Anerkennung Preußens entgegentritt; Preußen, das keine andere Aufgabe hat, und haben kann, als in Deutschlands Erhebung und Größe seinen Ruhm und seine Ehre zu finden, das von Anfang seiner Geschichte an, besonders aber seit den Zeiten des Großen Kurfürsten alle diese Kräfte diesem einen Zweck geopfert hat. Kann es die Frage sein, ob Bayern den Sieg davontragen wird oder Preußen, ob ein veraltetes undeutsches Prinzip sich behaupten wird gegen ein lebensvolles durch und durch einheimisches? Möge Bayern nur an seinem ultramontanen Bunde festhalten, was muß geschehen, das wird geschehen, und das ist die Entwicklung und die Herrschaft desjenigen Geistes, dessen Vertretung Preußen zu Deutschlands Ehre übernommen hat.

Lebenslauf.

Ich bin preußischer Staatsangehörigkeit und evangelischer Konfession. Geboren am 12. Juli 1908 in Dortmund, bestand ich an der dortigen Realgymnasial-Studienanstalt Ostern 1927 das Abitur. Ich studierte im Sommersemester 1927 in Marburg, ebenso im 5., 6. und 8. Semester. Das 2. und 3. Semester verbrachte ich in Kiel, das 4. in Göttingen, das 7. in Berlin. Meine Fächer waren vorwiegend Geschichte, deutsche Philologie und Kirchengeschichte.

In Marburg hörte ich die Professoren Bultmann, Busch, Enßlin, Häpke, Hermelink, Mahnke, Maurer, Mayne, Mommsen, von Soden, Stengel, Wagner, Zechlin;

in Kiel die Professoren: Brandt- Brüggemann, Flitner, Kauffmann, Kögel, Mensing, Mulert, Rörig, Wolters;

in Göttingen die Professoren: Duhm, Fick, Hempel, Hessel, A. O. Meyer, Mommsen, Neumann, Willrich, Wolff;

in Berlin die Professoren: Brackmann, Köhler, Marcks, Meinecke, Oncken, Petersen.

Nach dem 8. Semester ließ ich mich beurlauben, später exmatrikulieren, um ausschließlich an der vorliegenden Arbeit, angeregt durch Herrn Professor Dr. Mommsen, in Berlin, München, Köln, Dortmund und Marburg zu arbeiten. Am 21. Dezember 1933 bestand ich in Marburg die mündliche Doktorprüfung. Nachdem ich mich gleich nach dem Examen dem Freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung gestellt hatte und dem Arbeitslager Stapelage in Lippe überwiesen wurde, besuche ich seit Mai 1934 die Westdeutsche Volksbüchereischule in Köln.